

(A)

(C)

724. Sitzung

Bonn, den 24. April 1998

Beginn: 9.31 Uhr

Präsident Gerhard Schröder: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 724. Sitzung des Bundesrates.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich zunächst gemäß § 23 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung **Veränderungen in der Mitgliedschaft** bekanntzugeben:

Aus der Regierung des Landes **Niedersachsen** und damit aus dem Bundesrat sind am 30. März 1998 die Ministerinnen Frau Helga Schuchardt, Frau Christina Bührmann, Frau Monika Griefahn sowie die Herren Minister Willi Waike und Professor Rolf Wernstedt ausgeschieden.

Ich danke den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Mitarbeit im Plenum und in den Ausschüssen des Bundesrates, besonders Frau Kollegin Griefahn für die langjährige Tätigkeit als Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Die Niedersächsische Landesregierung hat am 31. März 1998 ergänzend zu meiner erneuten Bestellung als Mitglied des Bundesrates Herrn Minister Dr. Wolf Weber, Frau Ministerin Heidrun Altmeyer und die Herren Minister Dr. Peter Fischer, Gerhard Glogowski und Karl-Heinz Funke zu Mitgliedern sowie die übrigen Mitglieder der Landesregierung zu stellvertretenden Mitgliedern des Bundesrates bestellt.

Die Regierung des Landes **Hessen** hat am 26. März 1998 Frau Staatsministerin Priska Hinz, die uns als frühere Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund in Erinnerung ist, zum stellvertretenden Mitglied des Bundesrates bestellt.

Der Senat der Freien und Hansestadt **Hamburg** schließlich hat am 1. April 1998 Frau Senatorin Karin Roth zum stellvertretenden Mitglied des Bundesrates bestellt.

Den neuen Mitgliedern des Bundesrates wünsche ich mit uns allen eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich wende mich nun der **Tagesordnung** zu. Sie liegt Ihnen in vorläufiger Form mit nur einem Punkt vor.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann ist sie so **festgestellt**.

Ich rufe den einzigen Punkt der Tagesordnung auf:

Beschluß der Bundesregierung vom 27. März 1998 zur Festlegung des Teilnehmerkreises an der Dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

und

Ersuchen der Bundesregierung

Bericht und Stellungnahme der Bundesregierung zur Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union im Jahre 1997 und zu den Konvergenzberichten der Europäischen Kommission und des Europäischen Währungsinstituts und zur Stellungnahme der Deutschen Bundesbank

Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über den Konvergenzstand mit Empfehlung für den Übergang zur Dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion vom 25. März 1998

Konvergenzbericht des Europäischen Währungsinstituts vom 25. März 1998

Stellungnahme des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank zur Konvergenzlage in der Europäischen Union im Hinblick auf die Dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion vom 26. März 1998 (Drucksache 300/98)

Mir liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Als erster hat das Wort Herr Bundeskanzler Dr. Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße es, daß die Bundesregierung heute die Chance hat, zu Beginn Ihrer Verhandlungen und Besprechungen durch mich noch einmal unsere Argumente nach der großen Debatte gestern im Bundestag vorzutragen.

(B)

(D)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

- (A) Die heutige Debatte im Bundesrat unterstreicht die **Bedeutung der deutschen Länder im europäischen Einigungsprozeß**. Das entspricht dem Willen und auch dem Sinn unserer Verfassung. Zugleich entspricht es unserer föderalen Ordnung und dem Gedanken der Subsidiarität, der ja nach unserer gemeinsamen Überzeugung ein ganz wesentliches Prinzip beim Bau des Hauses Europa ist und sein muß.

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist ein wahrhaft **säkularer Schritt** auf dem Weg zum geeinten Europa, zu einem Europa, das von lokaler, regionaler – wir hier würden sagen: landespolitischer, landsmännischer – und nationaler Vielfalt geprägt sein wird. Dies sicherzustellen ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Der **Grundsatz der Subsidiarität** verlangt aber auch, jene Zuständigkeiten auf europäischer Ebene anzusiedeln, die nur dort im Interesse aller am besten wahrgenommen werden können. Das ist ein entscheidendes Argument für die Wirtschafts- und Währungsunion und für den Euro. Nur durch Bündelung unserer Kräfte auf europäischer Ebene sind wir nach meiner Überzeugung in der Lage, die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu meistern. Nur durch die Wirtschafts- und Währungsunion kann Europa in dem immer schärferen weltweiten Standortwettbewerb zwischen Staaten und Regionen bestehen.

- (B) Die gemeinsame Währung wird den **wirtschaftlichen Wohlstand sowie die monetäre und soziale Stabilität in Europa sichern und stärken**. Der Euro wird das Leben und den Zusammenhalt von Millionen Europäern im kommenden Jahrhundert prägen. Man kann es leicht an einem Bild nachvollziehen: Die Kinder, die in diesen Tagen in Deutschland geboren werden, werden ganz selbstverständlich in dem Bewußtsein aufwachsen, daß in ihrem Leben in weiten Teilen Europas eine einzige Währung gilt.

Viele von uns haben noch eine sehr konkrete Erinnerung an den Sommer des Jahres 1948, als die D-Mark trotz aller schlechten Vorzeichen, die auch damals proklamiert wurden, eingeführt wurde, und daran, daß von diesem Sommer 1948 an eine der stabilsten und weltweit wichtigsten Währungen von den Deutschen erarbeitet wurde. Ich bin ganz sicher, daß der Euro eine ähnliche Zukunft haben wird.

Durch den Euro wird sich ein **neues Gefühl der Zusammengehörigkeit** entwickeln. Währungen waren schon immer viel mehr als eben nur Zahlungsmittel – so wichtig Zahlungsmittel sind. Währungen sind ganz wesentlich immer auch ein Stück kultureller Identität und ein Gradmesser politischer Stabilität.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Europäische Kommission empfiehlt dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs elf Mitgliedstaaten für die Teilnahme am Euro vom 1. Januar 1999 an. Das Europäische Währungsinstitut und die Deutsche Bundesbank haben in ihren Stellungnahmen bestätigt, daß der Vorschlag der Kommission stabilitätspolitisch vertretbar ist. Die Bundesregierung beabsichtigt, beim Europäischen Rat der Staats- und

Regierungschefs am 2. Mai 1998 in Brüssel für den Vorschlag der Kommission zu stimmen. (C)

Gestern hat sich der Deutsche Bundestag mit der überwältigenden Mehrheit von über 90 % der abgegebenen Stimmen dieser Haltung angeschlossen.

Heute bitte ich um Ihre Zustimmung im Bundesrat.

Meine Damen und Herren, in den Debatten der letzten Tage und Wochen ist deutlich geworden: Die Voraussetzungen für eine stabile europäische Währung waren noch nie so gut wie heute. Die Konvergenzberichte der Europäischen Kommission und des Europäischen Währungsinstituts machen ebenso wie die Stellungnahme der Deutschen Bundesbank übereinstimmend deutlich: Europa ist bereits im Vorfeld der Währungsunion zu einer **Stabilitätsgemeinschaft** zusammengewachsen.

Die **Preissteigerungsraten** und die **Zinsen** in den Mitgliedsländern sind auf einem historischen Tiefstand. Der durchschnittliche Preisanstieg in der EU liegt heute bei 1,5 %, die langfristigen Zinsen liegen bei 5 %. Wer sich erinnert, wie die Prognosen hierfür vor drei, vier Jahren waren, erkennt unschwer die Richtigkeit der These, daß Europa bereits im Vorfeld der Entwicklung zum Euro und der Grundentscheidung für den Euro zu einer Stabilitätsgemeinschaft zusammengewachsen ist.

Die **Konsolidierung der öffentlichen Haushalte** hat in den vergangenen Jahren ebenfalls substantielle Fortschritte gemacht. In 14 EU-Mitgliedstaaten lag das Haushaltsdefizit 1997 bei 3 % des Bruttoinlandsprodukts oder sogar darunter. (D)

Auch wir in der Bundesrepublik haben unsere Hausaufgaben erfolgreich gemacht. **Deutschland** hat 1997 das **Defizitkriterium** von 3 % mit 2,7 % deutlich unterschritten – auch und gerade dank der konsequenten Reformpolitik und der strikten Haushaltsdisziplin der Bundesregierung.

Beim **Schuldenstandkriterium** lagen wir 1997 mit 61,3 % zwar leicht über dem Referenzwert von 60 %, aber sowohl die Europäische Kommission als auch das Europäische Währungsinstitut heben zu Recht hervor, daß dies vor allem auf die Erblast von über 40 Jahren kommunistischer Mißwirtschaft in der früheren DDR zurückzuführen ist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, gerade in Deutschland, in unserem Volk, weckt das Thema der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verständlicherweise besonders tiefe Emotionen im Rückblick auf die Geschichte dieses Jahrhunderts. Es gibt Ängste und Sorgen in der Bevölkerung. Es ist unsere selbstverständliche Pflicht, diese **Ängste und Sorgen ernst zu nehmen**. Es sind Ängste und Sorgen, die auch aus der Vorstellung einer nicht genau bekannten Zukunftsentwicklung entstanden sind. Und es gibt die Erinnerung an die Erfolgsstory von 50 Jahren D-Mark.

Deshalb haben wir in der Bundesregierung bei unserer Politik dem Thema „Stabilität“ stets allerhöchste Priorität eingeräumt.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

- (A) Zwischen der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht am 7. Februar 1992 und der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 liegt ein siebenjähriger gründlicher Vorbereitungsprozeß. Wer diesen Prozeß verfolgt hat, muß bestätigen, daß es wenige politische Entscheidungen gab, die so gründlich vorbereitet und diskutiert wurden.

Wir haben für die **dauerhafte Stabilität des Euro** wesentliche **Vorkehrungen getroffen**. Die Bundesregierung hat im Vertrag von Maastricht durchgesetzt, daß die **Europäische Zentralbank** in Frankfurt so **unabhängig** wie die Deutsche Bundesbank sein muß und zuallererst der Stabilität der Währung verpflichtet ist. Wir haben gerade diese Entscheidung mit besonderem Nachdruck vertreten. Für uns war es wichtig, nicht aus lokalpolitischen Gründen, sondern aus Gründen des psychologischen Verständnisses in unserer eigenen Bevölkerung, daß der Sitz der Zentralbank in Frankfurt sein soll. Ich bin meinen Kollegen in der Europäischen Union sehr dankbar, daß sie sich nach mancherlei Diskussion dieser Entscheidung angeschlossen haben.

- (B) Ich will auch darauf hinweisen, was es für eine Reihe unserer befreundeten Partnerstaaten bedeutet – die eine ganz andere Tradition in der Entstehung und im Umgang mit ihrer Nationalbank haben –, daß das Bekenntnis zur Unabhängigkeit der Zentralbank und deren gesetzliche Fixierung jetzt von allen akzeptiert wird. Das ist ein erheblicher Umdenkungsprozeß. Ich finde, wir haben allen Grund, auch in dieser Stunde immer wieder dankbar zu erwähnen, daß sich andere hier ganz klar unserer Überzeugung und unserer Erfahrung angeschlossen haben. Aber – auch das will ich gerne sagen – dies ist auch eine Reverenz an die Politik der **Deutschen Bundesbank**, die in Jahrzehnten durch ihre Position und ihr Handeln ein hohes Maß an internationalem Ansehen gewonnen hat.

Die Bundesregierung hat mit ihrem konsequenten Eintreten erreicht, daß die Stabilitätskriterien des Vertrags von Maastricht strikt eingehalten werden. Dank der Initiative von Bundesfinanzminister Theo Waigel ist die Einhaltung der Maastricht-Kriterien durch den **Stabilitäts- und Wachstumspakt** auch dauerhaft gesichert.

Nach den vertraglichen Regelungen besteht keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und sind auch keine zusätzlichen Finanztransfers vorgesehen. Ich wünsche mir eigentlich, daß diese Bestimmung endlich auch überall in Deutschland akzeptiert und zur Kenntnis genommen wird. Denn damit sind die Grundlagen gelegt, um die **Nachhaltigkeit der Konvergenz** zu gewährleisten.

Die Bundesregierung erwartet, daß diejenigen Staaten, die noch eine besonders hohe Gesamtverschuldung aufweisen, ihre Politik der Konsolidierung der Staatsfinanzen beharrlich fortsetzen und ihre Zusagen strikt einhalten.

Ich begrüße in diesem Zusammenhang die von der **italienischen und der belgischen Regierung** angekündigten **Konsolidierungsmaßnahmen**. Meine Da-

men und Herren, ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, daß gerade diese beiden Länder und ihre Regierungen alles tun werden, um diese Zusage einzuhalten. Und ich habe eigentlich kein Verständnis dafür, daß in Deutschland bei solchen Gelegenheiten immer wieder vor allem in unserem Verhältnis zu den südlichen Nachbarstaaten Zweifel aufkommen, statt daß zur Kenntnis genommen wird, daß dort bereits Enormes geleistet wurde. Ich bin fest überzeugt, daß im Beispiel Italien – angesichts der Entscheidungen, die in diesen Tagen in den zuständigen Gremien des italienischen Parlaments getroffen werden – die Vorlagen der Regierung volle Unterstützung finden, und zwar nicht nur im Bereich der Regierungskoalition, sondern auf einer breiten Ebene des Gesamtparlaments – wie ja überhaupt feststellbar ist, daß gerade in Italien eine ganz besonders intensive Unterstützung durch breite Kreise der Bevölkerung stattfindet.

Ich bin überzeugt: Die Erfolgsgeschichte der D-Mark geht für uns mit dem Wechsel zum Euro auf europäischer Ebene weiter. Die Vorzüge, die wir an der D-Mark schätzen, gehen nicht verloren. Sie sollen eingebracht werden in ein größeres Ganzes – zum Vorteil Deutschlands und zum Vorteil Europas. Der Euro bedeutet einen Zugewinn: mehr Wettbewerbsfähigkeit bei der notwendigen Stabilität.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, mit der Euro-Zone entsteht ein einheitlicher Markt mit gemeinsamer Währung für zunächst 300 Millionen Menschen und mit einem Anteil von rund 20 % am Welteinkommen. Das ist absolut vergleichbar mit dem Anteil der Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Internationale Währungsfonds hat gerade in diesen Tagen die Einführung des Euro als eine historische Entscheidung begrüßt. Die gemeinsame Währung wird das Klima für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa nachhaltig verbessern. Ich bin sicher, der Euro eröffnet eine große Chance für neue wirtschaftliche Dynamik, für dauerhaftes Wachstum und dringend benötigte zukunftssichere Arbeitsplätze im 21. Jahrhundert.

Ich möchte allerdings auch darauf hinweisen – das ist ganz unbestritten –, daß der Euro kein Patentrezept ist, mit dem wir unsere Arbeitsmarktp Probleme auf einen Schlag lösen können. Für mehr Beschäftigung bedarf es auch und gerade der Fortsetzung der von uns eingeleiteten Reformpolitik. Der Euro bedeutet eine **Chance für mehr Arbeitsplätze in Deutschland**, wenn wir konsequent an unserem Reformkurs festhalten. Je flexibler die Märkte sind, insbesondere auch der Arbeitsmarkt, desto größer sind die Chancen für mehr Beschäftigung. Dies hat übrigens auch die Bundesbank in ihrer Stellungnahme entsprechend unterstrichen.

Es sind alle gefordert: Tarifparteien, Politik und Unternehmen. Mit einer entschlossenen Reformpolitik sind wir auch in der Lage, unseren Spitzenplatz als Exportnation zu halten. Jeder fünfte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab. Mehr als 40 % unserer Ausfuhren gehen in die Länder, die voraussichtlich jetzt, beim Start der Währungsunion, von Beginn an dabei sind. Gegenüber diesen Ländern

Bundestkanzler Dr. Helmut Kohl

- (A) besteht künftig kein Wechselkursrisiko mehr. Damit gibt es auch **weniger Risiken für exportabhängige Arbeitsplätze in Deutschland**. Gerade die Beschäftigten deutscher Unternehmen – das wissen wir aus der Erfahrung in Jahrzehnten – waren in der Vergangenheit oft die Leidtragenden, wenn die D-Mark gegenüber anderen europäischen Währungen massiv aufgewertet wurde.

Wer jetzt nicht die notwendigen Reformen vorantreibt, sondern in europäische oder weltweite Absprachen flüchtet, wird keinen Fortschritt in Europa bewirken und das Ziel nicht erreichen. Wer etwa heute überstürzt hohe Standards im Sozialbereich fordert, würde die von uns allen abgelehnte Transferunion geradezu provozieren.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion liegt in der Logik des europäischen Einigungsprozesses. Dieser hat von Anfang an immer zugleich eine klare Zielsetzung in der politischen Dimension gehabt. Was bisher wirtschaftlich erreicht wurde, ist auf Dauer nur zu bewahren, wenn es auch politisch abgesichert wird. Deshalb bleibt die **weitere Ausgestaltung der Politischen Union** ebenso unser Ziel wie jetzt die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion. Beides muß Schritt für Schritt umgesetzt werden, und beides steht in einem engen Zusammenhang. Wer auf die Politische Union wartet, ohne bei der Währungsunion etwas zu tun, läuft Gefahr, am Ende beides nicht zu erreichen.

- (B) Ich habe im übrigen den Eindruck, daß manche der Kritiker, die jetzt über die Währungsunion sprechen, die Politische Union vielleicht gar nicht wollen. Die Verträge von Maastricht und Amsterdam haben die innere Fortentwicklung der Europäischen Union zur Politischen Union ein gutes Stück weiter vorangebracht. Gerade aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte, auch aus den Erfahrungen des 19. Jahrhunderts in Deutschland, können wir entnehmen, daß gemeinsame Währungen zum Katalysator für politische Einigung werden können. Für den Bau des Hauses Europa müssen wir jetzt die Chance nutzen, die sich uns bietet. Ich wiederhole: Wer jetzt auf die Politische Union in ihrer völligen Ausgestaltung wartet, ohne bei der Währungsunion etwas zu tun, läuft Gefahr, am Ende beides nicht zu erreichen.

Ich habe bereits im September 1992 in meiner Rede vor dem Deutschen Bundestag die Handlungsfelder der europäischen Einigung in der Zeit nach Maastricht ganz konkret beschrieben:

Erstens die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion – davon sprechen wir.

Zweitens die **Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik**. Jeder fühlt, daß dies eine der schwierigsten Entscheidungen ist; eine Entscheidung, die auch viel Zeit braucht. Gerade die bitteren Erfahrungen, die auch ein Stück Handlungsunfähigkeit der Europäer angesichts der kriegesischen Entwicklungen im früheren Jugoslawien gezeigt haben, bringen uns doch zu der sicheren Überzeugung, daß wir auf diesem Weg weiter vorangehen müssen und daß die Solidarität der Europäer untereinander

in einem solchen Fall zwingend geboten ist. Es sind enorme Fortschritte erzielt worden. Ich denke im Zusammenhang mit dieser Frage an die Nato-Erweiterung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Ich denke an die sicherheitspolitischen Absprachen mit Rußland und mit der Ukraine – Entwicklungen, die vor wenigen Jahren noch völlig undenkbar gewesen wären. (C)

Ich erwähne als drittes den **Ausbau der Zusammenarbeit in der inneren Sicherheit**. Ich bleibe dabei, daß dies ein Thema von allergrößter Bedeutung ist. Ich habe gestern im Deutschen Bundestag darauf hingewiesen, daß uns Jacques Delors im letzten Vortrag vor dem Ende seiner Amtszeit als Präsident der Kommission in einer umfassenden Darstellung die Prognose vorgelegt hat, inwieweit wir mit der Herausforderung der internationalen Kriminalität – der Drogenkriminalität, der Mafia und der Geldwäsche-Kriminalität – rechnen müssen. Bei allem Respekt vor der Leistung der deutschen Sicherheitsorgane, nicht zuletzt der Polizei – und ich habe hohen Respekt davor –, wissen wir, daß das in der nationalen Dimension für sich allein nicht mehr zu bewältigen ist.

Ich nenne als vierten Punkt die **Stärkung der demokratischen Verankerung der Europäischen Union**, insbesondere im Blick auf das Europäische Parlament. Ich nenne die Fortentwicklung der Institutionen, die stärkere und strengere Ausprägung des Subsidiaritätsprinzips – ich werde dazu gleich noch mehr sagen – und nicht zuletzt die **Erweiterung der Europäischen Union**. (D)

Meine Damen und Herren, wir alle haben ja – soweit ich das hier so feststellen darf – in den letzten zehn Jahren, insbesondere in den dramatischen Augenblicken der Jahre 1988, 1989 und 1990, unsere Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa immer wieder unserer Solidarität versichert. Ohne die Solidarnosc-Bewegung wäre vieles von dem, was zur deutschen Einheit führte, nicht möglich gewesen. Ohne die Politik in Ungarn, bis hin zu den entscheidenden Tagen im Herbst 1989, wäre die Freiheit für viele Deutsche nicht möglich gewesen. Ich würde es als ein Versagen vor der Geschichte empfinden, wenn wir uns jetzt aus kleinlichen Gründen und aus Mangel an Solidarität, auch im Blick auf eigene Anstrengungen, dem Ruf aus den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas versagten. Krakau ist genauso eine Stadt mitten in Europa wie irgendeine Stadt in Deutschland. Allein schon die Verwilderung unserer Sprache ist hier verräterisch geworden. Krakau ist nicht in Osteuropa; Krakau ist ein klassisches Beispiel für eine Stadt in Mitteleuropa.

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht sind wir in diesen Fragen wesentlich vorangekommen: bei der Vollendung des Binnenmarkts, beim erfolgten Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands. Ich will auch hier die Gelegenheit wahrnehmen, mein Bedauern zum Ausdruck zu bringen, daß aus einer Reihe von Gründen Norwegen in der entscheidenden Stunde den Beitritt nicht geschafft hat. Ich weiß nicht, wann man die Abstimmung wiederholen kann. Ich hoffe, sie wird wiederholt. Für mich

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

- (A) ist Norwegen genau wie andere Länder in Europa ein Teil unseres Europa. – Und ich nenne insbesondere den Vertrag von Amsterdam, dem der Deutsche Bundestag und der Bundesrat vor wenigen Wochen mit großer Mehrheit zugestimmt haben.

Meine Damen und Herren, es ist wahr: Wir haben in Amsterdam nicht alles erreicht. Aber der Vertrag hat uns im inneren Fortentwicklungsbereich der Union ein gutes Stück weiter vorangebracht. Neben neuen Bestimmungen zur Außen- und Sicherheitspolitik im **Amsterdamer Vertrag** ging es vor allem auch um die Fragen der inneren Sicherheit. Man hat in Amsterdam die Möglichkeit geschaffen – nicht zuletzt durch die Integration des Schengener Übereinkommens in das europäische Vertragswerk und den Aufbau von Europol –, entscheidende Impulse zu geben. Ich wünsche mir, daß sich die deutsche Politik – und hier nicht zuletzt auch die Bundesländer – an dieser Entwicklung mit voller Kraft beteiligt.

Wir haben in Amsterdam auch Fortschritte bei der **Reform der europäischen Institutionen** erreicht. Ich denke etwa an die wesentliche **Verbesserung der Rechte des Europäischen Parlaments**.

- (B) Wir haben in anderen Fragen keine Einigkeit erreicht. Ich bin deswegen ja hierzulande – auch in diesem Kreis hier – kritisiert worden. Ich möchte doch darauf hinweisen, daß ein Teil dieser Kritik – ich muß sowieso Kritik ertragen; das ist nichts Besonderes, es gehört zu diesem Amt – ganz unberechtigt ist. Denn es war im Sinne der Bundesländer, daß wir in Amsterdam nicht bereit waren, das **Einstimmigkeitsprinzip** etwa in der Frage des Asylrechts aufzugeben. Ich sage hier noch einmal in großer Offenheit: Wenn wir zu einer Entwicklung in Europa kommen – wann immer das sein wird –, daß die Verhältnisse dann wirklich angeglichen sind, kann man selbstverständlich auch über diese Frage reden. Aber in dem Augenblick, als wir in Amsterdam abstimmten, waren die Zahlen so, daß die Bundesrepublik Deutschland im Jahr vor Amsterdam 116 000 Asylanten verzeichnete, die gesamte übrige Europäische Union 110 000. Ich kann nicht erkennen, daß es eine verständliche Politik ist, daß wir hier die volle Last der Verantwortung tragen – nicht zuletzt übrigens auch die Bundesländer und die Gemeinden – und daß dann von ganz anderen Staaten, die dieses Problem nicht kennen, sozusagen die Mitentscheidung getroffen wird. Übrigens habe ich Ähnliches in der Diskussion über kulturelle Fragen erlebt, wo ich, denke ich, voll im Auftrag der Bundesländer gehandelt habe. Da gab es noch eine Reihe von Spezialfragen, wie beispielsweise die gerade hier vielgeliebte Situation der Landesbanken, die dann auch in dieser Diskussion ihre entsprechende Ausprägung erfahren haben.

An diesen Beispielen, die ich nicht überbewerten will, möchte ich nur deutlich machen, daß der Ruf, möglichst rasch bei den Institutionen die Einstimmigkeit abzuschaffen und zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen, und die Wirklichkeit des Lebens in unserem Land und in anderen Ländern Europas gelegentlich auseinanderlaufen. Man ist aber deswegen in Europa nicht schlecht beraten, wenn man die

wohlverstandenen eigenen Interessen dabei in Einbindung in die europäische Entwicklung selbstverständlich auch sieht. (C)

Mit den Beschlüssen des Europäischen Rates in Luxemburg vom Dezember 1997 wurden die **Erweiterungsprozesse in Gang gesetzt**. Vor wenigen Wochen hat die Europäische Union offiziell die Verhandlungen über den Beitritt Polens, der Tschechischen Republik, Ungarns, Sloweniens, Estlands und Zyperns aufgenommen. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben zudem dem Beitritt Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns zur Nato zugestimmt.

Das Fazit ist klar: Im europäischen Integrationsprozeß ist innerhalb ganz weniger Jahre eine gewaltige Wegstrecke zurückgelegt worden.

Aber, meine Damen und Herren, wenn ich dies – nicht ohne Stolz – sage, ist es richtig hinzuzufügen, daß wir gerade auch im Blick auf die anstehende Erweiterung die Akzeptanz beim Bürger beachten müssen und wissen, daß **weitere Reformschritte in der EU notwendig** sind. Wir stehen in den nächsten zwölf Monaten vor wichtigen Entscheidungen. Im Rahmen der **Agenda 2000** erfolgen jetzt ganz wichtige Weichenstellungen bei der Reform der Strukturpolitik der Gemeinschaft und der Fortentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Wenn man die Geschichte der europäischen Institutionen betrachtet, die von Beginn an nach den Plänen von Jean Monnet über Kohle und Stahl hinausgehen sollten, weiß man, daß man heute vermutlich nicht mehr mit der **Gemeinsamen Agrarpolitik** beginnen würde. Es gibt viele Gründe, die mich in der Rückschau sagen lassen, daß dieser Ansatz vielleicht nicht gerade der operativ günstigste war. Aber wir stehen vor der gegebenen Realität. Deswegen ist es doch ganz selbstverständlich, daß sich – und das will ich ausdrücklich über den Bundesrat hinaus in anderer Funktion den Bundesländern anbieten – Bundesregierung und vor allem auch Bundesländer jetzt sehr intensiv und sorgfältig über die inneren Notwendigkeiten der Agenda 2000 unterhalten, wobei ich ausdrücklich die Agrarpolitik einschließe. (D)

Untrennbar mit der Agenda 2000 verbunden ist die Entscheidung über die **künftige Finanzausstattung der Union**. Sie muß sich an den Grundsätzen von **Solidarität** und **fairer Lastenteilung** orientieren. Das ist ein Kernsatz der deutschen Politik in der Gemeinschaft der Bundesländer, wenn ich das richtig verstehe. Sie alle verstehen das ja auch so. Deswegen wollte ich die Grundsätze von Solidarität und fairer Lastenteilung hier noch einmal deutlich angesprochen haben.

Das spricht sich sehr leicht aus; aber die Erwartungen in ganz Europa sind hier sehr, sehr unterschiedlich. Deswegen plädiere ich auch vor Ihnen dafür, daß wir diese Frage klug, aber auch ruhig und ohne Aufgeregtheit angehen. Wir müssen hierüber zu vernünftigen Gesprächen miteinander in Europa fähig sein.

Das heißt aber auch – und wenn man das ausspricht, ist man kein schlechter Europäer –, daß wir

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

- (A) unsere vitalen deutschen Interessen wahrnehmen. Entsprechendes wird übrigens von all unseren Partnern erwartet. Diejenigen bei uns, die vielleicht glauben, daß man ein höheres Ansehen hätte, wenn man darauf verzichtet, täuschen sich.

Wir werden dies natürlich auch tun, etwa im Blick auf die Landwirtschaft, auf eine faire Lastenteilung bei der EU-Finanzierung oder bei der wichtigen Frage – das ist ein Beispiel für vieles – des Erhalts unserer bewährten **regionalen Strukturpolitik**. Ich kann keinen Grund erkennen – auch wenn es in Brüssel Perfektionisten geben mag, die anders denken; aber denen obliegt Gott sei Dank in dieser Sache nicht die Entscheidung –, warum, wie wir es in über vier Jahrzehnten erfahren haben, innerhalb der Bundesrepublik Deutschland Bundesregierung und Länder, oft genug in einem harten Ringen mit- und untereinander, bei der Strukturpolitik nicht ihre eigenen Akzente setzen sollen. Als jemand, der selbst viele Jahre in diesem Saal Sitz und Stimme hatte, meine ich, gerade am Beispiel der Strukturpolitik wird deutlich, daß sich diese Form des Miteinander sehr geglückt entwickelt hat. Ich vermag nicht einzusehen, warum wir etwas, was sich gut und auf Erfahrung gegründet gestaltet hat, aufgeben sollten.

- (B) Über all dies ist in der allernächsten Zeit zu reden. Die Finanzvorschläge der Kommission werden vermutlich im Oktober, vielleicht Anfang November vorgelegt werden. Das wird eine ungewöhnlich freundliche Diskussion werden. – Sie alle wissen, meine Damen und Herren, daß das zu sehr zähen und schwierigen Verhandlungen führen wird. Ich will auch das hier aussprechen, weil ich deutlich machen möchte, daß das Zufälle des international gültigen Alphabets sind und nichts mit Manipulation zu tun hat: Die entscheidenden Verhandlungen über all diese Punkte werden in der zweiten Hälfte dieses Jahres unter österreichischem Vorsitz beginnen. Ich bin kein Prophet, weiß aber jetzt schon, daß das sehr freundlich gestaltet wird. Dann geht es ins neue Jahr über, und unter deutscher Präsidentschaft fallen in der ersten Hälfte des kommenden Jahres die notwendigen Entscheidungen. Deswegen ist es auch wichtig, daß es eine kluge deutsche Präsidentschaft ist, die in diesem Sinne die Geschäfte führt.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich bin voll und ganz davon überzeugt, daß wir eine vernünftige Lösung finden werden. Lassen Sie mich das einmal in der akuten Diskussion sagen, die ja eigentlich ganz normal ist. Man muß ja auch mitten in einem Wahljahr fähig sein, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Ich glaube daran, daß es gerade für uns, für die Deutschen, ganz wichtig ist, daß wir unsere wirklich elementaren nationalen Interessen – nicht alles, was gesagt wird, ist elementar – mit den Partnern austragen und zum Ausgleich bringen.

Es sollte aber selbstverständlich der Satz gelten: Wir dürfen nicht glauben, daß wir sozusagen unser eigenes Interesse auf die Dauer durchsetzen können, ohne die Interessen unserer Partner und Freunde zu berücksichtigen. Die Konsequenz aus den Erfahrungen mit der föderalen Struktur seit Gründung der

Bundesrepublik Deutschland muß sein, daß man klugerweise auch zu Solidarität miteinander fähig ist. – Wir können das nicht als internationales Beispiel nennen; sonst heißt es gleich wieder: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“ Das meine ich nicht. – Das gilt für die Solidarität der finanziell Stärkeren mit den Schwächeren, und dies gilt auch für die Proportionen der einzelnen Länder. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit 80 Millionen Menschen mit weitem Abstand das größte Land in der Europäischen Union. Es gibt sehr viel kleinere Länder. Wir sollten das Prinzip der Qualität und nicht das Prinzip der Quantität an erster Stelle nennen. Ich bin ganz sicher, daß wir auf diesem Weg die europäische Einigung auch weiter voranbringen.

Wir stehen heute vor der Frage: Wie kann eine erweiterte Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit nach innen und außen verbessern und zugleich ihre demokratische Verankerung sowie ihre Bürgernähe weiter stärken und ausbauen? Nach der Entscheidung über den Euro bin ich der festen Überzeugung, daß jetzt ein Zwischenabschnitt, ein günstiger Zeitpunkt gekommen ist, um eine Bestandsaufnahme in dieser sensiblen, aber doch sehr wichtigen Frage vorzunehmen.

Ich weiß aus vielen Gesprächen bis in die letzten Tage hinein, daß eine beachtliche Zahl – ich denke, die Mehrheit – der Kollegen im Kreis der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union mir voll und ganz darin zustimmt, daß wir beim Europäischen Rat in Cardiff Mitte Juni eine Diskussion darüber führen müssen. Wir werden im institutionellen Bereich über **Größe und Struktur der Kommission** zu reden haben. Bei der Erweiterung ist es völlig klar, daß die **Zahl der Kommissare** so, wie dies bisher geordnet war, nicht bleiben kann. Ich brauche nicht zu sagen, was das für das nationale Prestige eines Landes bedeutet. Es geht um die Größe und die Struktur der Dienste. Hier wäre es sicherlich durchaus am Platze, die Frage zu stellen, ob alles so bleiben muß, wie es jetzt ist und wie es gewachsen, vielleicht auch hier und da gewuchert ist.

Es geht um die **Funktion und die Arbeitsweise des Rates**, nicht zuletzt um die Stimmengewichtung. Das ist nicht nur wiederum eine Frage des Prestiges, sondern es ist eine Frage von ganz enormen Wirkungen. Wer das Ringen hier im Bundesrat um Stimmengewichtung im Jahre 1990 noch in Erinnerung hat, der wird verstehen, daß es solche Probleme auch gibt, wenn man über die Dinge in Europa redet. Das ist im Umgang miteinander ganz normal.

Eine der ganz zentralen Fragen ist die **Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips**. Die Europäische Union ist nicht zuletzt auf diesem Prinzip gegründet worden. Einfach umschrieben heißt das im Grundsatz, daß auf der Ebene der europäischen Politik – ich sage das in Stichworten – in Brüssel nur das geregelt werden soll, was nicht in ausreichendem Maße auf der lokalen, der regionalen oder der nationalen Ebene entschieden werden kann, daß man, mit einem Wort gesagt, dies dann am besten auf der europäischen Ebene regelt.

Eine **zentralistische Europäische Gemeinschaft** mit einem allzuständigen Brüssel kann **nicht unser**

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

- (A) **Ziel** sein. Das hat nichts mit einem Mangel an europäischer Gesinnung zu tun, sondern das ist in sich unmöglich. Das, was wir an unserem Europa schätzen, die ganze Buntheit des Kontinents, der Länder, die sich jetzt zusammenschließen und die dazukommen mit ihrer kulturellen Vielfalt, mit ihren regionalen Besonderheiten, mit ihren unterschiedlichen Traditionen, kann bis in die Details der Sachfragen hinein selbstverständlich nicht von einer Mammutinstitution geprägt sein.

Es ist nicht einfach, dies jedermann in der Europäischen Union verständlich zu machen. Hier haben wir das volle Gewicht der Erfahrungen und der Geschichte in den einzelnen Ländern. Wir, die Deutschen, sind zu einem sehr späten Zeitpunkt ein Nationalstaat im modernen Sinne geworden – und dann noch unter Bedingungen, die mit Krieg und anderen Problemen behaftet waren. Andere, nicht zuletzt die romanischen Staaten, haben die Entwicklung zum Nationalstaat sehr viel früher genommen. Für Franzosen ist das, was wir in der Diskussion um den Föderalismus für selbstverständlich halten, ein mühsamer Prozeß. Charles de Gaulle ist, wie Sie sich erinnern werden, an diesem Punkt mit einer entsprechenden Politik gescheitert.

Wir haben noch das zusätzliche Problem der Sprachen. Wenn ich in einem Vortrag in London von Föderalismus spreche, erreiche ich genau das Gegenteil von dem, was ich beabsichtige, weil die Menschen dort zwar auch das wollen, was wir wollen, aber ihre Sprache ihnen bei der Verwendung dieses Wortes etwas anderes vermittelt.

- (B) Klar gesagt: Die Europäische Union wird auch in Zukunft ganz selbstverständlich Nationalstaaten haben. Es werden andere Nationalstaaten als Nationalstaaten im früheren Sinne sein. Aber die nationale Identität wird in der Geschichte, in der Tradition, vor allem auch in der kulturellen Definition der einzelnen Länder bleiben.

Gerade weil wir heute über den Euro reden, möchte ich doch leidenschaftlich dafür plädieren, daß wir ungeachtet der ökonomisch zwingenden Fragen, ob Arbeitslosigkeit oder Geldpolitik, nicht vergessen, daß dieses Europa vor allem eine **kulturelle Dimension** hat. Die kulturelle Dimension ist vor dem Hintergrund der antiken, ja der christlichen Tradition unseres Kontinents gewachsen und hat in den verschiedenen Ländern Europas eine sehr unterschiedliche Ausprägung gefunden. Wenn Sie so wollen – ich will es etwas pathetisch sagen –, ist das ein köstlicher Schatz, mit dem wir sehr sorgfältig umgehen sollten.

Wir müssen jetzt bei dieser Zwischenstation der Entwicklung der Europäischen Union die notwendige Abgrenzung der jeweiligen Kompetenzen besprechen. Das heißt für mich auch, daß ich mir schon vorstellen kann, daß in der jetzt stattfindenden Diskussion auch die eine oder andere Entwicklung der Vergangenheit rückgängig gemacht wird. Klugerweise muß man auch in der Politik, wenn man einen Fehler gemacht hat, den Versuch unternehmen können, den Fehler zu revidieren. Für mich ist es kein Tabu zu sagen, daß wir – und ich habe solche Vorstellungen schon im Einzelfall – das eine oder andere

auf die nationale oder regionale oder, wie es bei uns heißt, auf die landespolitische Ebene zurückgeben. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, wie es jetzt gerne nicht zuletzt im Europäischen Parlament als Schlagwort verwandt wird, daß dies eine Renationalisierung sei. Ich kann das überhaupt nicht entdecken. Ich bin dafür, daß wir klug abwägen, was zu einer wirklichen Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern führt und was eine bürgernahe Union ist.

Ich finde, daß wir bei all diesen notwendigerweise sehr trocken wirkenden Entscheidungen nicht vergessen dürfen – das ist zentral für mich –, daß die **Akzeptanz** in Europa nicht nur eine Frage politischer Zweckmäßigkeit oder ökonomischer Vernunft ist. Beides ist ganz wichtig; aber die Menschen müssen dieses Europa auch mit ihrem Gefühl, mit ihrem Herzen akzeptieren.

Ich bin ganz optimistisch, daß es gelingen wird. Denn in Europa wächst jetzt eine neue Generation heran, die zum Teil schon weit über unsere heutigen Erwägungen hinausgeschritten ist. In ein paar Wochen, in der Sommerzeit, können Sie wieder sehen, wie ganze Scharen junger Leute quer durch Europa ziehen. Hier bei uns können Sie das sehr gut an der Rheinschiene beobachten. Sie können es in Berlin beobachten, auch in Paris und in London. Sie können es auf der Karlsbrücke in Prag besonders eindrucksvoll beobachten. Diese Generation will dieses Europa, aber sie will ihre eigene Identität behalten, etwa in jenem Sinne, wie es in so wunderbarer Weise Thomas Mann formuliert – er sei ein deutscher Europäer und ein europäischer Deutscher.

Das heißt also: Die Menschen wollen spüren und müssen spüren, daß dies ihr Europa ist, daß es für sie gebaut wird. Das etwas umständliche Wort der Subsidiarität bringt das nur unscharf zum Ausdruck. Wir müssen es durch die praktische Tat übersetzen.

Für mich zählt es zu den größten Erfolgen unserer Europapolitik, daß es gelungen ist, diesen Gedanken als ein ganz wesentliches Bauprinzip für das vereinte Europa durchzusetzen. Anders ausgedrückt – ich nehme die Gedankengänge aus dem Parlamentarischen Rat auf, dessen Hauptausschußvorsitzender Carlo Schmid dieses Wort immer so zitiert hat –:

Wir wollen das vereinte Europa nicht als Leviathan, wir wollen keinen europäischen Einheitsstaat, sondern ein Europa der Vielfalt.

Das erfordert unendlich viel Geduld; aber ich finde, es ist ein richtiger Kompaß.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Bau des Hauses Europa ist die entscheidende Garantie für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent im 21. Jahrhundert. Gerade wir, die Deutschen, haben als das Land mit den längsten Grenzen, mit den meisten Nachbarn in Europa das allergrößte Interesse daran, daß die Einigung Europas weiter vorankommt.

Wir haben vorhin über den Beginn der Zeit mit der D-Mark vor 50 Jahren gesprochen. Wenn Sie diese Zeit rekapitulieren, dann wissen Sie wie ich, daß Europa, die europäische Einigungspolitik, uns über-

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

- (A) haupt erst die Chancen dieser 50 Jahre eröffnet hat und daß wir gerade auch im Blick auf die Veränderung der Welt bei zunehmender **Globalisierung** diese Chancen nutzen müssen und dabei auch eine Chance haben, die Risiken der Globalisierung etwas abzubauen.

Wir werden dann übrigens nur mit dieser Politik den Erwartungen gerecht, die in aller Welt auf uns Europäer und auf uns Deutsche gerichtet sind. In Erinnerung an die jüngste Geschichte wissen wir, daß die **deutsche Einheit** ohne die europäische Einigungspolitik in den Jahrzehnten zuvor nicht denkbar gewesen wäre. Daß alle unsere Nachbarn – wenn auch nicht immer aus großer Überzeugung und Freude, manche zähneknirschend – am Ende zustimmten, ist ein Erfolg von Generationen verantwortlicher deutscher Politiker in diesen Jahrzehnten. Als eine Kollegin am Rande einer besonders bewegten und schwierigen Europäischen Ratssitzung im Dezember 1989 zu nächtlicher Stunde ausrief: „Zweimal haben wir sie geschlagen, jetzt sind sie wieder da“, konnte man erkennen, was hierbei an Gefühlen hervorkam.

Meine Damen und Herren, wir können das heute amüsiert zur Kenntnis nehmen, aber ich warne davor, es nicht sehr ernst zu nehmen. In Europa lebt noch eine ganze Generation – Sie müssen nicht weit von hier aus gehen, in die Niederlande, nach Luxemburg und in andere Teile Europas –, in der sehr präsent ist, was damals auch an Schrecklichem im deutschen Namen geschehen ist.

- (B) Das ist die eine Seite, und es gibt noch eine andere Angst. Das ist die Angst, daß durch diese europäische Entwicklung, auch durch die wirtschaftliche Stärke Deutschlands – denn niemand außerhalb der deutschen Staatsgrenzen ist ja bereit, die Niedergangsstimmung, die gelegentlich hier verbreitet wird, zu akzeptieren – die Deutschen in eine Politik der Hegemonie kommen könnten.

Das sind alles Begriffe von gestern, und es wird entscheidend darauf ankommen, wie wir durch unser Tun, durch unser So-Sein, wenn ich das so formulieren darf, hier wirken, wie wir uns engagieren, übrigens bis in Bereiche der Dritten Welt hinein. Das heißt, es ist entscheidend die Aufgabe, den **Prozeß der europäischen Einigung unumkehrbar zu gestalten**.

Ich möchte auch hier vor dem Bundesrat ein Wort des Dankes an die vielen sagen, die dabei mitgeholfen haben, nicht zuletzt aus den Bundesländern. Wenn ich hier besonders meine Amtsvorgänger nenne – Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und Helmut Schmidt –, dann werden Sie das verstehen. Sie stehen für eine Politik, bei allen Unterschieden in der parteipolitischen Betrachtung, die die Stunde und die Zeit und die Herausforderung richtig begriffen hat. Ich möchte uns gemeinsam einladen, diese historische Chance für Frieden und Freiheit, für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in unserem alten Kontinent zu nutzen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Europäische Kommission hat am 25. März 1998 vorgeschlagen, mit der Dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1999 mit elf Mitgliedstaaten zu beginnen. Die Bundesregierung beabsichtigt, dieser Empfehlung zu folgen, und bittet den Bundesrat um seine Zustimmung. (C)

Präsident Gerhard Schröder: Das Wort hat jetzt der Kollege Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlandes.

Oskar Lafontaine (Saarland): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundesrat ist heute, wie gestern der Bundestag, aufgefordert, eine wichtige Entscheidung für die Menschen in Deutschland und in Europa zu treffen – aber nicht nur für die Menschen in Deutschland und in Europa, sondern, wenn man die internationalen Finanzmärkte und ihre Zusammenhänge kennt, auch für die Menschen, die in anderen Teilen der Erde Wohlstand und Beschäftigung suchen. Wir müssen uns der Tragweite dieser Entscheidung bewußt sein und daher alle Anstrengungen unternehmen, um diese Entscheidung auch in den Folgejahren zu einer Entscheidung werden zu lassen, die zu mehr Wohlstand in Europa, zu mehr Beschäftigung in Europa führt.

Wir dürfen nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß 20 Millionen Menschen in Europa ohne Arbeit sind. Dies ist die größte Herausforderung der europäischen Politik. Die Entscheidungen, die wir heute und in den folgenden Monaten und Jahren treffen, müssen sich an dieser Herausforderung messen lassen. (D)

Deshalb ist es gut, daß in der letzten Zeit auch von Ihnen, Herr Bundesratspräsident, immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die **Beschäftigungswirksamkeit aller Maßnahmen** mehr und mehr ein Kriterium werden muß und daß es nicht allein um die Frage der Stabilität geht. Wenn wir über die Stabilität reden, dann ist es notwendig – dies möchte ich in der Folge der Ausführungen des Bundeskanzlers tun –, uns einmal Klarheit darüber zu verschaffen, was eigentlich Stabilität ist.

Herr Bundeskanzler, Sie haben vieles gesagt, dem ich zustimmen kann. Ich will mich daher mit diesen Themen aus Zeitgründen nicht mehr beschäftigen und mich den Themen zuwenden, die noch nicht angesprochen worden sind, von denen ich gleichwohl glaube, daß sie die Debatte der nächsten Jahre wesentlich bestimmen werden.

Ich beginne mit dem **Begriff der Stabilität**. Allzu sehr – dies schimmerte auch in Ihren Ausführungen wieder durch – hat man den Begriff der Stabilität auf eine Währungsgröße reduziert und dabei noch den Fehler gemacht, wesentlich die Stabilität im Inneren, die Preisstabilität, zu sehen. Dies ist von der Gesetzgebung her nicht ableitbar und von der Sache her nicht vertretbar. Vielmehr muß der Stabilitätsbegriff im währungspolitischen Raume zumindest nach zwei Seiten hin interpretiert werden: Er muß interpretiert werden für die Innenpolitik, für die Preisstabilität im

Oskar Lafontaine (Saarland)

- (A) Inneren; er muß aber ebenfalls – das ist eine ganz wichtige Größe – interpretiert werden für die Preisstabilität nach außen. Man nennt dies Wechselkurse.

Wenn wir an dieser Stelle nur einmal kurz reflektieren, dann hatten wir vielleicht in den letzten Jahren oder Jahrzehnten auch in Deutschland **Preisstabilität im Inneren** in zunehmendem Maße erreicht. Wir müssen aber gleichwohl wissen, daß die Herausforderungen der kommenden Jahre dadurch beschrieben sind, daß Preisstabilität nach außen nur bedingt erreicht worden ist, weil die Deutsche Mark – das wissen die Beschäftigten, weil sie die Opfer dieser Entwicklung sind – in den letzten Jahrzehnten im Schnitt um 3 % aufgewertet worden ist, also Preisstabilität in diesem Sinne nicht erreicht worden ist.

In meiner Kindheit wurde der Dollar noch mit über 4 DM gehandelt, und ein Französischer Franc nach heutiger Währung war werthaltiger als die Deutsche Mark. Allein an diesen beiden Zahlen können Sie erkennen, wie sehr sich die Währungsrelationen international verschoben haben, natürlich mit erheblichen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung, auf die Arbeitsmärkte, auf die Finanzmärkte usw. Wir müssen uns also nicht nur dem Ziel der Preisstabilität im Inneren widmen, sondern auch kritisch immer wieder die Preisstabilität nach außen betrachten.

- (B) Welche Bedeutung hat die Entscheidung, die wir heute treffen, für die **Preisstabilität nach außen**? Wenn immer wieder gesagt wird, der Euro werde so stabil wie die D-Mark, dann muß man, was die Preisstabilität nach außen angeht, die Hoffnung äußern, daß er stabiler wird als die D-Mark. Für die **deutsche Exportwirtschaft** wird der Euro weitaus stabiler werden als die D-Mark, weil die deutsche Exportwirtschaft, soweit sie auf dem europäischen Markt tätig sein wird, mit erheblichen Verwerfungen – wie in den letzten Jahren – nicht mehr konfrontiert sein wird. Er wird also an dieser Stelle ein viel höheres Maß an Stabilität bringen, als die D-Mark es jemals konnte.

Man muß das immer wieder sagen. Denn wenn man den Begriff der Stabilität nur auf die Preisstabilität im Inneren verengt, verliert man wesentliche Felder des Wirtschaftslebens aus dem Blickfeld. Damit ist eine nicht sachgemäße Behandlung der zu treffenden Entscheidung zu erwarten.

Der Euro wird also aus seiner Definition heraus für seinen Wirkungsbereich einen **Zuwachs an Stabilität** bringen. Denn Entwicklungen wie etwa in den Jahren 1992/93, als aufgrund erheblicher Verwerfungen in den europäischen Volkswirtschaften und einer nicht vertretbaren Hochzinspolitik der Deutschen Bundesbank einzelne Währungen, die Lira oder das Pfund, gezwungen waren, das Europäische Währungssystem zu verlassen, wird es dann – zum Pfund müßte ich jetzt eine Zusatzbemerkung machen – in Zukunft nicht mehr geben.

Dies ist der Zuwachs an Stabilität, den wir haben werden und der für die deutsche Wirtschaft beachtlicher sein wird als für andere Volkswirtschaften, weil die westdeutsche Wirtschaft nach wie vor einen Exportanteil von 30 % oder mehr und die gesamtdeut-

sche Wirtschaft einen Exportanteil von 22 % hat. Es ist dann für eine Volkswirtschaft relevant, ob sie im Kernbereich des Exportgeschäftes einen Zuwachs an Stabilität haben wird oder nicht. (C)

Diesen Sachverhalt kann man ohne weiteres bejahen. Er führt aber zu einer nicht gelösten Aufgabe, die ich in diesem Zusammenhang ansprechen möchte. Die europäische Diskussion hat aufgrund eines welthistorischen Ereignisses begonnen, des Zusammenfalls des Systems von Bretton Woods im Jahre 1973. Es bleibt das historisch einmalige Verdienst von Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing, die Auswirkungen dieses Zusammenbruchs erkannt und im Jahre 1979 die Entscheidung herbeigeführt zu haben, die **Europäische Währungsschlange** zu konstituieren.

Diese Staatsmänner hatten erkannt, daß es im Zeitalter flexibler Wechselkurse, im Zeitalter zunehmender Währungsspekulationen notwendig sein würde, mehr Stabilität in das internationale Währungssystem zu bringen. Die Diskussion ist damals von einer anderen Seite geführt worden. Insbesondere die deutsche Schule der angebotsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik vertrat immer noch die These, daß flexible Wechselkurse die Grundlage für mehr Wachstum und Beschäftigung sein würden.

Es ist zu begrüßen – ich nenne dabei den Namen Olaf Sievert, der in diesem Zusammenhang, was seine ökonomischen Arbeiten angeht, einen gewissen Stellenwert hat –, daß mittlerweile auch in dieser Schule Stimmen laut werden, die sagen: Die Hoffnungen, die wir auf flexible Wechselkurse gesetzt haben, haben sich nicht erfüllt. Es ist daher auf eine **größere Stabilität der Währungen innerhalb der Volkswirtschaften** und insbesondere auch der Währungen in Europa hinzuarbeiten. (D)

Dazu unternehmen wir heute den ersten Schritt. Aber mit der Stabilität der Währungen in Europa allein ist es ja nicht getan. Wichtig wäre es, Vorarbeiten im Rahmen der G 7 und in der Weltwirtschaft aufzugreifen, die vorliegen und die einen ähnlichen Schritt für die relevanten Volkswirtschaften in der Welt empfehlen.

Es ist vor einigen Jahren unter dem Vorsitz des amerikanischen Notenbankpräsidenten Paul Volcker die **Bretton-Woods-Kommission** ins Leben gerufen worden, die exakt dies empfohlen hat. Sie hat empfohlen, nicht nur etwa eine Art Währungsschlange in Europa, nicht nur einen stabilen Währungsraum in Europa zu schaffen, sondern sie hat empfohlen, ähnliche Schritte innerhalb der G 7 zu unternehmen, insbesondere im Industriedreieck, im globalen Dreieck USA, Japan und Europa.

Ich sehe dies als eine wichtige Zukunftsaufgabe an, die man auch angesichts des Fortschreitens der Europäischen Währungsunion angehen sollte. Denn das, was für die Volkswirtschaften Europas gilt, gilt, da die ökonomischen Gesetze überall Geltung haben, natürlich auch für die Volkswirtschaften der Welt. Es wäre also notwendig, viele Jahre nach Bretton Woods und dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems auch global Schritte zu unternehmen,

Oskar Lafontaine (Saarland)

- (A) ähnlich wie in Europa, um zu einer größeren Stabilität der Währungen und der Finanzmärkte zu kommen.

Es ist begrüßenswert, daß nach der Ostasienkrise dieser Gedanke auch wieder bei denen auf Zustimmung stößt, die ihm lange Zeit widerstanden haben. Es wird also nach unserer Auffassung Aufgabe der deutschen Politik sein, nicht nur innerhalb Europas auf dieses Ziel hinzuwirken, sondern man sollte auch die ausgestreckte Hand der Amerikaner und anderer ergreifen und versuchen, weitere Schritte im Hinblick auf die Stabilität der Währungen zu unternehmen.

Dies zum Thema „äußere Stabilität einer Währung“ und zu den Fragen, die der Euro immer noch aufwerfen wird, wenn im Inneren der einheitliche Währungsraum hergestellt sein wird.

Ich wende mich nun dem wichtigsten Thema der Stabilität zu. Es ist dankbar zu vermerken, daß auch die Bundesbank dies mittlerweile zu einem wichtigen Thema der Stabilität erklärt hat: Das ist die **Beschäftigungsentwicklung**. Denn, meine Damen und Herren, stabiles Geld ist nicht alles. Arbeitslose, die uns jetzt vielleicht zuhören, die kein Konto und keine Anlagen haben, werden nicht in erster Linie die Frage stellen: Wie wird sich mein Vermögen in nächster Zeit etwa aufgrund inflatorischer Prozesse entwickeln? Sie werden sich vielmehr die Frage stellen: Wann kriege ich wieder Arbeit? Denn jemandem, der kein Konto und kein Einkommen hat, nützt die stabilste Währung relativ wenig.

- (B) Wir sind also, glaube ich, schon gut beraten, wenn wir immer wieder sagen: Zur Stabilität gehört nach unserem Verständnis nicht nur die Preisstabilität im Inneren, nicht nur die zunehmend wichtige Stabilität der Währung nach außen, sondern auch die Stabilität des sozialen Lebens, des Arbeitslebens, wenn man so will, die **Stabilität einer sozialen Demokratie**.

Hier ist Europa in der letzten Zeit keine Erfolgsgeschichte; auch die deutsche Geschichte ist keine Erfolgsgeschichte. Dies ist keine billige Polemik, sondern eine schlichte Feststellung. 20 Millionen Arbeitslose in Europa sind ein eindeutiger Beleg dafür, daß es massive Fehlentwicklungen gab. Fünf Millionen Arbeitslose bei uns – ich greife jetzt eine grobe statistische Zahl heraus, ohne mich auf Diskussionen über Statistik einzulassen – sind auch kein Beleg dafür, daß die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik oder die Währung, wie immer man es ausdrücken will, eine Erfolgsgeschichte war.

Wenn man nun an die Aufgaben herangeht – die Sie, Herr Bundeskanzler, aus Zeitgründen nicht ansprechen konnten –, die in der nächsten Zeit zu erfüllen sind, dann ist die Frage: Was kann man tun, um beim dritten Punkt zu einer weitaus größeren Stabilität in Europa zu kommen, als es bisher der Fall war? Hier möchte ich – mit einem gewissen Genuß, wie Sie verstehen werden, meine Damen und Herren, wenn Sie die Debatten der letzten Zeit verfolgt haben – ein Referat heranziehen, das der britische Finanzminister Gordon Brown vor einiger Zeit in

Frankfurt gehalten hat, als er sich zur Stabilität in Europa äußerte. (C)

Er sagte dort sinngemäß – entschuldigen Sie, daß ich nicht wörtlich zitiere –: Makropolitik allein genügt nicht. Es gehören auch Strukturreformen dazu. – Natürlich habe ich jetzt erwartet, Herr Bundeskanzler, daß Sie nicken. Aber ich glaube nicht, daß ich mich bis jetzt hinreichend verständlich gemacht habe.

(Zuruf Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl)

– Ich glaube es auch.

(Heiterkeit)

Dabei war ich noch so vornehm zu sagen, aus Zeitgründen hätten Sie diese Fragen nicht ansprechen können.

(Erneute Heiterkeit)

Es ist nun einmal so, daß hier aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre gesagt werden mußte: Strukturreformen alleine genügen nicht; Makropolitik muß hinzukommen. – Die Tatsache, daß Sie das nicht erkennen, um dies jetzt konkret anzusprechen, ist eine der Ursachen dafür, warum die Arbeitslosigkeit insbesondere in Deutschland stärker angestiegen ist als in der gesamten Europäischen Gemeinschaft. Dabei kann die Arbeitslosigkeit – entgegen Ihrer fehlerhaften Auffassung – mittlerweile natürlich nicht mehr alleine in Deutschland oder in einem anderen Nationalstaat bekämpft werden, sondern sie kann nur noch makropolitisch zwingend in Gesamteuropa bekämpft werden.

- (D) Wenn Sie immer wieder sagen: „Beschäftigungspolitik machen wir zu Hause“, dann haben wir eben – ich sage es wiederum vornehm – völlig unterschiedliche Auffassungen von Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wer aber glaubt, Makropolitik könne man, nachdem die Geldpolitik europäisiert worden ist, noch auf nationaler Ebene machen, hat nicht die Lehrbücher gelesen, die wir gelesen haben. Vielleicht gibt es andere. Aber dies noch ernsthaft zu behaupten zeugt nach diesen weitverbreiteten ökonomischen Gesetzen von einem Mißverständnis ökonomischer Zusammenhänge.

Nachdem das historisch Bedeutsame, das wir jetzt beschließen wollen, darin besteht, daß wir die Geldpolitik europäisieren, muß sich doch die Frage stellen: Was passiert weiter mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik, mit der Beschäftigungspolitik, mit der Lohnpolitik, der Sozialpolitik und der Umweltpolitik?

Ich habe vorhin keinen Widerspruch gehört, als ich gesagt habe: Die Geldpolitik muß nicht nur europäisiert werden, sondern im Anschluß an Bretton Woods und die Folgeentwicklungen sowie die Explosion in Ostasien bedarf es auch weltweiter Vereinbarungen.

Es ist auch niemand hier, der noch so töricht wäre zu sagen, die Umweltpolitik sei eine nationale Aufgabe. So weit sind wir ja schon. Aber wenn wir Umweltpolitik und Geldpolitik schon einmal als globale und europäische Aufgaben begriffen haben, dann müssen wir noch etwas Aufklärungsarbeit leisten,

Oskar Lafontaine (Saarland)

- (A) um auch die übrigen Politikbereiche mehr und mehr im europäischen Zusammenhang darzustellen. Das sieht im übrigen die große Mehrheit der europäischen Staaten so – im Gegensatz zur Bundesregierung, die an dieser Stelle immer noch einer massiven Fehlentwicklung das Wort redet.

Im Zusammenhang mit der Europäisierung der Geldpolitik muß heute wieder darauf hingewiesen werden, daß der Euro eine Chance und ein Risiko zugleich ist. Er ist eine Chance, zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu kommen, wenn wir die entsprechenden Folgeentscheidungen treffen, über die ich jetzt reden möchte und die Sie, Herr Bundeskanzler, aus Zeitgründen nicht ansprechen konnten. Er ist aber ein Risiko, wenn wir diese Folgeentscheidungen nicht treffen.

Ich komme zu einer wichtigen Folgeentscheidung, die angegangen werden muß, nämlich zu der Folgeentscheidung: Was ersetzt in Zukunft die **Wechselkurse** in ihrer bedeutsamen ökonomischen Funktion? Man kann doch nicht die Wechselkurse abschaffen und dann die Frage nicht beantworten, welcher ökonomische Mechanismus die Funktion der Wechselkurse ersetzt. Die Wechselkurse sind die „Stoßdämpfer“ der Volkswirtschaften gewesen. Wenn man die Stoßdämpfer ausbaut, dann muß man wissen, welcher Mechanismus, welche Feder, welches dehnbare System, welches flexible System diese Rolle in der Zukunft übernimmt.

- (B) Ich meine, wir müssen erkennen, meine Damen und Herren, daß der **Lohnpolitik** an dieser Stelle die entscheidende Rolle zukommt. Es kann daher in keinem Fall so weitergehen, daß die Lohnpolitik ohne jegliche Absprache und Koordination in nationaler Zuständigkeit, womöglich noch in regionaler oder branchenbezogener Zuständigkeit, allein verbleibt. Wäre dies nämlich der Fall, d. h., würde sich nichts ändern, dann hätten wir eine wichtige Stellgröße verändert, nämlich die Wechselkurse. Dann hätten wir einen wichtigen Koppelungsmechanismus ausgebaut, um ansonsten wie bisher weiterzumachen. Es müßte eigentlich einsehbar sein, daß dies nicht möglich ist.

Es ist daher gut, daß auf europäischer Ebene – wir haben dies kürzlich in London im Kreise der Vorsitzenden der sozialdemokratischen Parteien, an dem auch zehn Regierungschefs beteiligt sind, wieder gesagt – die Lohnpolitik zunehmend die Rolle der Wechselkurse übernehmen muß. Es war der österreichische Bundeskanzler Viktor Klima, der gerade im Zusammenhang damit, daß er mit seiner Währung faktisch ja schon lange Jahre in einer Währungsunion war, darauf hingewiesen hat, daß eben die Lohnpolitik an dieser Stelle in seinem Wirtschaftsraum die Funktion übernehmen mußte, die bei nicht festgezurrtten Währungsverhältnissen die Wechselkurse übernehmen müssen. Das gilt aber noch nicht für Italien, für die Lira; es gilt noch nicht für die Peseta; es gilt nicht für das britische Pfund und für viele andere Währungen.

Warum habe ich vorhin Gordon Brown erwähnt? Für die Angelsachsen ist es selbstverständlich, daß Makropolitik gemacht werden muß – als Versuch, die

(C) Geldpolitik, die Tarifpolitik, die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu koordinieren. In Zentraleuropa ist das aufgrund einer verfehlten Ideologie in den letzten Jahren mit den entsprechenden Folgewirkungen völlig aus dem Blickfeld geraten. Ich erinnere noch einmal daran – Makropolitik –, daß es die konservative Regierung Major war, die ebenso wie die amerikanische Regierung im Jahre 1992 ein jahresbezogenes Defizit von 7 bis 8 % hatte. Ich erwähne diese Zahl, um das fanatische Bestehen auf 3,0 gleich 3,0 gleich 3,0 im internationalen Rahmen etwas zu relativieren und die Realitäten in Staaten, die beschäftigungspolitisch weitaus bessere Zahlen aufzuweisen haben als andere Staaten – das sage ich in erster Linie in bezug auf Amerika –, in Erinnerung zu rufen.

Eine Makropolitik, die die Geldpolitik europäisiert, die Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die Tarifpolitik in nationaler Zuständigkeit beläßt, wird scheitern und zu mehr Arbeitslosigkeit führen. Ich sage dies in derselben Ernsthaftigkeit, in der ich im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Währungsunion die Folgewirkungen der schnellen Einführung der D-Mark zum Kurse von 1:1 angesprochen habe.

Wenn Sie hier sagen, meine Damen und Herren: Wir haben im Stabilitätspakt vereinbart, daß es keine **Transferzahlungen** geben soll, dann ist das wirklich wunderbar. Wenn aber ähnliche Entwicklungen aufgrund des Auseinanderdriftens der Löhne und der Lohnstückkosten eintreten, wie wir sie in der Vergangenheit erlebt haben, was machen wir dann? Verweisen wir auf den Vertrag? Ich vermag nicht so viel Naivität aufzubringen, um daran zu glauben. (D)

Daher sage ich noch deutlicher: Gelingt es nicht, die Bereiche der Makropolitik europaweit zu koordinieren, gelingt es nicht, zu einem Miteinander der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Lohnpolitik usw. zu gelangen, dann wird es zu Transferzahlungen kommen, Vertrag hin oder Vertrag her! Er wird dann der Realität weichen müssen, wie so oft in der Geschichte. An dieser Stelle muß man schlicht und einfach die Lehren aus der Vergangenheit ziehen.

Wir müssen daher dem Kurs der französischen Regierung folgen, die zunächst einmal das große Verdienst hatte, den Stabilitätsbegriff wieder auf die Füße zu stellen und darauf hinzuweisen, daß es nicht nur auf die Preisstabilität im Inneren, sondern auch auf die Währungsstabilität nach außen und auf die Beschäftigungsstabilität ankommt. Wir müssen die Wirtschafts- und Finanzpolitik koordinieren, wie es übrigens der Vertrag von Maastricht in Artikel 103 vorsieht.

Im Zusammenhang mit dem, was ich zu Amerika gesagt habe, rufe ich einen vergessenen Artikel des **Nato-Vertrages** in Erinnerung. Artikel 2 verpflichtet schon alle Mitgliedstaaten zur Koordinierung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das heißt also: Der Brückenschlag über den Atlantik ergibt sich allein aus einem gegenseitigen Beistandsvertrag. Dies sollte aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und aufgrund der Ergebnisse, die wir auf ökonomischem Gebiet erzielt haben, jetzt endlich in Angriff genommen werden.

Oskar Lafontaine (Saarland)

- (A) Wir brauchen also, wie Strauss-Kahn es formuliert hat, eben nicht nur den in diesem Sinne verstandenen stabilitätspolitischen Anker, sondern auch den währungspolitischen und den arbeitsmarktpolitischen Pfeiler. Das sind die beiden zusätzlichen Dimensionen der Stabilität, die ich angesprochen habe. Dabei weist die Auffassung der französischen Regierung nach meiner Meinung in die richtige Richtung.

Bei der Lohnpolitik ist die entscheidende Größe nicht die Lohnentwicklung, sondern die **Entwicklung der Lohnstückkosten**. Darauf kann man nicht oft genug hinweisen. Die Entwicklung der Lohnstückkosten in Deutschland im Export verlief in der Regel so, daß nur Aufwertungen der D-Mark über lange Jahre noch größere Exportüberschüsse verhindert haben. Ich weise hier noch einmal darauf hin, daß man folgende Frage nicht ausklammern kann, auch nicht aus Zeitgründen: Was wird sein, wenn dieser Mechanismus außer Kraft gesetzt ist und durch keinen anderen ersetzt wird?

Der ehemalige spanische Minister Boyer hat vor anderthalb Jahren darauf hingewiesen. Die Diskussion ist relativ zurückhaltend aufgegriffen worden. Es ist anerkennenswert, daß das DIW heute veröffentlicht hat, daß es für europaweite Lohnleitlinien plädiert, wobei sich die Gewerkschaften zusammensetzen, um jetzt europaweit darüber zu reden, wie denn die Tarifpolitik aussehen muß. Dieser Vorschlag ist auch bei der Zusammenkunft der europäischen sozialdemokratischen Parteien kürzlich in London von den Teilnehmern, auch den Regierungschefs, so akzeptiert worden.

- (B) Daß dies notwendig ist, sehen wir ja auch hier im Inneren. Nehmen Sie einmal die Situation der Bauarbeiter, und nehmen Sie Ihr Plädoyer für die Osterweiterung! Dann sind wir wieder bei den Menschen. Wir dürfen uns in keinem Fall den Vorwurf zuziehen, daß wir hier in historischen Dimensionen schwelgen, aber nicht das konkrete Leben der Menschen sehen. Wie geht es den Bauarbeitern, wenn über die Osterweiterung geredet wird, und wie geht es den Bauarbeitern, wenn über den Arbeitsmarkt in der Europäischen Gemeinschaft gesprochen wird? Es ist doch erkennbar, daß an dieser Stelle nicht nur nach dem Preisbildungsmechanismus und nach Marktgesichtspunkten verfahren werden kann; denn Menschen sind nicht mit Waren gleichzusetzen. Würde man dies tun, dann würde man für meine Begriffe das kulturelle und zivilisatorische Erbe Europas nicht reflektieren. Für mich gehört der Sozialstaat, die **Sozialstaatsidee zum kulturellen und zivilisatorischen Erbe Europas**, das wir auch dann nicht aufgeben können, wenn in anderen Volkswirtschaften nur in ökonomischen Größen, flexiblen Größen usw. gedacht wird.

Daher können wir den Bauarbeitern sagen: Wir werden darauf achten, daß dieses zivilisatorische Erbe nicht in Frage gestellt wird und daß es nicht unter völlig verkürzten Marktgesichtspunkten – Markt-radikalismus, muß man sagen – zugelassen wird, daß hier etwa Arbeiter aus europäischen Mitgliedstaaten auf Baustellen und andernorts arbeiten, die bei sich vielleicht mit nur 5 DM oder weniger einen Lebens-

standard darstellen können; einen Lebensstandard, (C) der bei uns mit 5 DM niemals dargestellt werden kann.

Hier sind die Grenzen der Marktphilosophie. Der Arbeitsmarkt in Gesamteuropa kann zukünftig nicht ohne Richtlinien, Vereinbarungen und Regulierungen gestaltet werden. Wer etwas anderes sagt, verfehlt entscheidend seine Aufgabe, für die Menschen in Deutschland die Verantwortung wahrzunehmen, die er wahrnehmen muß. Hunderttausende von Bauarbeitern, die auch durch Fahrlässigkeit arbeitslos geworden sind, welche insgesamt auch der deutschen Politik anzulasten ist, werden aufmerksam zuhören, um zu erfahren, wie es weitergeht.

An dieser Stelle möchte ich die **Osterweiterung** ansprechen. Es ist völlig unstrittig, daß unsere Nachbarstaaten im Osten zu Europa gehören. Ich gehe so weit zu sagen, die gesamte russische Literatur ist europäisch. Das ist eine Frage, die nicht strittig ist. Was wir aber nicht tun dürfen, ist, immer wieder kühne politische Entwürfe in die Welt zu setzen, ohne die zahlreichen Schwierigkeiten zu sehen, die auftreten werden, wenn man diese Entwürfe dann eben auch in die Tat umsetzt und vor die Frage gestellt wird: Was ist dann mit den Arbeitsmärkten? Wie wird das Ganze finanziert, und wie verträgt sich das mit dem, was wir gesagt haben?

Herr Bundeskanzler, Sie haben zu diesem Punkt – wiederum aus Zeitgründen – sehr wenig gesagt. Sie haben etwa zur **Agenda 2000** – dabei hören dann auch die polnischen Bauern zu – gesagt, hier gehe es um wichtige Weichenstellungen. Das ist richtig. Aber natürlich muß man noch ein bißchen mehr dazu sagen; denn bezüglich der Feststellung, daß es um wichtige Weichenstellungen geht, besteht wahrscheinlich quer durch alle Parteien eine sehr, sehr große Einmütigkeit. Aber hinsichtlich der Frage, wie diese Weichenstellungen aussehen sollen, bestehen schon auf der Bank direkt neben mir nicht die gleichen Auffassungen, geschweige denn quer durch alle Parteien. Ich deute das nur an. (D)

Nur, unglaublich darf man an dieser Stelle nicht werden. Ich sage es noch einmal: Man kann nicht eine Zurückführung der Mittel der Europäischen Gemeinschaft verlangen, die Deutschland aufbringt, man kann keine Erweiterung der Agrarsubventionen verlangen, die Deutschland dann von Europa abholen will, und gleichzeitig noch der Osterweiterung das Wort reden, die mehr Geld kostet. Das ist in sich völlig widersprüchlich. Ich verstehe überhaupt nicht, wieso die Regierung Kohl an dieser Stelle bisher keinen Schritt weitergekommen ist.

Es ist richtig: Das sind wichtige Weichenstellungen. Wir brauchen auch **Reformen beim Struktur-fonds**. Ich zitiere Sie sinngemäß – ich konnte auf die Schnelle nicht alles wörtlich mitschreiben –: Wir brauchen eine faire Lastenverteilung. – Das alles ist richtig. Aber mit diesen allgemeinen Begriffen, die jedem ans Herz gehen, sind Sie einer Diskussion über die Fragen ausgewichen: Was ist mit der Agenda 2000? Was ist mit der Reform des Struktur-fonds, des Kohäsionsfonds? Was ist mit der Osterweiterung? Was ist mit der Finanzreform?

Oskar Lafontaine (Saarland)

- (A) Die allgemeinen Prinzipien sind unstrittig. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Kritik an Ihrer Politik, Herr Bundeskanzler – auch aus den Reihen des Bundesrates –, daß eine ganze Reihe von Aufgaben nicht erledigt sei, durchaus auf massive Argumente zurückgreifen kann. Deshalb, meine ich, ist es notwendig, sie am heutigen Tag hier anzusprechen.

Die Lohnpolitik wird also ein Schlüssel werden, wenn es darum geht, ob der Euro wirklich zur Erfolgsgeschichte wird. Da es sich der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU gestern nicht verkneifen konnte, die Abstimmung über die Einführung der D-Mark zu erwähnen, und dabei das Saarland und Niedersachsen angesprochen hat, bin ich jetzt natürlich gehalten, auf eines hinzuweisen: Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU hat in seinem Buch, das einen Untertitel hat, von dem ich irgendwo las, Sie hätten sich etwas darüber geärgert – aber das ist jetzt unwichtig; dort heißt es sinngemäß: Wie ich die Einheit machte; es haben so viele die Einheit gemacht –, festgestellt: Tietmeyer, de Maiziére und mir war klar – ich zitiere jetzt wiederum sinngemäß –, daß nach der Einführung der D-Mark die DDR-Wirtschaft schlagartig konkurrenzunfähig werden würde.

Ich frage mich, ob das klar war, und ich frage mich, wie man, wenn das so klar war, so reden konnte, wie man es damals getan hat – „keine Steuererhöhungen“, „blühende Landschaften“ –, wie man es überhaupt mit Moral und Anstand hat vereinbaren können, diejenigen zu kritisieren, die auf diesen Sachverhalt hingewiesen und daher zu einer behutsamen Vorgehensweise geraten haben.

- (B) Als ich damals nach Berlin fuhr, Herr Kollege Diepgen, sah ich dort große Plakate, auf denen stand: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“ – Sie nicken. Ich hoffe, Sie wissen, welche ungeheure Problematik mit dieser Parole verbunden war: das Weglaufen der Lohnstückkosten sowie eine Lohn drift, die ökonomisch nicht vertretbar war und in großem Umfang zu einer Massenarbeitslosigkeit geführt hat.

Wenn wir uns solche Fehlentscheidungen auf europäischer Ebene wieder erlauben, wird der Euro keine Erfolgsgeschichte. Dann wird er zu einer erheblichen Belastung in Gesamteuropa führen. Die Frage, ob die Lohnpolitik in Gesamteuropa die Aufgabe der Wechselkurse übernehmen kann, ist eine der entscheidenden Fragen, die heute angesprochen werden müssen.

Die zweite Frage, die aus Zeitgründen nicht angesprochen werden konnte, ist die Frage der Gütermärkte. Wir beobachten über die Grenzen hinweg in großem Umfang Konzentrationsbewegungen. Wenn es um Konzentrationsbewegungen einzelner Firmen geht, dann muß im Zusammenhang mit dem Euro über das europäische Kartellrecht gesprochen werden. Wenn die Kartellbildung unter Hinweis auf Gesamteuropa in dem Ausmaße fortschreitet, in dem es teilweise der Fall ist, dann wird es eben zu einer **mangelnden Flexibilität der Gütermärkte**, die in Deutschland schon eine große Rolle spielt, in noch größerem Umfang kommen. Die Leidtragenden werden wiederum die Verbraucher in Gesamteuropa sein, weil die Gütermärkte aufgrund mangelnder Re-

gelungen im Kartellrecht nicht flexibel genug sind und sich daher die Preisentwicklung sicher in Gesamteuropa nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien gestalten kann.

Neben den Gütermärkten – aus Zeitgründen raffe ich jetzt etwas – ist natürlich die Frage der Entwicklung des **Steuerrechts** wichtig. Es hat sich mittlerweile herumgesprochen, daß harmonisiert werden muß und daß die **Harmonisierung** in den letzten Jahren **versäumt** worden ist. Ich sage hier noch einmal an die Adresse der Zuhörerinnen und Zuhörer: Ein Europa, das zu dem Ergebnis führen würde, daß sich der Vermögensbesitzer, solange es noch irgendwo Vermögenssteuer gibt – in Amerika gibt es sie noch in großem Umfang; in England gibt es sie noch; ich will die Erbschaftsteuer gar nicht ansprechen –, durch Wohnsitzverlagerung der Vermögenssteuer entziehen kann, daß sich der Kontobesitzer durch Kontoverlagerung der Besteuerung seiner Zinserträge entziehen kann – das gibt es täglich in großem Umfang – und sich der Firmenbesitzer durch Firmenverlagerung der nationalen Besteuerung beim Wettbewerb der Steuersysteme entziehen kann, während der Arbeitnehmer, um es einmal volkstümlich zu formulieren, eben nicht abhauen kann und für diese Fehlentwicklungen mit immer höheren Steuern und Abgaben bezahlt, ein solches Europa hätte zur Folge, daß viele Arbeitnehmer, wie die Bauarbeiter, natürlich Fragezeichen im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft setzen.

Wir alle sind in der Verantwortung, diese Fehlentwicklung der letzten Jahre zu korrigieren. Der Euro wird nur zu einer Erfolgsgeschichte werden, wenn die täglichen Fehlentwicklungen korrigiert werden. (D) Denn wenn dies nicht geschieht, werden sich die Arbeitnehmer zu Recht nicht mit einer Entwicklung einverstanden erklären, daß sie sie bezahlen müssen, während sich andere, die Vermögenden, die Wohlhabenden, immer mehr der nationalen Besteuerung und damit überhaupt der Besteuerung entziehen.

Noch ganz kurz zur **Sozialpolitik**! Herr Bundeskanzler, Sie haben erneut den Fehler gemacht, hier zu sagen, es gehe um möglichst hohe Standards. Das hat mit der europäischen Debatte nichts zu tun. Ich habe Ihnen das schon im Bundestag gesagt. Das ist ein völliges Mißverständnis. Kein Mensch in Europa denkt daran, in Portugal, in Griechenland oder in anderen Ländern – in England schon gar nicht – deutsche Sozialstandards einzuführen. Es geht darum, **Mindeststandards** einzuführen.

Nun will ich, weil ökonomische Dinge nicht unbedingt immer gleich durchdringen, Jean Claude Juncker zitieren, weil das verständlich ist. Der Kündigungsschutz ist wichtig für eine Gesellschaft. Stellen Sie sich einmal vor, Herr Bundeskanzler, Sie hätten Kündigungsschutz und bräuchten sich über die nächsten Monate oder so überhaupt keine Sorgen zu machen!

(Zuruf Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl – Heiterkeit)

– Herr Bundeskanzler, es ist Ihnen vielleicht entgangen, daß die große Mehrheit draußen das ganz an-

Oskar Lafontaine (Saarland)

- (A) ders sieht. Insofern begrüße ich es sehr, daß Sie so selbstsicher sind. Machen Sie weiter so! „Weiter so!“, ist die Parole. Seien Sie weiter selbstsicher!

Ich möchte nur sagen: Der Kündigungsschutz ist eine wichtige Einrichtung. Jean Claude Juncker hat absolut recht, wenn er sagt, es dürfe nicht zu einem Wettbewerb beim **Abbau von Kündigungsschutzrechten** kommen. Das entspricht der Sozialstaatsidee, von der ich gesprochen habe. Selbst wenn Sie keine Sensibilität für diese Fragen haben, Herr Bundeskanzler: Viele Menschen in Gesamtdeutschland beschäftigt dieses Thema sehr. Es beschäftigt nicht nur die Menschen in Deutschland, sondern auch diejenigen in den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Für mich gehört die **Sicherheit eines Arbeitsverhältnisses** wiederum zur Tradition Europas, zum **zivilisatorischen Erbe Europas**. Das „hire and fire“, an dem sich so viele begeistern können, möge man dann zunächst für sich selbst in Anspruch nehmen, ehe man anderen aus rein ökonomischen Gründen solche Arbeitsverhältnisse zudiktiert. Europa ist nicht nur eine ökonomische Veranstaltung. Irgendwann klang das einmal durch.

Dann geht es an dieser Stelle um die Frage der **Entwicklung der Lohnnebenkosten**. Aufgrund Ihrer großen Selbstsicherheit, Herr Bundeskanzler, muß ich jetzt natürlich auf Ihre große Einigkeit an dieser Stelle zu sprechen kommen. Schon im Weißbuch von Jacques Delors war vorgeschlagen worden, die Lohnnebenkosten zu senken und auf der Gegenseite Umweltverbrauchssteuern zu erheben.

- (B) Dieser Vorschlag, der im Weißbuch gemacht wurde, wurde von den Staaten, die hier immer wieder als vorbildlich angesprochen werden – aufgrund mangelnder Sachkenntnis –, nämlich von Dänemark, von Großbritannien und von Holland auch realisiert. Das vielgelobte Großbritannien, Tony Blair – es gibt ja so viele Blairisten – –

(Zuruf Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl – Heiterkeit)

– Ja. – Nur, wir müssen auch wissen, was das ist, Herr Bundeskanzler; das ist das Problem. Hier helfe ich Ihnen jetzt. – Blair hat die höchsten Energiesteuern in ganz Europa; der dortige Benzinpreis ist der allerhöchste. – An dieser Stelle verstummen die Blairisten hier.

(Heiterkeit)

Der Benzinpreis liegt bei über 2 DM; stellen Sie sich das vor! Man hat beschlossen, ihn weiter schrittweise zu erhöhen, um andere Leistungen zu finanzieren. Das ist weitgehend unbekannt.

Mich hat eines sehr gefreut: Ich lese Ihnen jetzt etwas aus einem Beschluß vor, den Sie mit gefaßt haben, Herr Stoiber; aber wahrscheinlich haben Sie nicht alles lesen können. Sie haben die Agenda 21 im Dezember im bayerischen Kabinett behandelt. Das ist ein dickes Buch; das müßten Sie noch in Erinnerung haben. Der bayerische Umweltminister Goppel war so freundlich, uns alles das zuzusenden und darauf hinzuweisen, daß dies ein Beschluß der Bayeri-

schen Staatsregierung sei. So böseartig unsereiner (C) nun einmal ist, liest er sogar einmal, was darin steht. Dort steht auf Seite 49 – um Ihnen die Arbeit zu erleichtern –, daß die Bayerische Staatsregierung für eine europaweite CO₂-Steuer eintritt, die aufkommensneutral erhoben werden muß.

Man reibt sich die Augen und staunt. Denn dieser Gedanke wurde von demselben Minister, der diesen Bericht an uns alle versandt hat, von Herrn Goppel, wie folgt qualifiziert: olle Kamellen. Immer die gleichen doofen Vorschläge zur Energieverteuerung. Schäuble will sich bei den Gegnern anbiedern. Das soll er nur oft genug machen, dann ist er bald weg vom Fenster. – Er hat sich bei Ihnen angebiedert. Sie haben es nur nicht gemerkt, Herr Stoiber. Er hat praktisch einen Beschluß des bayerischen Kabinetts in das Wahlprogramm aufgenommen. Wenn man einen Beschluß des bayerischen Kabinetts in ein Wahlprogramm der CDU aufnimmt, müßte man sich doch, nachdem der Bundeskanzler solchen Beschlüssen auf europäischer Ebene schon zehnmal zugestimmt hat, der Realisierung in Deutschland nähern können. Das wäre ein wichtiger Durchbruch im Hinblick auf die Modernisierung in Europa.

Ich habe vorhin davon gesprochen, daß niemand mehr bestreitet, daß die Frage der Finanzmärkte eine globale Frage ist und daß auch die Frage der Umweltpolitik eine globale Frage ist. Wenn das so ist, dann ist das natürlich auch eine europäische Frage. Von daher ist es richtig zu sagen: Wir müssen dieses Reformprojekt europaweit in Angriff nehmen. Die Löhne und die Arbeitsplätze sind mit zu hohen Abgaben belastet. Der Umweltverbrauch ist noch zuwenig mit Abgaben belastet. Laßt uns das schrittweise reformieren! Auch das wäre ein Reformschritt, der den Euro zum Erfolg machen würde.

Was im übrigen die **Staatsquote**, die **Lohnersatzleistungen**, die **Spitzensteuersätze** und vieles andere mehr angeht, so empfehle ich, sich doch noch einmal die Zahlen in Erinnerung zu rufen: etwa daß in Holland eine Lohnersatzleistung von weit über 70 % gezahlt wird, daß der Spitzensteuersatz zwar in die Nähe unseres Satzes heruntergehen soll, aber im Moment noch bei 60 % liegt und natürlich auch viel früher greift als bei uns, um von anderen Sätzen in Gesamteuropa nicht zu reden. Wenn wir schon über europaweite Zusammenhänge reden, ist Sachkenntnis nicht unbedingt schädlich. Ich weise nur kurz darauf hin. Über die Staatsquote der vorbildlichen Länder – mit Ausnahme Großbritanniens – will ich mich hier aus Zeitgründen auch nicht verbreiten.

Auch aufgrund meiner Funktion als Ministerpräsident des Saarlandes möchte ich am Schluß noch ein Wort an den Nachbarn Frankreich und an den Nachbarn Luxemburg richten, hier im besonderen an den Nachbarn Frankreich. Wir haben in den letzten Jahren an der Grenze früher lernen müssen als andere – das ist kein Verdienst; wir haben lernen müssen –, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Wir haben an der Grenze auch lernen müssen, Versuche zu unternehmen, schon Politikbereiche zu koordinieren, die im nationalstaatlichen Rahmen noch nicht koordiniert sind. Bei uns besteht beispielsweise seit

Oskar Lafontaine (Saarland)

- (A) langer Zeit schon eine übergreifende gewerkschaftliche Vereinigung, die versucht, Politikbereiche, die traditionell ins Aufgabengebiet der Gewerkschaften fallen, zu koordinieren und zusammenzuführen, um negative Entwicklungen, wie ich sie vorhin beschrieben habe, auszuschließen.

Das, was ich gerade heute auch angesichts der Diskussion über den Stabilitätspakt und die Folgeverhandlungen sowie angesichts der Anrufe, die mich aus Frankreich und aus anderen Ländern erreicht haben – von denen aus Frankreich kann ich das sagen; von denen aus anderen Ländern sage ich es nicht, weil ich darum gebeten wurde –, sagen möchte, ist folgendes: Auch hier sollten wir beherzigen, daß zur Kultur Europas lange Traditionen gehören. Der Staat Colberts, die Französische Republik, hatte auf die Gestaltung der Geldpolitik schon lange Jahre verzichtet – das war ja das Problem – und hat jetzt die Zentralbank unabhängig gemacht; lange Zeit mit den Traditionen Frankreichs völlig unvereinbar! Frankreich hat sich bereit erklärt, Befugnisse an eine europäische Instanz abzugeben. Das geschah mehr der Not gehorchend, weil die Geldpolitik faktisch schon lange Jahre in Frankfurt gemacht worden ist. Deshalb hatte Frankfurt im Französischen eine doppelte Bedeutung: Francfort bedeutete nicht nur Frankfurt, sondern auch einen starken Franc.

- (B) Frankreich hat sich ebenfalls bereitgefunden, die Budget-Politik teilweise einem europäischen Regelmechanismus zu unterwerfen. Noch einmal erinnere ich an Colbert. Ich sage aber: Dabei über die Traditionen europäischer Länder mit erhobenem Zeigefinger hinauszugehen ist wirklich fehlerhaft. Im übrigen hat der Nobelpreisträger Modigliani recht, wenn er – gestern – im „Handelsblatt“ noch einmal darauf hinweist, daß es bitte schön doch ratsam wäre, wenn man über die Verschuldungsgrade einzelner Mitgliedstaaten oder auch der Vereinigten Staaten reflektiert, auch die **Sparquote** in Rechnung zu stellen. Wer dies nicht tut, versteht ökonomische Grundzusammenhänge nicht. An dieser Stelle ist dem Nobelpreisträger zuzustimmen.

Was Frankreich angeht, meine Damen und Herren, bitte ich darum, den Bogen nicht zu überspannen und stets zu erkennen, daß jeder Motor der europäischen Einigung von der engen Zusammenarbeit Frankreichs mit Deutschland und Deutschlands mit Frankreich gespeist werden muß. Ich rufe dies, ohne das ausführlich zu begründen, gerade am heutigen Tag noch einmal in Erinnerung und will hier keinen Streit entfachen: Eine **enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich** gehört dazu, wenn der Euro ein Erfolgsprojekt werden soll.

Ich möchte hier im Bundesrat wie zuvor im Bundestag François Mitterrand zitieren, der in seiner großen Rede in Berlin gesagt hat:

Grundlage für die europäische Einigung ist der Sieg Europas über sich selbst.

Mit dem „Sieg Europas über sich selbst“ meinte François Mitterrand, daß wir lernen müssen, nationalstaatliche Egoismen zu überwinden, daß jeder lernen muß, daß er dem anderen nicht völlig seine Kul-

tur und seine Traditionen überstülpen kann, daß jeder lernen muß, daß zu guter Nachbarschaft Zusammenarbeit und Respekt vor den Traditionen und Lebensgewohnheiten der anderen gehören. In diesem Sinne wünsche ich mir, daß der Euro zum Erfolg für die Völker Europas wird. (C)

Präsident Gerhard Schröder: Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident Baden-Württembergs, Herr Kollege Teufel.

Erwin Teufel (Baden-Württemberg): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich wieder der europäischen Währung zuwenden und nicht wie der Kollege Lafontaine dem Kündigungsschutz für Politiker. Gäbe es in der SPD einen Kündigungsschutz für Politiker – ich glaube, die SPD hätte einen anderen Parteivorsitzenden und sie hätte einen anderen Kanzlerkandidaten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, die europäische Einigung und die Weiterentwicklung der Europäischen Union liegen im deutschen Interesse, und sie liegen im europäischen Interesse. Sie liegen ganz besonders auch im Interesse Baden-Württembergs, des Landes mit der längsten Grenze zu Frankreich, das in seiner Geschichte besonders unter europäischen Bürgerkriegen gelitten hat.

Der Eintritt in die Dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion ab 1999 ist stabilitätspolitisch vertretbar. Der Euro hat das Vertrauen der Bürger verdient. Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird deshalb der Europäischen Währungsunion zustimmen. (D)

Die Fortschritte in der Konvergenz – der Bundeskanzler hat darauf hingewiesen – sind gut, in dieser Dimension und Zeit völlig unerwartet und teilweise phänomenal:

Wir haben heute im Durchschnitt der Europäischen Union eine **Inflationsrate** von 1,6 %. 1993 – bei Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht – lag die Preissteigerungsrate noch bei 4,1 %. Zehn Jahre vorher hatten wir im EU-Durchschnitt sogar noch über 10 % Inflation.

Die langfristigen Zinsen, die früher bei über 11 % lagen, 1993 bei 8 %, sind inzwischen durchschnittlich bei 5 bis 6 % angelangt.

Womit sich die Mitgliedstaaten schwerer tun ist die **Rückführung der Staatsverschuldung**. Aber auch hier wurden erhebliche Anstrengungen unternommen. So sind die öffentlichen Defizite am Bruttoinlandsprodukt von durchschnittlich 6,3 % im Jahr 1993 auf unter 3 % gesunken. Voraussichtlich werden alle elf Teilnehmerstaaten das Kriterium von 3,0 % erfüllen.

Das Entscheidende aber ist die **Nachhaltigkeit**. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß sich die Staaten – und dazu gehört auch Deutschland mit 61,3 % –, die das Gesamtschuldenkriterium von 60 % am Brutto-

Erwin Teufel (Baden-Württemberg)

- (A) inlandsprodukt derzeit noch nicht erfüllen, konsequent auf diese Schwelle zubewegen.

Auf diesem Gebiet hat sich Bundesfinanzminister Dr. Waigel große Verdienste erworben. Von ihm ging die Initiative zur Nachhaltigkeit aus, und er hat einen **Stabilitäts- und Wachstumspakt** mit Sanktionen erreicht. Das ist von zentraler Bedeutung.

Die vertraglich vereinbarte **Unabhängigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank** in Frankfurt – weltweit ohne Beispiel – sowie der in Maastricht eingeleitete Stabilisierungs- und Konvergenzprozeß bieten so die dauerhafte „Geschäftsgrundlage“ eines stabilen und erfolgreichen Euro.

Meine Damen und Herren, das von Deutschland – von Bundestag, Bundesrat und Deutscher Bundesbank – besonders hoch veranschlagte Prinzip der Nachhaltigkeit erfordert nun vor allem eines – und das muß man gerade hier heute im Bundesrat ansprechen –, nämlich die Schaffung einer entsprechenden „Geschäftsgrundlage“ auch auf nationaler Ebene in Form eines **nationalen Stabilitätspaktes**. Denn die dauerhafte Einhaltung der Verschuldungskriterien ist eine gesamtstaatliche Aufgabe – für den Bund, für die Länder und für die Kommunen. Es geht um eine klare und verbindliche Verteilung des Defizitrahmens in vertikaler und in horizontaler Richtung.

- (B) Die vertikale Verteilung zwischen Bund – einschließlich Sozialversicherungen – und Ländern – einschließlich Kommunen – sollte nach unserer Auffassung im Verhältnis 40 : 60 erfolgen.

Für die horizontale Aufteilung unter den Ländern bietet sich die Einwohnerzahl als Schlüsselgröße an. Dabei könnten für eine zeitlich befristete Dauer Übergangsregelungen – etwa in Form eines Mischschlüssels aus Einwohnerzahl und dem Defizit vergangener Jahre – gelten, um die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit finanzschwächerer Länder zu sichern.

Das würde für Baden-Württemberg zunächst eine überproportionale Begrenzung seines Defizitrahmens bedeuten. Aber wir sind bereit, dieses Stück Mehrverantwortung im Rahmen dieser gesamtstaatlichen Aufgabe zu übernehmen. Allerdings kann die Ausgestaltung des nationalen Stabilitätspaktes nur in einer Art und Weise erfolgen, die gewährleistet und dauerhaft sichert, daß der Stabilitätspakt eben ein Stabilitätspakt ist – und kein Verschuldungspakt zu Lasten Dritter.

Das gilt insbesondere bezüglich der Festlegung eventueller Sanktionslasten, die aus heutiger Sicht wohl nicht wahrscheinlich sind, aber auch nicht völlig ausgeschlossen werden können. Eine solche Festlegung kann sinnvollerweise nicht ohne Verursacherbezug als entscheidendes und vorrangiges Kriterium erfolgen.

Wir müssen uns dieser gemeinsamen Verantwortung stellen. Damit untermauern wir das Prinzip der Nachhaltigkeit auf nationaler Ebene. Damit stärken wir eine stabilitätsorientierte europäische Geld-

politik, und damit können wir zusätzliches Vertrauen in die gemeinsame Währung schaffen. (C)

Der Euro steht für die **Behauptung Europas inmitten globaler Konkurrenz**. Das ist für ein exportorientiertes Land wie Deutschland von entscheidender Bedeutung. Der Euro wird das Gewicht Europas erheblich stärken. Er wird als nach dem Dollar zweitwichtigste Weltwährung für unsere Unternehmen auf den globalen Märkten mehr Sicherheit und Unabhängigkeit bedeuten.

Insbesondere im Binnenverhältnis der Mitgliedstaaten steht der Euro für mehr Transparenz, für Wettbewerb, für Innovation. Damit verbessert er maßgeblich die langfristigen Voraussetzungen für Wachstum und damit auch für Beschäftigung.

Offene Märkte, mehr Flexibilität, die wegfallende und gerade für kleine und mittlere Firmen oft schwierige und kostspielige Absicherung der Währungsrisiken – der Euro ist damit auch ein maßgeschneidertes „**Programm für innovative mittelständische Unternehmen**“.

Der Euro bedeutet nicht nur eine Herausforderung für die Innovationsfähigkeit der Unternehmen, sondern ebenso für die Innovationsfähigkeit der Mitgliedstaaten und damit für die Politik und für die Gesellschaft insgesamt. Alle Mitgliedstaaten haben sich dieser Herausforderung zu stellen, und nicht zuletzt wir Deutschen haben hier noch einige „Hausaufgaben“ zu machen.

Der Euro bedeutet einen erhöhten Druck zu **weiteren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformen**. Die Steuerreform, die weitere Reform des Sozialstaats, die nachhaltige Stärkung unseres Bildungssystems möchte ich nur als wichtigste Überschriften nennen. (D)

Er bedeutet einen weiteren Druck zur **Deregulierung und zur Flexibilisierung der Märkte** und damit zur weiteren **Entbürokratisierung** von Wirtschaft und Gesellschaft. Begreifen wir diese Herausforderungen als eine Gestaltungschance! Begreifen wir den Euro als große Chance, um damit auch den Durchbruch zu mehr Investitionen, zu mehr Wachstum und damit zu mehr Arbeitsplätzen zu schaffen!

Denn dies ist der Schlüssel für eine durchgreifende **Verbesserung am Arbeitsmarkt**. Es zeigt doch jede Erfahrung, daß allgemeine und gar noch über Verschuldung finanzierte Beschäftigungsprogramme, die über konkrete Maßnahmen beispielsweise zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen oder zur Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze hinausgehen, schon auf staatlicher Ebene mehr als fragwürdig sind und keine nachhaltige Wirkung erzielen. Warum sollte dies auf europäischer Ebene anders sein?

Es ist eben nicht der Staat, es ist nicht die Europäische Union, die Arbeitsplätze schaffen können, sondern es sind die Unternehmen.

Wir haben heute in Baden-Württemberg eine um 0,5 Prozentpunkte geringere Arbeitslosigkeit als im Vorjahr und sind inzwischen bei 7,5 % angelangt. Ich gehe davon aus, daß wir damit die Trendwende tat-

Erwin Teufel (Baden-Württemberg)

- (A) sächlich geschafft haben. Denn ich kann auswendig Dutzende von großen, mittleren und kleineren Unternehmen nennen, die in den letzten Monaten und bis zum heutigen Tag nennenswert neue, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben und Mitarbeiter einstellen.

Aber das resultiert doch nicht aus einem staatlichen Beschäftigungsprogramm, sondern das liegt daran, daß in den Unternehmen in einer beispielhaften Gemeinschaftsleistung von Unternehmensleitung, Betriebsrat und Belegschaft die Wettbewerbsfähigkeit anfangs der 90er Jahre bis heute nachhaltig gestärkt wurde. Hinzu kamen vielfältige Bemühungen des Bundes und der Länder, um den Standort fit zu machen für die Zukunft. Das ist in Gemeinschaftsleistung erfolgreiche Beschäftigungspolitik.

Eine solche Politik zur Verbesserung der politischen und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist und bleibt die wesentlichste Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten und – ich betone – auch eine wesentliche Aufgabe der deutschen Länder.

Wissen wird zum entscheidenden **Produktionsfaktor** und zum **Wettbewerbsfaktor Nummer eins** in einem Hochlohnland. Weil das so ist, sind die Länder in Deutschland entscheidend gefordert; denn sie sind zuständig für die Bildung, für die Schulen, für die Hochschulen, für die Wissenschaft, für die Forschung, für den Technologietransfer, für die Förderung der Erschließung neuer Märkte, für die Förderung von Existenzgründungen.

- (B) Meine Damen und Herren, Europa steht vor weiteren zentralen Herausforderungen und Weichenstellungen – sie sind ansatzweise angeklungen –: die Osterweiterung, die Heranführung der Staaten Mittel- und Osteuropas, die Finanzreform, die Reform der Strukturpolitik und der Agrarpolitik, die Reform der europäischen Institutionen und im Zusammenhang damit auch die Stärkung der demokratischen Legitimation.

Zur **Agenda 2000** möchte ich aus der Sicht Baden-Württembergs sagen: Wir unterstützen die grundsätzliche Zielrichtung der Agenda 2000, so insbesondere auch im Bereich der Strukturpolitik die Reduzierung der Programme und die Konzentration der Fördermaßnahmen auf wirklich förderbedürftige Regionen in Europa.

Baden-Württemberg, das ohnehin unter den deutschen Flächenländern die geringsten Zuweisungen aus der EU-Strukturpolitik erhält, wird sich damit auf weitere Kürzungen einstellen müssen. Dies akzeptieren wir. Wir akzeptieren aber nicht, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ihre Länder ihre eigene Förderung nur noch dort betreiben könnten, wo gleichzeitig auch ein EU-Fördergebiet ausgewiesen ist.

Wir sind bereit, auch in Europa Solidarität zu üben. Aber wir sind nicht bereit, uns von Brüssel vorschreiben zu lassen, was wir mit unseren eigenen Mitteln tun dürfen und was wir nicht tun dürfen. Die Schwerpunktsetzung für Landespolitik und Landeshaushalte muß bei den Landesparlamenten bleiben. Ich

bin dem Bundeskanzler dankbar, daß er dies mit allem Nachdruck in Europa vertritt, wie die deutschen Länder insgesamt – das gilt für die Zeit vor Maastricht und vor Amsterdam – im Bundeskanzler einen denkbar guten Anwalt für ihre Anliegen gehabt haben.

Es muß also auch künftig einen erheblichen Handlungsspielraum für nationale und für regionale Strukturförderung geben.

Einen weiteren Korrekturbedarf sehen wir im **landwirtschaftlichen Teil der Agenda 2000**. Entscheidend ist, daß wir auch künftig in Gebieten mit eher kleingliedriger Struktur und natürlichen Benachteiligungen, zudem mit hohen Umwelt-, Sozial- und Hygienestandards, eine **flächendeckende Landwirtschaft gewährleisten** können. Dazu gehört vor allem, daß wir den landwirtschaftlichen Betrieben eine **verlässliche und realistische Einkommensperspektive** bieten.

Die Vorschläge der Kommission müssen verändert und verbessert werden, auch im Hinblick auf den immer größeren Verwaltungsaufwand zur Abwicklung der Programme.

Meine Damen und Herren, aus der Sicht der deutschen Länder muß, glaube ich, besonders heute gesagt werden: **Europa bedeutet Vielfalt**. Auch der Bundeskanzler hat das erfreulicherweise angesprochen. Die in Europa – auf relativ engem Raum – vorhandene Vielfalt verschiedener und doch eng verwandter und kommunizierender Kulturen war über die Jahrhunderte Ursache von Rivalität, Krieg und Zerstörung. Sie war aber auch Antriebskraft ungeheurer Fortschritte in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft.

Diese Vielfalt, in Frieden und Freiheit geordnet, ist auch das große schöpferische Potential Europas im 21. Jahrhundert. Das heißt: Die Zukunft Europas liegt nicht im Zentralismus, nicht in Nivellierung, nicht in Gleichmacherei. So viel Einheit wie nötig, so viel Vielfalt wie möglich! Alles Uniforme ist uneuropäisch.

Zentrale Kompetenzen – neben der Wirtschafts- und Währungsunion insbesondere Fragen der äußeren und der inneren Sicherheit – **müssen auf europäischer Ebene angesiedelt werden**. Hier gibt es keine nationalen Lösungen, die in die Zukunft weisen.

Daneben ist die engere Zusammenarbeit in vielen Bereichen – über Umwelt und Verkehr bis zu Wissenschaft und Forschung – unabdingbar.

Ein Europa der Vielfalt bedeutet aber auch, daß die Handlungs- und Entscheidungskompetenz möglichst nah am konkreten und erfahrbaren Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger angesiedelt sein muß. Wir brauchen starke Städte und Gemeinden. Wir brauchen auch die **Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung in den europäischen Verträgen**. Das ist leider in Amsterdam nicht erreicht worden, obwohl sich die deutsche Bundesregierung nachdrücklich dafür eingesetzt hat.

Was sich in den Kommunen, Ländern und Regionen und auf nationaler Ebene – ganz bewußt auch im

Erwin Teufel (Baden-Württemberg)

- (A) Rahmen eines kreativen Wettbewerbs – regeln läßt, ist dort auch künftig gut aufgehoben, besser als in Europa. Denn Europa muß von unten nach oben aufgebaut werden. Deswegen ist Dezentralisierung auch nicht der richtige Begriff für das, was notwendig ist. Denn das geht davon aus, daß im Grunde alles in Europa ist und wieder einige „Brosamen“ für die unteren Ebenen abfallen müssen. Der richtige Begriff ist **Subsidiarität**. Nur so ist Europa für die Bürger durchschaubar und von unten nach oben der demokratischen Gestaltung zugänglich. Nur so kann Eigenverantwortung gestärkt werden, können sich Kreativität und Innovation entfalten. Wir sollten das Subsidiaritätsprinzip damit als grundlegendes Gestaltungsprinzip eines modernen, zukunftsorientierten und bürgerfreundlichen Europas und als zentralen Baustein der Bewahrung lokaler, regionaler und nationaler Identität und als Baustein zur Entstehung einer europäischen Identität begreifen.

Gerade in Anbetracht der bevorstehenden Weichenstellungen erscheint es sinnvoll und notwendig, sich auf solche grundlegenden Ziele zu verständigen. Solche Fragen der richtigen subsidiären Zuordnung von Aufgaben sind in jedem Mitgliedstaat in der Verfassung geregelt; denn die Bürgerinnen und Bürger möchten wissen, wie der weitere Weg aussieht und wohin die Reise geht. Es sollte deshalb im Interesse der Bürger in Europa ein Anlauf gemacht werden, die europäische Einigung stärker in einem verfassungsähnlichen Dokument zu verankern – mit klarer Trennung der Zuständigkeiten nach dem Prinzip der Subsidiarität.

- (B) Nehmen wir uns das Wort von Jean Monnet zu Herzen, der in seinen Memoiren schrieb:

Wir vereinigen nicht Staaten, sondern Menschen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend eine persönliche Bemerkung gerade aus der Sicht meines Landes Baden-Württemberg.

Die Beschlüsse zur Einführung des Euro an der Schwelle des 20. zum 21. Jahrhundert sind für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung. Das 20. Jahrhundert zerfällt in zwei Teile. In der ersten Hälfte: zwei europäische Bürgerkriege mit unsäglichem Leid für alle Menschen, mit Millionen Toten, mit Gefallenendenkmälern auf allen Friedhöfen, mit Zerstörung alles dessen, was vorher mühsam aufgebaut worden war. Die zweite Hälfte: die längste Friedensperiode in der jüngeren deutschen Geschichte, Versöhnung mit den Kriegsgegnern von gestern, deutsch-französische Freundschaft, Städtepartnerschaften und Schüleraustausch, europäische Einigung, gute Nachbarschaft mit allen unseren Nachbarn; es wachsen zum erstenmal in diesem Land Generationen heran, die nicht wie ihre Väter und Großväter in einen Krieg ziehen mußten. Diese Politik gilt es zu sichern und umkehrbar zu machen, damit das 21. Jahrhundert so aussieht wie die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts und nicht wie die erste Hälfte.

Nach Maastricht gab es eine **Volksabstimmung in Frankreich** mit knappem positivem Ausgang. Die höchste Zustimmung gab es im Elsaß und in Lothrin-

gen. Sie hat zum positiven Ausgang in Frankreich entscheidend beigetragen. Ich bin davon überzeugt, daß es zu dem europäischen Einigungswerk auch bei uns die größte Zustimmung gibt – im Badischen, im Pfälzischen, im saarländischen Grenzgebiet, in der Landschaft am Oberrhein, die unter der deutsch-französischen Feindschaft unsäglich gelitten hat. Sie hat zum erstenmal die gleichen Entwicklungschancen wie alle übrigen deutschen Landschaften.

Unsere Zukunft liegt deshalb in Europa. Auch daher stimmt Baden-Württemberg den heute vorliegenden Verträgen zu.

Präsident Gerhard Schröder: Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Kollegen Eichel das Wort gebe, teile ich mit, daß uns der Bundeskanzler aus dringenden dienstlichen Gründen gegen 12 Uhr verlassen wird. Ich denke, dafür hat jeder Verständnis.

Herr Kollege Eichel, Sie haben jetzt das Wort.

Hans Eichel (Hessen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundesrat, der dem Vertrag von Maastricht einstimmig zugestimmt hat, wird heute der Dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1999 jedenfalls mit sehr, sehr großer Mehrheit zustimmen.

Ich finde das gut. Ich fände es sehr schlimm, wenn diese in der Tat historische Frage im Deutschen Bundestag oder im Bundesrat einen tiefen Riß hinterließe. Aber, meine Damen und Herren, ich sage ebenso deutlich, daß – und dies bedauere ich – dieser großen Zustimmung im Deutschen Bundestag und im Bundesrat noch nicht eine ebensolche Zustimmung bei den Menschen im Land entspricht. Das ist eine Frage an uns, die wir heute – ich sage für mich und für die Hessische Landesregierung: aus großer Überzeugung – diesem Weg zustimmen.

Ich erinnere daran, daß wir, als wir nach der deutschen Wiedervereinigung über die Revision des Grundgesetzes gesprochen haben, den Vorschlag gemacht haben, die Möglichkeit einer **Volksabstimmung** ins Grundgesetz einzubauen. Dies ist damals gescheitert.

Ich habe das bedauert. Die Debatten danach waren eigentlich nicht mehr ganz in Ordnung. Aber an dieser Stelle hätte ich eine Volksabstimmung in Deutschland, auch angesichts einer ähnlichen Abstimmung in Frankreich – sie ist soeben erwähnt worden –, für sehr vernünftig gehalten, meine Damen und Herren, weil sie uns, die politisch Handelnden, gezwungen hätte, über das, was wir heute durch unser Handaufheben besiegeln, noch viel intensiver mit den Menschen im Lande zu diskutieren. Es bestünde heute eine andere Situation im Land und eine größere Übereinstimmung zwischen denen, die hier politisch handeln, und denen, die uns heute zusehen und das noch immer mit großer Nachdenklichkeit und großen Ängsten versehen.

Hessen, sagte ich, wird aus großer grundsätzlicher Überzeugung diesen Weg mitgehen. Hessen, insbesondere die Rhein-Main-Region, ist die Region in

Hans Eichel (Hessen)

- (A) Deutschland, deren Wirtschaft wohl am stärksten europäisch und weltweit verflochten ist. Die Banken sind sozusagen ein Symbol dafür. Auch der Frankfurter Flughafen ist ein Symbol dafür.

Herr Bundeskanzler, ich verbinde das ausdrücklich noch einmal mit einem Dank an Sie: Dort ist dann auch der Sitz der **Europäischen Zentralbank**. Sie ist dort auch am richtigen Platze; sie hat die Deutsche Bundesbank und die Bank Deutscher Länder – das ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig – als Vorläufer.

Dies ist eine Region, in der – in Frankfurt z.B. – 30 % aller Einwohner keinen deutschen Paß haben. Dennoch leben die Menschen sehr friedlich zusammen, worauf ich sehr stolz bin. Das zeigt, daß diese Region wohl bereits in besonderem Maße auf die europäische und die weltweite Zusammenarbeit eingerichtet ist.

Ich will bei dieser Gelegenheit übrigens folgendes sagen, Herr Bundeskanzler: Der Streit um den Präsidenten der Europäischen Zentralbank – wozu ich mich inhaltlich nicht äußern will; denn ich glaube, das würde die Kompetenz eines Landes weit überfordern – ist an dieser Stelle natürlich nicht nützlich, und er ist auch nicht vertrauensbildend. Ich hoffe, daß er sehr bald ausgestanden ist.

Hessen jedenfalls, sagte ich, stimmt zu, weil auch hier erkennbar ist – Hessen ist ja das wirtschaftlich stärkste Flächenland, mit wachsendem Abstand, und zwar wegen seiner Internationalisierung –, in welchem Maße auch die deutsche Wirtschaft von der europäischen Integration profitiert.

(B)

Deswegen wird unsere Finanzverwaltung in jedem Falle ab dem 1. Januar 1999, ab dem Zeitpunkt der Einführung des Euro in Europa, auch die **Steuererklärungen in Euro** entgegennehmen. Ich appelliere nachdrücklich an alle Beteiligten – an den Bundesfinanzminister und auch an die übrigen Länder –, diesen Weg mitzugehen. Wir Deutsche sollten nicht ausgerechnet mit Portugal das Schlußlicht bei dieser Entwicklung sein. Ich fände das nicht sehr überzeugend, meine Damen und Herren.

Unsere Zustimmung ist prinzipieller Natur. Denn sie hat etwas damit zu tun, daß in der Tat – nach zwei Weltkriegen, die weitgehend europäische Bürgerkriege gewesen sind – der Zusammenschluß Europas sowohl im Interesse des Kontinents und der künftigen Generation auf diesem Kontinent als auch deshalb dringend erforderlich ist, um die **Stellung Europas in der Welt** künftig zu sichern und uns nicht in eine Position zurückfallen zu lassen, in der wir auf der Welt möglicherweise nicht mehr zu sagen hätten als die Schweiz gegenwärtig in Europa.

Die Argumente gegen den Euro – zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt – finde ich nicht überzeugend. Wer den Euro gegen die Politische Union stellt, meine Damen und Herren,kennt doch den gesamten bisherigen europäischen Einigungsprozeß. Man kann das für falsch halten, aber er hat mit der **Montanunion** begonnen, er hat wirtschaftlich begonnen. Und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist gescheitert. Das mag man ebenfalls be-

dauern; es ist damals in Deutschland bedauert worden. Dann kamen als Konsequenz die europäischen Verträge. Das heißt: Die europäische Einigung ist von Anfang an in erster Linie eine ökonomische Vereinigung, und die politischen Folgen sind daraus abgeleitet worden. Das ist übrigens kein historischer Sonderfall; denn wer genauer hinsieht, wird feststellen, daß die Antriebskräfte der Geschichte in besonderem Maße immer ökonomische Antriebskräfte gewesen sind und daß viele Grenzüberwindungen – übrigens sowohl militärische als auch nicht militärische – ökonomische Ursachen gehabt haben.

(C)

Deswegen bin ich sehr zuversichtlich, daß die kollektive Vernunft Europas auch reichen wird, nach 50 Jahren Einigungsprozeß und Frieden jedenfalls dort, wo der Einigungsprozeß schon stattgefunden hat, diesen Einigungsprozeß auch weiter zu gestalten und die richtigen Konsequenzen aus dem Schritt, über den wir heute beschließen, für die Zukunft zu ziehen. Denn wahr ist: Natürlich wäre die Währungsunion zum Scheitern verurteilt, wenn es bei der Währungsunion bliebe, wenn die europäische Einigung sozusagen auf dieser Stufe angehalten würde. Ich glaube, es ist vielmehr umgekehrt: Genau dieser Prozeß wird die **Beschleunigung der europäischen Integration** bewirken und muß ihn in Wirklichkeit ja auch bewirken. Wenn wir diese Überzeugung nicht hätten, dürften wir diesen Schritt in der Tat nicht tun.

Die nächste Frage: Ist das denn eine **stabile Währung**? Das ist natürlich eine Frage, die die Menschen auführt. Ich kann es in meiner Familie bei meiner 93jährigen Mutter beobachten, die zwei Währungsreformen in Deutschland ganz bewußt erlebt hat, die erlebt hat, wie sich das Familienvermögen dadurch in nichts aufgelöst hat. Nur, es ist nicht zulässig, den Prozeß der Europäischen Währungsunion und die Einführung des Euro mit den Währungsreformen in Deutschland 1923 und 1948 zu vergleichen. Denn 1923 und 1948 haben wir für Kriege, die wir verloren haben, bezahlt. Der Staat war pleite; den Menschen hat er das Geld genommen, um seine Schuld zu bezahlen. So war das. Der Euro hat mit all dem nichts zu tun. Es ist ein **Währungsumtausch**, den wir hier vornehmen. Es war eine schlimme Fehlentwicklung der Debatte in Deutschland, solche Ängste überhaupt erst zuzulassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(D)

Ein Zweites zum Thema „stabile Währung“. Gucken wir einen Moment nach Südostasien: Warum ist diese Weltgegend in eine solche Krise geraten? Doch nicht deshalb, weil die Menschen plötzlich nicht mehr so tüchtig wären! Vielmehr unter anderem doch deswegen, weil die Währungsspekulation angesichts einer zerklüfteten Währungslandschaft natürlich viel leichter funktioniert als dort, wo große Märkte mit einheitlichen Währungen bestehen! Gegen den Dollar könnte eine solche Spekulation nicht annähernd so erfolgreich sein, und gegen den Euro kann eine solche Spekulation ebenfalls nicht so erfolgreich sein. Gegen die D-Mark wäre sie viel eher erfolgreich als gegen den Euro. Auch deswegen gilt: Wer auf Dauer die europäische Währungslandschaft absichern will, muß eine gemeinsame europäische

Hans Eichel (Hessen)

- (A) Währung schaffen. Das scheint mir überhaupt nicht streitig zu sein.

Der **Fortschritt in der Stabilitätskultur** ist hinreichend gewürdigt worden; vielleicht nicht von allen, und das finde ich schlimm. Es ist auch ein bißchen deutsche Ignoranz, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was kleinere Länder in Europa zum Teil erreicht haben. Ich sage das im Blick auf **Italien**. Ich habe diese Debatte nie verstanden. Im Interesse unserer Exportwirtschaft, mit deren Vertretern ich natürlich auch rede, war ich übrigens immer für eine möglichst große Währungsunion, in der Hoffnung, daß die Länder es auch schaffen. Ich war von Anfang an für die Einbeziehung Italiens, wenn es denn irgend möglich ist.

Wir haben eine Partnerregion, die Emilia-Romagna in Italien, mit der wir – übrigens wohl als einziges Land, wenn ich das richtig sehe – auch bereits eine gemeinsame Vertretung in Brüssel haben, um einmal die Nationalgrenzen zu überspringen. Dadurch bekommt man ein bißchen mehr Verständnis dafür, was sich in anderen Ländern abspielt – in allen Bereichen – und welche Stabilitätsfortschritte Italien gemacht hat. Ich denke nur einmal an die politische Kultur Italiens, wo ja alle paar Monate die Regierung wechselte. Dies ist vorbei. Man kann erkennen, was dort eigentlich geleistet worden ist. Wir Deutsche sollten das ausdrücklich anerkennen.

- (B) Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist erwähnt worden; dieses Thema brauche ich jetzt hier nicht weiter zu vertiefen. Da liegt eher ein Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren. Denn es ist wahr, daß wir die **Geldpolitik nicht überfordern** dürfen. Auch an dieser Stelle ist erkennbar, daß die Integration vorangehen muß. Wenn wir die Geldpolitik integriert haben – ich kann nur auf all das verweisen, was Herr Kollege Lafontaine dazu gesagt hat –, werden wir **weitere Politikbereiche integrieren** müssen. Anderenfalls kann das, was wir uns jetzt vorgenommen haben, nicht gelingen. Wir haben ein neues großes Aufgabenprogramm mit der Europäischen Währungsunion vor uns.

Eines liegt mir natürlich besonders am Herzen, nämlich die Frage: Ist das auch eine Veranstaltung, die die Menschen, die Arbeit suchen – nicht nur die Sparer; bis jetzt haben wir über die Sparer geredet; reden wir doch einmal über die Arbeitslosen in der Europäischen Union! –, mit Hoffnung begleiten können? Da allerdings, meine Damen und Herren, liegen die großen Aufgaben noch vor uns. Ich will das, was der Kollege Lafontaine dazu mit Recht gesagt hat, nicht im einzelnen wiederholen, sondern nur auf folgendes hinweisen:

Mich wundert es, wieviel auch wir selber in Deutschland von unserer politischen Kultur bereits wieder verloren haben. Es war – ohne daß das eine Anspielung auf künftige Verhältnisse sein soll; damit ich da nicht mißverstanden werde! – die Große Koalition von 1966 bis 1969 mit Finanzminister Franz Josef Strauß und Wirtschaftsminister Karl Schiller, die das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verabschiedet hat, das bis heute gilt. In diesem Gesetz ist von einem ökonomi-

schen „magischen Viereck“ die Rede. Ich würde es gern noch um einen weiteren Eckpunkt ergänzen. (C) Dabei ist nicht nur von Stabilität, Preisstabilität, als einem Ziel der Wirtschaftspolitik die Rede, sondern auch von Vollbeschäftigung, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und angemessenem Wachstum. Fünftens müßte man hinzufügen – Ludwig Erhard im Kopf –: eine angemessene, **gerechte Verteilung des volkswirtschaftlich gemeinsam Erarbeiteten**. Dann erst ist die Wirtschaftspolitik mit allen ihren Zielen wirklich bezeichnet, meine Damen und Herren.

Was ich in dieser Debatte für völlig falsch halte, ja die ganze Zeit über für falsch gehalten habe, ist die einseitige Betonung des Stabilitätsziels; man kann, wenn man so will, auch sagen: die Verengung des Stabilitätsziels. Als ob das in Europa bei 20 Millionen Arbeitslosen oder in Deutschland bei 5 Millionen Arbeitslosen – oder viereinhalb Millionen, darüber muß man nicht streiten – noch unser zentrales politisches Problem wäre!

Also reden wir über die Arbeitslosen und über die Menschen, die Ängste haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren! Dabei kann man erstens folgendes prinzipiell feststellen: Deutschland bzw. die **deutsche Exportwirtschaft wird** mit der Währungsunion und mit dem Ende des Wechselkursmechanismus **gewinnen**. Genau dies haben wir erlebt: Die ständige Aufwertung hat dazu geführt, daß gerade die Exportwirtschaft immer mehr gezwungen ist, erstens zu rationalisieren und zweitens die Produktion ins europäische Ausland – in heutiger Betrachtung – zu verlagern, obwohl der Gedanke an das Ausland unsinnig ist; denn es handelt sich um einen gemeinsamen Markt. Also: an dieser Stelle eher ein Plus! (D)

Zweitens: **Rationalisierung!** Die Einführung der gemeinsamen Währung erspart eine Menge Transaktionskosten. Das wird Arbeitsplätze kosten. Dies ist aber ein Rationalisierungsprozeß, den wir in anderen Zusammenhängen überall finden. Das sind im übrigen unsinnige Kosten. Wenn man in Europa einen gemeinsamen Markt geschaffen hat, dann braucht man auch keine unterschiedlichen Währungen mehr. Insofern ist es richtig, diese Rationalisierung vorzunehmen. Man muß aber wissen: An dieser Stelle fallen Arbeitsplätze weg, allerdings kurzfristig. Die Umstellung zu bewerkstelligen kostet erst wieder einmal Geld, z. B. die Finanzverwaltungen, die für eine bestimmte Zeit in beiden Währungen, in D-Mark und in Euro, Steuererklärungen entgegennehmen und bearbeiten müssen. Also wird es aufgrund der Umstellungsnotwendigkeiten an bestimmten Stellen vorübergehend erst einmal zusätzliche Arbeit und damit auch zusätzliche Arbeitsplätze geben. Aber am Schluß, meine Damen und Herren, ist das nicht das Thema, mit dem man Arbeitsplätze schafft. Die Politik, die insgesamt betrieben wird und bei der die Einführung der gemeinsamen Währung nur ein Element ist – das ist vielmehr der entscheidende Punkt.

Lassen Sie mich dazu nur zwei Bemerkungen machen. Die erste ist: Wir dürfen die Menschen mit solch einem im Grunde menschenfreundlichen Kapitel wie der europäischen Einigung doch nicht noch bedrohen. Ich nehme einmal das **Thema „Entsende-**

Hans Eichel (Hessen)

- (A) **richtlinie** auf: Was ist auf unseren Baustellen in Deutschland los? An diesem Thema haben wir – wenn ich mich richtig erinnere, Herr Kollege Diepgen, die Berliner voran, wir ebenfalls – sehr intensiv gearbeitet, weil es ein Programm zur Förderung der europäischen Desintegration und der 'Ausländerfeindlichkeit' ist, was sich zur Zeit auf unseren Baustellen abspielt. Ich will keinen Portugiesen, keinen Briten und niemanden sonst von deutschen Baustellen ausschließen. Aber ich will nicht, daß der Portugiese, der Brite oder der Pole gegenüber dem, der hier Stamarbeiter ist, als Preis- und Lohnrücker erscheint. Herr Bundeskanzler, das war – mit Verlaub – eines der schweren Versäumnisse der Bundesregierung, wobei ich sehr genau begriffen habe, daß der eine Teil der Koalition das anders gesehen hat als der andere. Der eine Teil der Koalition kam zum Bundesrat – ich füge hinzu: „Blockadeinstrument“ – und hat gesagt: „Helft uns doch, damit wir den anderen Teil der Koalition wieder einigermaßen 'einfangen' können und überhaupt noch ein sozial vernünftiges Entsendegesetz hinbekommen“, was übrigens immer noch nicht zureicht.

Das heißt: Wir müssen das Prinzip europäischer sozialer Mindeststandards durchsetzen. Sonst herrscht, wie schon heute, „Wildwest“ auf Baustellen in Deutschland. Es wäre ein Programm zur Förderung der Europafeindlichkeit, wenn die Menschen das als europäische Wirklichkeit erleben. Da ist übrigens die Europäische Kommission mit ihrer Entsende-Richtlinie besser, als wir es sind. Ich rate auch dazu, in all diesen Punkten jetzt einmal zu einer differenzierten Debatte und nicht zu einer einseitigen Frontstellung zu kommen.

(B)

Ich komme zu einem anderen Thema. Ich bin nicht für tiefenscharfe Regelungen. Aber warum wollen wir es Europa verweigern, seinen Beitrag zur Beschäftigung der Menschen zu leisten? Was wäre es für ein schönes Investitionsprogramm, die **Trans-europäischen Netze** auszubauen, und zwar nicht nur im Rahmen der heutigen Europäischen Union, sondern auch deutlich darüber hinaus, sozusagen im Vorgriff auf die Einbeziehung der mittel- und ost-europäischen Länder, bis nach Rußland!

(Dr. Edmund Stoiber [Bayern]: Mit welchem Geld?)

– Ja, Herr Kollege Stoiber, darauf will ich gerne zu sprechen kommen. Ich glaube, daß es keine unsolide Wirtschaft ist, wenn man eine neue Infrastruktur, auf deren Basis neues Wirtschaftswachstum entsteht, zum Teil auch kreditfinanziert. Es weiß übrigens jeder, der ein Häuschen baut: Etwas, was über fünfzig oder hundert Jahre hält, kann teilweise auch über Kredite finanziert werden. Sie machen das ja selbst in Bayern nicht anders, wir in Hessen auch nicht: Wir finanzieren öffentliche Investitionen über Kredite. Ich hielte es nicht für schändlich, wenn wir dies im Rahmen der Europäischen Union täten. Es würde nämlich das Wirtschaftswachstum beschleunigen.

Jacques Delors hat dazu Vorschläge gemacht. Es waren – leider, so muß ich sagen, Herr Bundeskanzler – die Regierung des Vereinigten Königreichs und

unsere Regierung, die diese Vorschläge in besonderem Maße abgelehnt haben. Wir hätten in Deutschland inzwischen auch eine andere Stimmungslage in bezug auf Europa, wenn sichtbar würde, daß es nicht nur um ein Sparprogramm für den Euro geht. So kommt es ja weitgehend draußen an. Ein Sparprogramm ist etwas, was die Menschen zu großen Teilen auch als Bedrohung empfinden. Wenn deutlich würde, daß dies auch ein Beschäftigungsprogramm für die arbeitenden Menschen in Europa ist, dann hätten wir auch eine andere Stimmungslage.

Ich bin, wie gesagt, aus hessischer Sicht leidenschaftlich für den europäischen Einigungsprozeß. Ich bin dafür, daß wir den Euro jetzt beschließen und daß wir ihn als Aufgabe begreifen, um die europäische Integration beschleunigt voranzubringen. Ich bin aber auch dafür – und darüber werden wir eine sehr differenzierte Debatte führen –, genaue Zuständigkeitsregelungen zwischen Brüssel, Bonn respektive Berlin und den Ländern zu treffen.

In diesem Punkt haben wir meines Erachtens über einiges gemeinsam nachzudenken. Ich bin z. B. dafür – und darüber gibt es eine kritische Debatte auch in Deutschland –, daß wir manche Notwendigkeiten, über die wir gemeinsam entscheiden müssen, etwas zurücknehmen und einzelne Aufgaben klarer zuweisen sollten, und zwar sowohl was die Durchführung dieser Aufgaben als auch was die Finanzierung anbetrifft.

Ich glaube auch, daß wir mit einem frontalen Anrennen gegen die **Agenda 2000** nicht weiterkommen werden. Darin stimme ich Ihnen zu, Herr Kollege Teufel. Das ist unterschiedlich, jedenfalls vor und nach Wahlen. Wir in Hessen haben lauter kleine landwirtschaftliche Betriebe, ähnlich wie in Baden-Württemberg und in Bayern. Wir sind sicherlich gut beraten, wenn wir einen Teil der Agrarpolitik nicht einmal renationalisieren, sondern regionalisieren. Herr Bundeskanzler, ich habe Sie so verstanden, daß Sie gesagt haben: Man kann Dinge, die in den letzten Jahrzehnten falsch gelaufen sind, auch korrigieren. Dafür bin ich sehr.

(D)

Die Produktsubventionierung, die wir über Europa betreiben, ist ein großer Unsinn. Insofern ist die Agenda in der Tendenz ja nicht falsch. Ich glaube vielmehr, daß sie in manchen Punkten nicht weit genug geht. Aber auf der anderen Seite müssen wir – ich stimme Ihnen doch zu – den **Landwirten**, den ländlichen Räumen eine **verlässliche Perspektive eröffnen**. Deswegen muß es eine vernünftige Einkommenspolitik geben. Aber es ist falsch, das als steuerliche Subventionspolitik oder als europäische Subventionspolitik auszugestalten, weil das auch völlig falsche Signale für die Art der Produktion setzt und ein Hindernis zwischen den Landwirten und den Verbrauchern bei uns darstellt. Diese Beziehung zu stabilisieren wäre für die Agrarpolitik eigentlich außerordentlich wichtig.

Lassen Sie mich eine generelle Bemerkung zu dem Thema **„Regulierung und Deregulierung“** machen. Ich halte es für falsch, grundsätzlich immer nur über Deregulierung zu reden. Denn der europäische Bin-

Hans Eichel (Hessen)

- (A) nenmarkt braucht Regeln; jeder Markt braucht Regeln. Er braucht als nächstes soziale Mindeststandards. Er braucht – das ist ohnehin klar – ökologische Regeln.

Deswegen müssen wir meines Erachtens in anderer Weise diskutieren. Wir brauchen für Europa Regeln. Wir brauchen sie vielleicht nicht immer so tiefenscharf. Auf der anderen Seite brauchen wir Deregulierung dort, wo unsere Regeln gar nicht mehr so weit reichen wie die Märkte. Dort sind sie in der Tat hinderlich und müssen wegfallen.

Wir müssen noch einmal darüber nachdenken, ob wir zu jeder europäischen Regel – ich sage das durchaus selbstkritisch – noch jeweils bayerische, hessische – oder wie auch immer – Ausführungsbestimmungen erlassen müssen oder ob wir nicht damit zurechtkommen zu sagen: Das regelt jetzt Europa; dann brauchen wir an dieser Stelle nichts mehr zu regeln. – Das ist schon eine sehr spannende Frage.

Brüssel – das ist vielleicht auch der Grund für einen Teil des Mißbehagens; aber das ist unser Problem, weil wir noch nicht bereit sind, das herzugeben, was wir hergeben müssen – hat noch nicht die Kompetenzen, z. B. in der Außen- und Sicherheitspolitik oder in der Einwanderungs- und Asylpolitik oder in der europäischen Rechts- und Innenpolitik, die es bräuchte. Dafür hat es an anderer Stelle so tiefenscharfe Kompetenzen, die es eigentlich gar nicht braucht und die wir besser z. B. in den Regionen beibehalten. Da liegt in der nächsten Zeit noch viel Arbeit vor uns.

- (B) Damit komme ich zum Schluß. Meine Vision für das Ende dieses Jahrhunderts und den Anfang des nächsten Jahrhunderts ist, daß wir – nach zwei Weltkriegen, die als europäische Bürgerkriege zumindest begonnen haben – dieses einige Europa schaffen. Wir sollten es aber nicht nur als ökonomische Einheit schaffen. Es gibt gute Gründe dafür, es als ökonomische Einheit zu gestalten; aber das reicht nicht. Wenn wir die Menschen und die Kulturen erreichen wollen, dann werden wir uns auch – nicht nur aus Zweckmäßigkeitsgründen – an eine **europäische Verfassung** heranmachen müssen.

Ich nehme damit das auf, was Sie, Herr Kollege Teufel, gesagt haben. Wir sollten uns daranmachen, Europa als Demokratie zu vollenden, und uns dabei daran erinnern – dazu haben wir guten Grund –, daß die Wiege der Demokratie in Europa bereits im Altertum in Griechenland gestanden hat, daß es die Engländer waren, die in der Neuzeit die demokratische Entwicklung eingeleitet haben, daß die Franzosen – lange vor uns – eine erfolgreiche Revolution gemacht haben.

In diesem Jahr denken wir besonders daran, daß wir den ersten großen Aufbruch vor 150 Jahren versucht, aber leider noch nicht geschafft haben. Hätten wir ihn geschafft, wäre uns in Deutschland und in Europa nach meinem Dafürhalten vieles von dem erspart geblieben, was wir an schlimmen Entwicklungen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts erlebt haben.

Wichtig ist – und ich finde es schade, daß das im Lande nicht so empfunden wird – zu begreifen, daß es die große Zukunftsaufgabe des Kontinents ist, dieses vereinigte, demokratische, vielfältige Europa zu bauen – nicht nur als eine Entscheidung von Parlamenten und der politischen Klasse, wie es draußen verstanden wird, sondern als eine Aufgabe der Menschen. An dieser Stelle weiterzuarbeiten und diesen Einigungsprozeß so zu gestalten, daß die Menschen ihn als den ihren empfinden, das ist die Aufgabe, die vor uns liegt, wenn wir heute dem Euro zustimmen. – Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Gerhard Schröder: Das Wort hat der Bundesminister der Finanzen, Herr Dr. Waigel.

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Ministerpräsident Eichel, für die Zurückweisung des immer wieder stattfindenden Versuchs danken, Währungsunion und Währungsreform miteinander zu vergleichen. Das sind zwei grundverschiedene Dinge. Zweimal Währungsverlust in diesem Jahrhundert war jedesmal die Konsequenz aus zwei deutschen Katastrophen, während wir jetzt, über ein Jahrzehnt sorgfältig vorbereitet, darangehen, etwas für die Zukunft zu schaffen, um Katastrophen und ähnliche Ereignisse auszuschließen. Das ist der ganz große Unterschied in der Entwicklung und in der Durchführung.

Ein Zweites möchte ich allerdings kritisch anmerken: Wir sollten der Versuchung widerstehen, **Stabilität** gegen **Vollbeschäftigung** auszuspielen. Das war schon in den 70er Jahren falsch, als der Vergleich von 5 % Inflation und 5 % Arbeitslosigkeit angestellt wurde. Wir wissen ganz genau, daß Vollbeschäftigung nur mit Stabilität, mit Strukturformen, mit der notwendigen Anpassungsfähigkeit, mit den notwendigen Maßnahmen, um die wir uns bemühen, erreicht werden kann.

Dann noch ein Wort zum **Entsendegesetz**: Sie wissen, daß es nicht wegen Problemen innerhalb der Bundesregierung so spät kam, sondern weil wir versucht haben, eine europäische Regelung zu erreichen, was leider gescheitert ist.

Was nun die **Finanzierung über Kredite im europäischen Bereich** anbelangt, bin ich anderer Meinung als Sie. Wir können doch nicht versuchen, auf der einen Seite bei uns die Kreditaufnahme zurückzufahren und sie andererseits auf der europäischen Ebene auszuweiten. Im Gegenteil, ich bin der Meinung: Gerade die europäische Finanzpolitik, die europäische Haushaltspolitik, muß sich dem anpassen, was wir auch im nationalen Bereich tun.

Investitionsförderung und Investitionsfinanzierung finden sehr wohl in Europa über die Europäische Investitionsbank statt, bei der sehr viele Kreditmöglichkeiten für Infrastrukturmaßnahmen oder auch bei den Transeuropäischen Netzen selbstverständlich vorgesehen sind. Darüber hinaus stellt die Europäische Investitionsbank ja auch erhebliche Mittel im Technologiebereich für die kleinen und mittleren

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) Unternehmen zur Verfügung, um dort die Entwicklung voranzubringen. Ich glaube nicht, daß wir in diesem Bereich eine Kreditfinanzierung anstreben sollten, die ohne Zweifel wieder mit einem überproportionalen deutschen Finanzierungsanteil verbunden wäre.

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, um auf einiges einzugehen, was Herr Ministerpräsident Lafontaine ausgeführt hat. Sie haben, Herr Ministerpräsident, zu der **inneren und äußeren Stabilität** Stellung genommen und gesagt: Was hilft dem Arbeitslosen ohne Konto die ganz Stabilität? Ganz sicher wird nicht eintreten, wenn wir die Stabilität aufgeben, daß der Arbeitslose dann einen Arbeitsplatz oder ein Konto bekommt. Die innere Stabilität, die Geldwertstabilität, ist der beste Schutz für die Rentner, für die Niedrigverdiener, für diejenigen, die Ersparnisse haben. Und die interne Preisstabilität ist die Voraussetzung für die äußere Stabilität.

- (B) Warum haben sich denn alle Völker in Europa, die an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen wollen, und auch diejenigen, die später hinzustoßen, so um einen Stabilitätskurs bei der Konsolidierung, aber selbstverständlich auch hinsichtlich der Geldwertstabilität bemüht? Wieso ist es uns gelungen, von mehr als 12% Inflation Anfang der 80er Jahre auf unter 2%, jetzt auf einen Durchschnitt von etwa 1,4 bis 1,6%, zu kommen? Weil sich die **Stabilitätskultur durchgesetzt** hat! Viele Länder – ich erinnere an Dänemark, an das Vereinigte Königreich, an Holland, an Finnland – zeigen ja auch, daß Stabilität und harte Konsolidierung überhaupt nicht im Widerspruch zu mehr Beschäftigung stehen, sondern sich mit richtigen und notwendigen Strukturreformen geradezu bedingen.

Die Außenorientierung, was das Gebiet der Wirtschafts- und Währungsunion im Verhältnis zu der übrigen internationalen Wirtschaft anbelangt, geht durch die Wirtschafts- und Währungsunion auf 9% zurück. Daran zeigt sich eben, wie sinnvoll und notwendig es ist, mit einer gemeinsamen Währung die Verwerfungen, die bisher immer wieder stattgefunden haben, zu reduzieren oder ganz auszuschließen.

Ganz sicher, Herr Ministerpräsident Lafontaine, werden Sie keinen Gegensatz zwischen Gordon Brown und dem, was die deutsche Bundesregierung und ich in Europa und sonst vorschlagen, herstellen können. Zum Beispiel: Flexibilität des Arbeitsmarktes. Mir ist nicht bekannt, daß Gordon Brown oder Tony Blair eine einzige Maßnahme von Maggie Thatcher oder John Major zurückgenommen hätten, nicht eine einzige! Die sind aber doch wesentlich rigider vorgegangen als wir mit dem, was wir bisher an Strukturreformen durchgesetzt bzw. vorgeschlagen haben.

Was die **Lohnpolitik** anbelangt, so ist sie in Großbritannien ganz sicher nicht Ihrer Lohnkostentheorie gefolgt, sondern hat sich sehr produktivitätsorientiert entwickelt.

Ich habe mir heute auch den Artikel über das DIW durchgelesen. Ich frage Sie: Will jemand von uns das, was der Präsident des DIW kritisiert, daß

die deutschen Gewerkschaften die in den vergangenen beiden Jahren erreichte Produktivitätssteigerung von 4% nicht durch entsprechende Anhebung der Löhne ausgeschöpft hätten? Ich glaube nicht, daß in einer Zeit so hoher Arbeitslosigkeit das volle Ausschöpfen dieses Produktivitätsspielraumes zu mehr Arbeitsplätzen geführt hätte. Jedenfalls ist in England und in Amerika und in den Ländern, in denen relativ viele neue Arbeitsplätze entstanden sind, das Gegenteil einer solchen Lohnpolitik erfolgt. In einem allerdings stimme ich Herrn Hoffmann zu: wenn er den Gewerkschaften empfiehlt, die Entwicklung an der jeweiligen Branche zu orientieren, also sehr wohl nach Branchen und regional differenzierte Produktivitätskriterien in die Lohnfindung einzubeziehen.

Was übrigens die **europäische Beschäftigungspolitik** anbelangt, habe ich keinen besseren Partner in Europa gehabt als Gordon Brown. Mit der Lohnpolitik, mit den Strukturreformen – „best practices“ – hatten wir überhaupt keine Probleme. Ich nehme an, daß Sie bei einer Diskussion darüber mit Gordon Brown und mit Tony Blair viel mehr Probleme hätten, wenn Sie Ihre Massenkauftkrafttheorie vorschlagen würden, um damit in Großbritannien zu reüssieren.

Aber wo bleibt dann Ihre Zustimmung, Herr Ministerpräsident Lafontaine, zu dem, was an Struktur Anpassungen notwendig ist? Makroökonomie und Strukturpolitik – das ist doch ein leidenschaftliches Plädoyer für die Steuerreform. Warum ist sie dann an Ihnen gescheitert? Das ist doch ein Plädoyer für Rentenreform, Gesundheitsreform, für Reformen in der Lohnfortzahlung, auch für Dinge, die im Kündigungsschutz **unabänderlich notwendig** waren. Warum sind sie dann eigentlich alle hier gescheitert?

Widersprüchlicher kann man eine Rede in der Begründung nicht aufbauen: an einem Punkt beginnen, dann eine Volte schlagen und am Schluß dem Maastricht-Vertrag und jetzt auch der Dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zustimmen.

Der Rahmen des Maastricht-Vertrages und für das, was wir heute beschließen, heißt: **zentrale Geldpolitik, aber dezentrale, enger koordinierte Wirtschaftspolitik**. Das ist genau der Grundtatbestand nicht zuletzt des Artikels 103 des Vertrages.

Nun noch zur Koordinierung der Lohnpolitik: Lohnentwicklungen müssen sich stärker an regionalen Produktivitätsfortschritten orientieren. Das ist doch das Gebot der Stunde.

Übrigens ist es eine schlichtweg falsche Behauptung, die Sie heute wieder aufgestellt haben, daß wir bei der **deutschen Währungsunion 1:1** umgestellt hätten. Sie wissen doch definitiv, daß dies nur auf einige, vor allen Dingen die Sparer betreffende, Bestandsgrößen zutraf, daß aber bei der Fließgröße ein anderer Umrechnungskurs festgelegt wurde. Die Deutsche Bundesbank hatte uns damals 1:2 vorgeschlagen. Wenn man alles berechnet, kommt man auf etwa 1:1,81. Das heißt, wir lagen sehr nah an dem, was uns damals die Bundesbank vorgeschlagen hat.

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) Sie bedauern oder Sie kritisieren, daß zuwenig zur **Agenda 2000** gesagt wurde. Es müßte Ihnen doch klar sein, daß ich ein konkretes, auch vom Bundeskanzler gedecktes Modell für eine faire Lastenteilung vorgeschlagen habe. Ich freue mich, wenn dies unterstützt wird, wenn mich z. B. auch die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament in dieser Richtung unterstützen. Ich begrüße das. Da können Sie doch nicht behaupten, wir hätten hier keine Vorschläge gemacht.

Sie wissen, daß wir für eine **Eigenmittelobergrenze** von 1,27 % eintreten und dies auch Konsens ist und daß wir Spielraum gewinnen müssen, in der finanziellen Vorausschau Europas unter dieser Eigenmittelobergrenze zu bleiben, um die Politiken in Osteuropa entsprechend finanzieren zu können.

Sie wissen auch, daß wir dezidiert gesagt haben, daß die Mittel aus dem **Kohäsionsfonds** so nicht weiterfließen können. Wer die Dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion erreicht, kann natürlich nicht weiterhin in den Genuß des Kohäsionsfonds kommen, der dazu dienen soll, die Länder an die ökonomischen Bedingungen der Dritten Stufe heranzuführen.

Meine Damen und Herren, 1992 habe ich vor dem Parlament erklärt:

Die Bundesregierung wird sich, bevor dieser Schritt vollzogen wird, der Rückendeckung der gesetzgebenden Gremien versichern.

- (B) Heute bitten wir den Bundesrat um ein überzeugendes Ja zur Währungsunion. In dieser so weitreichenden Frage sollten Bundestag und Bundesrat natürlich ein gewichtiges unterstützendes Wort mitreden.

Nach den Empfehlungen der Kommission erfüllen neben Deutschland, Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien die Voraussetzungen für die Einführung des Euro. Ich teile die an ein paar Stellen von Herrn Eichel und anderen geäußerte Meinung, daß man großen Respekt nicht nur vor dem haben sollte, was wir in der Finanzpolitik erreicht haben, sondern Respekt auch anderen gegenüber aussprechen sollte. Vor zehn Jahren hätte es niemand für möglich gehalten, daß einige dieser Länder mit so kraftvollen Anstrengungen diese Fiskalkriterien erreichen.

Eine große europäische Stabilitätszone bietet viele Vorteile. Der Bundeskanzler hat von der Wichtigkeit des **Exports** gesprochen. Der **Wegfall des Wechselkursrisikos** ist für uns von größter Bedeutung. Wir schätzen, daß allein 1994 durch die damaligen Wechselkurssprünge in Deutschland etwa 500 000 Arbeitsplätze im Export verlorengegangen sind. Der Wegfall des Wechselkursrisikos bedeutet auch mehr Planungssicherheit für die Export- und Investitionsstrategien der Unternehmen. Durch Produktivitätsfortschritte und Lohnzurückhaltung erarbeitete Wettbewerbsvorteile können nicht mehr, wie in der Vergangenheit, durch plötzliche Aufwertungen der D-Mark zunichte gemacht werden.

Die einheitliche Währung erleichtert europaweit den Preisvergleich. Sie intensiviert den Wettbewerb,

und sie bringt damit **Preisvorteile für den Verbraucher**. (C)

Auf einen Punkt ist bisher noch zuwenig hingewiesen worden: **Wir erreichen damit einen der größten Finanzmärkte der Welt.** Das ist gerade für den Finanzmarkt Deutschland von ganz, ganz entscheidender Bedeutung. Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten werden sich verbessern und transparenter darstellen. Das trägt zu niedrigen Zinsen bei, verbilligt Investitionen und damit auch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Alles, was wir mit dem verabschiedeten Dritten Finanzmarktförderungsgesetz und mit dem in Vorbereitung befindlichen Vierten Finanzmarktförderungsgesetz versuchen voranzubringen, dient dem und ist von entscheidender Bedeutung nicht nur für den Finanzplatz Frankfurt, sondern für den gesamten Finanzplatz Deutschland.

Mit dem Vertrag von Maastricht und dem darauf aufbauenden Stabilitäts- und Wachstumspakt haben wir die Grundlagen für dieses Konzept einer stabilen Währungsunion gelegt. Ich bin dankbar und froh, daß dies auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom Oktober 1993 bestätigt hat. Die kürzliche Zurückweisung anhängiger Verfassungsbeschwerden, und zwar als „offensichtlich unbegründet“, ist, wie ich meine, auch ein wichtiges Zeichen, ein wichtiges Signal gegenüber einer mit hohem Aufwand betriebenen Öffentlichkeitsarbeit, zu der der Gehalt dessen, was vorgelegt wurde, im umgekehrt proportionalen Verhältnis steht.

Heute ist offensichtlich: In Europa hat sich ein unübersehbarer stabilitätspolitischer Gleichklang eingestellt. Eine breite **Stabilitätskultur** in Europa hat sich entwickelt. Dennoch ist es notwendig und richtig, sich vor allen Dingen auch mit den **Sorgen der Menschen** zu beschäftigen. Das stärkste Argument ist: Wir in Deutschland haben kein Monopol mehr auf Stabilität. – Das ist kein Nachteil. Wenn andere Länder heute die Stabilitätskultur übernommen haben und ganz Europa zu einer Stabilitätszone wird, dann nehme ich den Verlust dieses Monopols gern in Kauf. Dies ist ein, wie ich meine, großer Erfolg für uns. Wir haben also Anlaß zu Vertrauen. (D)

Daß die Finanzmärkte dem Euro schon Vertrauen schenken, ist vielleicht eines der wichtigsten Ergebnisse dieser gemeinsamen Politik. Insofern haben sich auch viele Vertreter der deutschen Wirtschaftswissenschaften geirrt mit den Bedenken, die sie 1992 und noch vor wenigen Wochen erneut vorgetragen haben.

Die nationalen Notenbanken haben in den letzten Jahren erfolgreich eine strikt auf Geldwertstabilität ausgerichtete Politik verfolgt. Die durchschnittliche **Inflationsrate** in der Europäischen Union ist mit nur noch 1,6 % auf einen historischen Tiefstand gesunken, und auch die Zinsen auf den Kapitalmärkten liegen historisch niedrig. Wir haben in Deutschland die niedrigsten Zinsen seit Mitte der 50er Jahre. Auch das ist ein wichtiges Vertrauenszeichen für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. **Niedrige Zinsen** zeigen: Der Euro hat bereits jetzt das Vertrauen der Kapitalmärkte. Wer heute als Investor sein Geld langfristigt zu niedrigen Zinsen zur Verfügung stellt, geht

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) mit Recht davon aus, daß die Stabilitätspolitik in Zukunft fortgesetzt wird, und zwar langfristig.

Auch das **Wechselkursgeschehen** in Europa ist stabil. Wer hat sich eigentlich vorgestellt, daß gerade in den Wochen vor der Entscheidung auf den Wechselkursmärkten, was Europa anbelangt, eine solche Ruhe und Gelassenheit herrschen würden? Daß in den Zeiten der Turbulenzen, die durch die Südostasienkrise entstanden sind, Deutschland und der europäische Bereich quasi eine Zone der Stabilität sind, spiegelt das Vertrauen der Finanzmärkte in die Entwicklung und in die Entscheidungen wider.

Ein stabiler Euro wird eine attraktive **Anlagengewährung** sein. Es ist nicht zufällig, daß zum erstenmal in einem G 7-Kommuniqué dies zustimmend zur Kenntnis genommen wird, alle Welt eigentlich darauf wartet, daß der Euro zu einer attraktiven Anlagengewährung wird, und man sich damit mehr beschäftigt als je zuvor. Damit wird der Euro auch zu einer Stabilisierung des internationalen Währungssystems beitragen, was im Interesse des Internationalen Währungsfonds und aller beteiligten Länder ist.

Entscheidende Erfolge sind auch beim **Abbau der Haushaltsdefizite** erzielt worden. Den Referenzwert für das öffentliche Haushaltsdefizit in Höhe von 3 % des Bruttoinlandsprodukts hat 1997 nur Griechenland überschritten. Wir haben 2,7 % erreicht, und das ist gut. Im letzten Jahr haben mir manche geraten, ehrliche 3,2 % seien besser als nicht ehrliche 3,0 %. Jetzt kann ich sagen: Ehrliche 2,7 % sind besser als ehrliche 3,2 %. Das wird sicher niemand bestreiten.

- (B) Auch diese Diskussion hat international ganz sicher nicht geschadet, sondern zur Stabilitätskultur beigetragen.

Da wird kritisiert, es seien **Einmalmaßnahmen** darunter. Ja, in jedem Haushalt gibt es Einmalmaßnahmen. Wenn ein Grundstück verkauft werden soll – und das ist sinnvoll, wenn es für den Bund, für ein Land oder für eine Kommune entbehrlich ist –, um darauf möglicherweise eine Industrieanlage mit Arbeitsplätzen zu schaffen, ist daran ordnungspolitisch und auch finanzpolitisch überhaupt nichts auszusetzen. Notwendig ist, daß es nicht bei Einmalmaßnahmen bleibt, sondern daß Einmalmaßnahmen strukturell unterlegt und dann natürlich entsprechend abgelöst werden.

Fortschritte gibt es auch beim **Abbau des Schuldenstandes**; aber hier bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Der Referenzwert in Höhe von 60 % des BIP wurde im letzten Jahr nur von Finnland, Frankreich, Großbritannien und Luxemburg unterschritten. Deutschland erreichte 61,3 %. Wir alle wissen: In der deutschen Schuldenquote schlagen sich insbesondere die hohen Sonderbelastungen der deutschen Wiedervereinigung nieder. So hat sich allein die Schuldenübernahme des Erblastentilgungsfonds mit rund zehn zusätzlichen Prozentpunkten ausgewirkt. Welche gewaltigen Haushaltsanstrengungen hinter diesen Zahlen stehen, werden, so hoffe ich, gerade die Regierungen der ostdeutschen Länder bestätigen können.

In **Italien und Belgien** liegt der Schuldenstand mit jeweils etwa 122 % außerordentlich hoch. Mit Recht haben sich EWI und Bundesbank dazu besorgt geäußert. (C)

Die Bundesregierung nimmt diese Besorgnisse ernst. Sie hat dies bereits in ihrem Konvergenzbericht erklärt und festgestellt:

Die Konsolidierungspolitik muß generell in den meisten Mitgliedsländern fortgesetzt und in Ländern mit hohem Schuldenstand intensiviert werden.

Der von mir vorgeschlagene – rechtlich verbindliche – **Stabilitäts- und Wachstumspakt** stellt die Fortsetzung einer solchen Politik sicher: Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, übermäßige Defizite zu vermeiden und mittelfristig nahezu ausgeglichene Haushalte oder Haushaltsüberschüsse zu erzielen. Die Konsolidierungsfortschritte werden im Rahmen eines Frühwarnsystems überwacht. Jedes Land muß jährlich ein „Stabilitätsprogramm“ vorlegen und darin die Haushaltsentwicklung der kommenden Jahre offenbaren. Wo notwendig, wird der Rat Empfehlungen aussprechen. Wenn dies nicht greift, sind Sanktionen zur Korrektur etwaiger Fehlentwicklungen unausweichlich.

Zur Bekräftigung dieses finanzpolitischen Kurses habe ich beim informellen ECOFIN am 21. März 1998 in York meinen Finanzministerkollegen eine besondere Erklärung zur Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen. Sie ist bekannt. Ich kann darauf verweisen. Ich brauche sie nicht noch einmal hier vorzutragen. Die Ansätze sind von vielen Mitgliedstaaten und auch von Kommissionspräsident Santer positiv aufgenommen worden. Ich bin zuversichtlich, daß wir bis zum 1. Mai gemeinsam eine entsprechende Erklärung verabschieden können. (D)

Ich verwahre mich an dieser Stelle gegen den immer wieder behaupteten Gegensatz zwischen Stabilitäts- und Beschäftigungsziel. In Verbindung mit den notwendigen Strukturreformen auf den Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkten sind gesunde Staatsfinanzen eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich mehr Wachstum und mehr Beschäftigung entwickeln können. Dauerhaft entstehen Arbeitsplätze nicht aus dem Staatshaushalt, sondern in einer wachsenden Wirtschaft. **Gesunde Staatsfinanzen** sind deshalb nicht Hindernis, sondern im Gegenteil **Vorbedingung für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung**.

Ich darf noch etwas zu den Ländern sagen, die besonders angesprochen sind, Belgien und Italien, und zu dem, was diese Länder auch selbst beabsichtigen und zusagen.

Belgien hat sich verpflichtet, in seinem Haushalt einen Primärüberschuß von 6 % des BIP auf mittlere Sicht aufrechtzuerhalten, um den Schuldenstand auf den Referenzwert von 60 % zurückzuführen. Die Aufrechterhaltung eines Primärüberschusses von 6 % – das ist der Haushaltsüberschuß, der sich ohne Zinszahlungen ergäbe – bedeutet dauerhaft erhebliche Konsolidierungsanstrengungen. Im Vergleich dazu liegt der Primärüberschuß Deutschlands bei 1,1 %; er

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) ist damit auch unter Berücksichtigung unseres geringeren Schuldenstandes erheblich niedriger.

Die **italienische Regierung** hat am 17. April 1998 ihre mittelfristige Finanzplanung von 1999 bis zum Jahr 2001 verabschiedet. Danach ist vorgesehen, bereits innerhalb der nächsten drei Jahre, also bis 2001, das Haushaltsdefizit schrittweise auf 1 % des BIP und den Schuldenstand auf 107 % des BIP zurückzuführen. Ein Finanzplan, der die Rückführung der Schuldenquote um 15 Prozentpunkte innerhalb eines so kurzen Zeitraumes vorsieht, verdient durchaus Anerkennung. Diese Finanzplanung ist nicht nur eine Absichtserklärung der italienischen Regierung; sie soll noch am 29. und 30. April dieses Jahres von den Haushaltsausschüssen der beiden Kammern des italienischen Parlaments gebilligt werden.

Dies sind sehr ernst zu nehmende Initiativen, die ich sehr begrüße und zu denen ich Ministerpräsident Prodi und Schatzminister Ciampi nur ermutigen und beglückwünschen kann. Ich persönlich bin vom festen politischen Willen der Verantwortlichen in Italien überzeugt. Die erstaunlichen Stabilitätsfortschritte Italiens in den letzten Jahren berechtigen uns zu diesem Vertrauen.

Das Ziel gesunder öffentlicher Finanzen ist im Vertrag fest verankert und wesentlich deutlicher ausformuliert. Ich verweise auf Artikel 104 c Abs. 1 des Vertrages.

- (B) Die **Währungsunion** wird auch **keine Transferunion** sein. Die Schaffung neuer Instrumente im EU-Finanzsystem würde Einstimmigkeit erfordern. Im übrigen läßt die absehbare Entwicklung der Gemeinschaftsfinanzen für zusätzliche Finanztransfers keinen Raum: Im Rahmen der Agenda 2000 wird die Eigenmittelobergrenze der Gemeinschaft von 1,27 % auch in Zukunft beibehalten werden. In diesem Rahmen sind überdies die Kosten der angestrebten Beiträge zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, die **Politische Union** ist ein Prozeß; sie ist ein Ziel, an dem wir weiter arbeiten werden. Ich bin davon überzeugt: Die Währungsunion wird diesem Prozeß neue Impulse geben.

Wir haben die **Unabhängigkeit der EZB** erreicht, ihre auf Geldwertstabilität ausgerichtete Geldpolitik. **Finanz- und Wirtschaftspolitik bleiben aber grundsätzlich in nationaler Souveränität.**

Insgesamt lautet daher mein Fazit: Der Eintritt in die Währungsunion mit den vorgeschlagenen elf Mitgliedstaaten ist stabilitätspolitisch vertretbar. Mehr noch: Er ist der richtige Schritt zum richtigen Zeitpunkt. Mit der Währungsunion schlagen wir die Brücke zum 21. Jahrhundert.

Nun würde ich mich natürlich noch sehr darüber freuen, wenn wir neben dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ein Regelwerk innerhalb Deutschlands bekämen, also einen **nationalen Stabilitätspakt**. Darum bemühen sich ja die Länder und meine Finanzministerkollegen der Länder seit einhalb Jahren. Ich weiß noch nicht genau, wie die gestrige Finanzministerkonferenz ausgegangen ist. Aber sie scheint nicht so erfolgreich gewesen zu sein, wie es eigentlich wünschenswert gewesen wäre. Ich

- werde zu gegebener Zeit eigene Vorschläge machen (C) müssen, weil wir es nicht dabei belassen können.

In diesem Zusammenhang muß ich leider sagen, Herr Ministerpräsident Teufel, daß ich der von Ihnen vorgeschlagenen Aufteilung von 60:40 nicht zustimmen kann, sondern hier und in anderen Bereichen bei der bewährten Aufteilung von 50:50 bleibe. Über die horizontale Defizitaufteilung werden wir uns noch sehr intensiv unterhalten müssen.

Ganz sicher reicht es nicht, wie es, wenn ich mich recht erinnere, das Land Niedersachsen vorschlagen möchte, mit unverbindlichen Empfehlungen auszukommen. Damit kommt nichts Neues in die Welt. Wir brauchen hier schon verbindliche Regelungen, die für alle Beteiligten Klarheit schaffen.

Mit der Einführung der neuen Währung entfällt die Möglichkeit, verlorengegangene Wettbewerbsfähigkeit durch Wechselkursanpassungen wiederherzustellen. Deswegen ist das, was uns OECD und IWF immer wieder sagen, sehr notwendig: Wir brauchen Strukturreformen in Deutschland. 80 % der Arbeitslosigkeit in Deutschland sind strukturell bedingt. Das sind die entscheidenden Herausforderungen: Steuerreform, Strukturreformen, vor allen Dingen auch mehr Flexibilität im Arbeitsmarktbereich, wie es andere Länder bereits unter Beweis gestellt haben. Wir müssen die **Staatsquote zurückführen** und die **Strukturreformen beschleunigen**. Der Euro ist nicht die Lösung unserer Strukturprobleme; aber ich bin sicher, er wird ihre Lösung erheblich beschleunigen.

Die Währungsunion ist Europas strategische Antwort auf die Globalisierung aller Lebens- und Wirtschaftsvorgänge. (D)

Am Ende dieses Jahrhunderts fallen die Währungsgrenzen in Europa. Wenn Grenzen fallen, können sich Menschen und Unternehmen freier bewegen.

Der **Euro** wird das Wirtschaften in Deutschland und in Europa erleichtern. Er kann eine **neue Dynamik** auslösen, die zu **mehr Wirtschaftswachstum** und damit auch zu **mehr Arbeitsplätzen** führt. Mit einer gemeinsamen Währung wird Europa im nächsten Jahrhundert sein ökonomisches und sein politisches Gewicht in der Welt mit neuem Mut geltend machen können. Mit dem Euro beweisen wir: Europa ist nicht nur Schauplatz eines ständigen Gerangels um Quoten und Subventionen. Das Ja der Europäer zur Währungsunion ist ein Zeichen für die Zukunft. Europa hat die Kraft zur Tat. Mit dem Euro schafft sich Europa ein neues Symbol, ein **Symbol des neuen Europas**.

Eine Währungsunion, die von Finnland bis Portugal und von Irland bis Italien reicht und in der Deutschland dabei ist, zeigt, daß wir für unsere Nachbarn einen geachteten und verlässlichen Partner und einen nicht wegzudenkenden Pfeiler der Europäischen Währungsunion darstellen.

Die Geschichte des Föderalismus in Deutschland lehrt uns, wie sehr wirtschaftliche Integration und politische Einigung einander bedingen. Der Reicheinigung im 19. Jahrhundert sind viele kleine und große Schritte der wirtschaftlichen Annäherung vor-

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) angegangen. Der Durchbruch zum Deutschen Zollverein von 1834 öffnete auch den Weg zu einer Vereinheitlichung der Währungen in Deutschland. Zwischen dem norddeutschen Taler und dem süddeutschen Gulden wurde ein unveränderlicher Umrechnungskurs festgelegt: 2 Taler gleich dreieinhalb Gulden. Das wurde in der Dresdner Münzkonvention von 1838 festgelegt, ähnlich wie ab dem 1. Januar 1999 ein unveränderlicher Umrechnungskurs zwischen allen teilnehmenden europäischen Währungen gelten wird.

Heute stehen wir mitten in einer neuen wirtschaftlichen Umwälzung. Es ist die weltweite Revolution aller Informations- und Kommunikationsmittel. Wir erleben die Welt als „globales Dorf“. Die Währungsunion ist die europäische Antwort auf diese Entwicklung. Es kann kein Zweifel daran sein: Gemeinsames stabiles Geld für Europa wird es uns erleichtern, diese Chance zu nutzen.

Es hat mich bewegt, als ich vor 14 Tagen den Lebensweg des Gründers der CSU, Josef Müller, der jahrelang im Konzentrationslager war, der dem Widerstand angehörte, verfolgen konnte, was er 1946 zu diesem Thema sagte: „Eine gemeinsame europäische Währung ist der beste Weg zum dauerhaften Frieden.“ – Das ist schon eine unglaubliche Aussage der Frauen und Männer im Jahre 1946.

Die Währungsunion ist kein Hirngespinnst der internationalen Politik. Sie ist gewollt und gemacht für die Menschen in Europa. Ihnen soll sie Leben und Arbeiten erleichtern. Die Währungsunion ist auch für die Regionen in Europa und für die Länder der Bundesrepublik Deutschland gemacht. Deswegen ist das zustimmende Votum des Bundesrates von so entscheidender Bedeutung. – Ich danke Ihnen.

(B)

Präsident Gerhard Schröder: Das Wort hat jetzt Herr Regierender Bürgermeister Diepgen (Berlin).

Eberhard Diepgen (Berlin): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte an die letzten Anmerkungen des Bundesfinanzministers anknüpfen. Es ist richtig, daß wir nicht nur über Stabilitätskriterien, nicht nur über Währungspolitik, sondern ein Stückchen auch über die **Vision einer ganzen Generation** reden. Die Vision einer ganzen Generation – meiner Generation, aber ich glaube, das kann man erweitern – ist **ein gemeinsames Europa mit einer einheitlichen europäischen Währung** als Antwort auf zwei Weltkriege. Ich glaube, wenn wir bei allen Fragen, über die wir hier diskutieren, abwägen, ob die Sorgen um die Stabilität der Währung begründet sind, müßten wir dennoch eine Entscheidung für das gemeinsame Europa und für eine gemeinsame Währung treffen, weil das die Herausforderung für Stabilität ist.

Ich nehme die Debatte auf, die der Kollege Lafontaine hier mit eröffnet hat: Es geht um **Stabilität in Europa, um ein Europa des Friedens, ein Europa der sozialen Gerechtigkeit**, um ein Europa, das sich in das „globale Dorf“, Herr Bundesfinanzminister, richtig einordnet. Es geht dabei um Entwicklungen, die wir heute mitzugestalten haben.

Deswegen sage ich hier in aller Offenheit: Bei den Abwägungsentscheidungen und den Debatten, die wir heute immer wieder führen, ist für mich die Konzentration auf das Thema der Ökonomie und auf die Fragestellung, welche Kriterien im Bereich der Währung und im Bereich der Fiskalpolitik dabei im Vordergrund stehen, zu kurz gegriffen. (C)

Stabilität in Europa muß **soziale Stabilität und Akzeptanz bei den Menschen** einschließen, übrigens bis hin zu den Themen, die der Bundeskanzler auch kurz angesprochen hat, nämlich im Hinblick auf die Zuständigkeiten einer größeren europäischen Einheit.

Glauben wir denn, daß wir Stabilität für die Menschen und sozusagen Geborgenheit für die Menschen, Akzeptanz der Politik bei den Menschen erreichen können, wenn wir beispielsweise in der Fiskalpolitik alles richtig machen, aber im Feld der inneren Sicherheit die internationale Kriminalität alles überwuchert und damit Verunsicherung bei den Menschen hervorruft?

Ich sage also: Der Begriff „Stabilität“ – da hat der Kollege Lafontaine recht – und die Debatte über Stabilität müssen ein Stückchen weiter gefaßt werden. Leider ist er jetzt nicht anwesend. Er hat vorhin in der Debatte die Bemerkung gemacht, der Bundeskanzler habe vielleicht aus Zeitgründen das eine oder andere nicht angesprochen. Ich vermute, der Kollege aus dem Saarland hat aus Zeitgründen nicht angesprochen, warum er denn im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, im Bereich der Reformüberlegungen eine Bremse eingebaut und die notwendigen Veränderungen im Sinne der von ihm angesprochenen Stabilität dabei gerade nicht ermöglicht hat. (D)

Er hat mich dankenswerterweise unmittelbar angesprochen auf ein Thema, das etwas mit der deutschen Einheit und mit Entwicklung zu tun hat. Es ist übrigens übertragbar auf europäische Entwicklungen in der Zukunft. Im Zusammenhang mit der Lohnentwicklung hat er ein Plakat aus dem Jahre 1990 kritisch angesprochen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit im gleichen Betrieb am gleichen Ort in der gleichen Straße.

Ich frage hier – diese Frage wird er aus Zeitgründen bei einer anderen Gelegenheit beantworten müssen –, warum er denn offensichtlich dafür ist, daß der Bereich der ehemaligen DDR ein Niedriglohnland ist. Ich sage aus meiner Verantwortung für die Stadt Berlin: Niedriglohnbezirke und Niedriglohnstrecken in ein und derselben Straße halte ich nicht für richtig, übrigens auch nicht im Sinne von Stabilität.

Damit sind wir bei Entwicklungen insgesamt in Europa und bei der Frage, ob es denn die Besorgnisse um die Stabilität, die heute überall diskutiert werden, wirklich geben muß. Darauf ist heute hier im Bundesrat und auch gestern mehrfach Antwort gegeben worden. Ich glaube, daß die Menschen in Deutschland die zusätzliche Stabilität durch die Außenwirtschaft, die Stabilität der Währung nach außen immer wieder sehr genau erfahren haben.

Eberhard Diepgen (Berlin)

- (A) Bei den Nachteilen durch **Währungsdisparitäten** geht es nicht nur um theoretische Fragestellungen. Ich erinnere mich sehr genau daran, daß große Unternehmen über mehrere Jahre unmittelbar Verträge auch im europäischen Bereich abgeschlossen haben, beispielsweise ein Berliner Unternehmen, auch in München beheimatet, mit Italien. Dann gab es eine Abwertung. Das Unternehmen, jedenfalls der entsprechende Teil der Produktion, ist nicht mehr vorhanden. Auch dieser Punkt ist entscheidend, wenn wir über die vermeintlichen oder tatsächlichen Ängste in bezug auf Währungsentwicklungen in Deutschland diskutieren.

Hier ist darauf hingewiesen worden, daß der **Begriff der Währungsreform** falsch sei. Er ist wirklich falsch. Ein Blick in die Geschichte von Währungsveränderungen ist allerdings auch spannend. Ich würde allen empfehlen, einmal in das vergangene Jahrhundert, etwa 130 Jahre, zurückzugehen. Was man da nachliest, entspricht übrigens den Ängstlichkeiten und Bedenken gegen jede Form von Veränderung. Man kann natürlich im Hinblick auf jede Veränderung wissenschaftlich ganz genau definieren, welche Risiken sich dabei im einzelnen ergeben. Das war vor 130 Jahren so, und das war vor 50 Jahren so.

Aber wir müssen nicht Risiken wissenschaftlich aufarbeiten, sondern wir haben eine politische Entscheidung zu treffen. Der Berliner Senat wird aus den Gründen, die ich eben kurz angedeutet habe – das überrascht Sie nicht –, hier zustimmen. Ich möchte mich jedoch zu zwei Themenbereichen äußern.

- (B) Mit der Dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion wird es eine **Dynamik in der europäischen Entwicklung** geben. Der Bundeskanzler hat darauf hingewiesen – er ist hier zitiert worden –, daß wir die Europäische Union eigentlich gerne vorher gehabt hätten. Aber auch durch die Währungsunion wird es eine Dynamik in der europäischen Entwicklung geben. Darauf müssen wir uns aus der speziellen Interessenlage des Bundesrates und der Länder heraus konzentrieren.

Wenn man hier schon darüber diskutiert, wo es denn **Besorgnisse der Deutschen gegenüber europäischen Entwicklungen** gibt, dann behaupte ich: Die meisten Besorgnisse bestehen im Hinblick auf eine **europäische Bürokratie** und die **Unübersichtlichkeit von europäischen Bestimmungen**. Deswegen sind aus meiner Sicht mindestens vier Punkte in Angriff zu nehmen.

(Vorsitz: Amtierender Präsident
Dr. Henning Scherf)

Einigkeit besteht hinsichtlich der **institutionellen Reform**. Dabei geht es um die Zuständigkeit der Parlamente und um die Frage, wie es mit den Zuständigkeiten und der Zusammensetzung der Europäischen Kommission weitergehen soll. Das ist hier angesprochen worden.

Wir müssen aus unserer Interessenlage heraus aber auch die Frage der Erarbeitung eines **europäischen Grundrechtskatalogs** in die Debatte einführen.

Vor allem ist es notwendig, die **Unübersichtlichkeit der rechtlichen Bestimmungen in Europa** zu überwinden. Es geht um die Kodifizierung der Vertragswerke. Der Kollege Stoiber hat – wie wir immer wieder feststellen können – sicherlich eine sehr gut ausgebauten Verwaltung und Experten zur europäischen Entwicklung in seiner Staatskanzlei. Er weist darauf hin, daß sie kaum übersichtlich ist. Es muß also, wenn wir die Mißverständnisse und die Sorgen der Menschen wirklich aufgreifen wollen, an diesem Punkt eine entscheidende Veränderung eintreten.

Damit komme ich zu einem Kernpunkt. Da habe ich den Kollegen Lafontaine nicht so recht verstanden. Jedenfalls hätte er leicht mißverstanden werden können. Aber vielleicht hängt das auch mit der Kürze der Zeit zusammen, die ihm zur Verfügung stand. Er hätte leicht dahin gehend mißverstanden werden können, daß er so etwas wie einen europäischen Zentralstaat möchte. Was er bei der Frage, wofür denn Europa demnächst die abschließende Zuständigkeit haben wird, alles aufgelistet hat, hat mich vor dem Hintergrund der Beschlüsse des Bundesrates doch ein wenig überrascht.

Meine These ist – das deckt sich mit den Diskussionen, die wir hier unter den Ländern geführt haben –: Es ist notwendig, eine **Aufgabenabgrenzung** vorzunehmen. Es ist notwendig, Handlungsspielraum im Sinne eines echten Verständnisses des Subsidiaritätsprinzips und dabei auch einer Regionalisierung zu haben. Ich bin der Auffassung, daß wir sehr genau darauf achten müssen, wo denn die Zuständigkeiten in Deutschland bleiben: in den Kommunen, in den Ländern, im Nationalstaat? Es kann nicht allein der Nationalstaat abgebaut werden. Das ist jedenfalls meine sehr dezidierte Position in diesem Punkt. Wichtig ist es, daß es eine **klare Enumeration der Aufgaben und der zentralen Organe Europas** gibt.

Ich komme im Hinblick auf die europäische Entwicklung zu einer weiteren Sorge, die ich habe. Hier ist mehrmals über die Ausdehnung der Europäischen Union gesprochen worden. Der Bundeskanzler hat wieder in eindrucksvoller Weise darauf hingewiesen, daß Krakau eine Stadt im Herzen Europas ist. – Richtig! Wir müssen sehr darauf achten, daß die Europäische Währungsunion nicht zu Hemmnissen in bezug auf die **Ausdehnung der Europäischen Union nach Mitteleuropa** führt. Diese Besorgnis jedenfalls habe ich.

Das Interesse, das ich hier für Berlin ausdrücklich formulieren möchte – aber das ist nicht nur ein Interesse Berlins, sondern ein deutsches Interesse –, besteht darin, daß die notwendigen Entscheidungen über die Ausdehnung der Europäischen Union bald getroffen werden.

Damit kommen wir zu Fragestellungen, die auch die Besorgnisse der Menschen umfassen. Sie reichen übrigens von der Entsende-Richtlinie – daran können Sie es festmachen – bis hin zu der Fragestellung etwa, welche Besorgnisse in den unmittelbaren Grenzbereichen der Euro-Regionen rund um die Oder, aber auch ein Stückchen weiter südlich bestehen. Das ist am Prozeß des Zusammenwachsens in Deutschland, nämlich an den unterschiedlichen öko-

Eberhard Diepgen (Berlin)

- (A) nomischen und sozialen Ausgangspositionen, die zu erheblichen Belastungen führen, abzulesen.

Ich möchte die Gelegenheit heute im Bundesrat nutzen, darauf hinzuweisen, daß ich leidenschaftlich für eine Ausdehnung der Europäischen Union einetrete. Ich bin zwar für schnelle Entscheidungen; ich bin aber auch der Meinung, daß wir uns die **Übergangsregelung** sehr sorgfältig ansehen müssen. Ich höre heute ab und zu, das sei eine Diskriminierung, das könne man nicht tun. Vor einem Verdrängen dieses Themas möchte ich jedoch heute schon warnen. Das ist keine Diskriminierung, auch nicht im Verhältnis beispielsweise zu Spanien oder Portugal. Auch wenn es ein paar Jahre länger dauert – ich lege mich da überhaupt nicht fest –, ist das keine Diskriminierung, sondern ein Aufnehmen der objektiven Probleme, die es im zusammenwachsenden Europa geben wird.

Nur durch die Übergangsregelung werden wir die Frage der **Sozialstandards** in Europa insgesamt lösen und die Gefährdung, die z. B. mit Sozialdumping und Ökodumping zusammenhängt, in einem zusammenwachsenden Markt überwinden können. Notwendig ist also die Veränderung der Institution. Das geht bis hin zu den rechtlichen Planungen für eine klare Definition, die in diesem dynamischen Prozeß der Währungsunion erforderlich wird. Es bedarf auch einer klaren Konzeption im Hinblick auf die Ausdehnung, die Öffnung der Europäischen Union, wobei sich diese im Ergebnis in zwei Geschwindigkeiten vollziehen kann. Dies darf nicht zu falschen Schlußfolgerungen führen.

- (B) Meine zweite Anmerkung betrifft sowohl Bemerkungen, die der Bundesfinanzminister glaubte machen zu müssen, als auch einige Äußerungen von Kollegen.

Der Kollege Teufel beispielsweise hat das Thema angesprochen: Wie sieht es eigentlich mit dem **nationalen Stabilitätspakt** aus? Er hat ein konkretes Konzept vorgetragen. Dieses ist heftig umstritten; ich will das nur unterstreichen. Ich glaube auch, daß die Lösungsansätze, die beispielsweise von Niedersachsen vorgetragen worden sind – sie reichen schon ein bißchen weiter; dabei geht es um die Berücksichtigung der tatsächlichen Belastung, der tatsächlichen Ausgangsposition einer Reihe von Ländern –, nicht weiterführen. Sie helfen etwas und sind vielleicht ein Kompromiß. Aber im Kern möchte ich auf folgendes hinweisen:

Wenn wir bei den unterschiedlichen Ausgangspositionen und den unterschiedlichen Ausgabeverpflichtungen der einzelnen Länder zu einem Stabilitätspakt kommen wollen, der – beispielsweise – die Kreditaufnahme oder das Haushaltswachstum begrenzt, und zwar unabhängig davon, wie denn die Sozialhilfeentwicklung tatsächlich ist, und unabhängig davon, welche Ausgaben im Bereich von Forschung und Entwicklung tatsächlich notwendig sind – aber ich bleibe nur einmal bei dem Bereich der sozialen Aufgaben, in dem es um eine Umsetzung des Sozialstaatsprinzips geht –, dann werden wir diese Probleme nur dann sachgerecht lösen können, wenn die Gesamtfrage der Finanzverfassung nicht nur in

bezug auf Initiativen einzelner Länder zum Länderfinanzausgleich, sondern auch im Zusammenhang mit diesem Thema mit aufgegriffen wird. Alles andere führt dazu, daß diejenigen, die objektiv erhebliche Lasten zu tragen haben, die sie nicht umgehen können, gegebenenfalls auch noch mit einer Pönale bedroht werden, nach dem Motto: Weil sie schon so mies dran sind, sollen sie noch mieser dran sein. – Ich vereinfache hier einmal ganz bewußt.

Das wollte ich einleitend in dieser Debatte mit darstellen. Denn ich befürchte, daß das Thema sonst schlicht und ergreifend technokratisch behandelt wird und daß dabei nicht berücksichtigt wird, daß Fiskalpolitik nun wirklich nicht der einzige Bereich ist, in dem wir gegenüber den Menschen in unserem Land Verantwortung tragen.

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen: **Zum Bau des europäischen Hauses gibt es keine Alternative.** Ich habe hier – Gott sei Dank – auch keine andere Position gehört. Die Währungsunion ist einer der tragenden Pfeiler dieses Hauses. Ohne ihn können wir keine weiteren Stockwerke aufbauen. Ohne ihn können wir auch keine Zwischenwände zu anderen Wohnungen einreißen. Deswegen ist es notwendig, daß auch wir, die Länder, diesen wichtigen Schritt im europäischen Einigungsprozeß heute in möglichst großer Geschlossenheit beschließen. – Vielen Dank.

Amtlierender Präsident Dr. Henning Scherf: Nächster Redner ist Herr Ministerpräsident Professor Dr. Biedenkopf (Sachsen).

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (Sachsen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß wir heute hier über den Übergang zur Dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion diskutieren können, hat einen inhaltlichen und einen Verfahrensgrund. Der inhaltliche Grund ist die erstaunliche Entwicklung in Europa hin zu immer mehr Integration, zu einem immer stärkeren Zusammenwachsen. An dieser Entwicklung hat Deutschland, haben insbesondere auch die Bundesregierung und Bundeskanzler Helmut Kohl großen Anteil.

Der Grund hierfür ist in unserer **Entschließung vom Dezember 1992** zu sehen. Wir haben uns in dieser Entschließung vorgenommen – ich komme später darauf zurück –, vor dem endgültigen Übergang zur Dritten Stufe noch einmal die Frage zu behandeln, ob die **Voraussetzungen für den Übergang zur Dritten Stufe** gegeben sind. Das ist der eigentliche Gegenstand unserer Beratung.

Daß diese Beratung zum Anlaß genommen worden ist, in vielfältiger Weise über die europäische Idee, über die Notwendigkeit Europas, über die historischen Wurzeln Europas, über die zukünftigen Aufgaben, die gelöst werden müssen, zu diskutieren, ist sicher außerordentlich hilfreich. Sie hat zugleich deutlich gemacht, wie groß die Aufgaben sind, die vor uns liegen. Ich werde auf einige dieser Aufgaben noch zurückkommen.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (Sachsen)

- (A) Die **historische Bedeutung** der Wirtschafts- und Währungsunion ist völlig unbestritten. Ebenso ist völlig unstrittig, daß sie kommen soll. Sie ist eine neue Qualität der europäischen Integration. Der Bundeskanzler hat das zum Ausdruck gebracht. Das ist auch meine Überzeugung. Diese wurzelt gerade in meiner Generation – der Bundeskanzler und ich sind fast gleich alt – in der eigenen Lebenserfahrung. Wir sind beide in einer Zeit aufgewachsen, in der wir den Krieg noch vollständig miterlebt haben, er das brennende Ludwigshafen und ich das brennende Merseburg. Wir haben uns beide in der Nachkriegszeit schon als junge Erwachsene mit Fragen auseinandersetzen müssen, deren Dimension sich die Menschen heute kaum noch vorstellen können: die zwangsweise Vorführung von Filmen über Auschwitz oder die Auseinandersetzungen über die Kollektivschuld. Wir haben uns – gerade meine Generation – den Aufbau, den Wiederaufbau unseres zerstörten Landes nur in Europa vorstellen können. Wir haben uns auch die Einheit nur in Europa vorstellen können. Wir haben uns vor allen Dingen aber den Frieden nur in einem geeinten Europa vorstellen können.

Adenauer hat schon 1957 in einer Rede – ich glaube, es war in Belgien – gesagt, daß die Römischen Verträge endgültig die Gefahr des Krieges in Westeuropa gebannt haben. Der Aufbau Europas hat dieses Fundament immer weiter gefestigt.

- (B) Der Wille zu diesem gemeinsamen Europa kam in den **Römischen Verträgen**, in der **Erweiterung der ursprünglichen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft**, in der **Einheit Deutschlands**, die nur möglich war durch die Einheit Europas, in den **Maastrichter Verträgen** und damit auch in der **Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion** zum Ausdruck.

Wir haben auch von Anfang an die wirtschaftlichen Vorteile der europäischen Einigung angestrebt. Es gab nie einen Gegensatz zwischen politischer und wirtschaftlicher Union in dem Sinne, wie es hier zum Teil angeklungen ist. Ganz im Gegenteil, es wurde immer als Einheit gedacht, und wir beklagen, daß es noch nicht möglich war, diese Einheit zu verwirklichen, und daß wir ihr in Amsterdam nicht sehr viel näher gekommen sind. Ich kann hier Präsident Santer ebenso zitieren wie seinen Vorgänger Jacques Delors.

All dies ist heute richtig; aber all dies war auch im Dezember 1992 schon richtig. Alles, was hier heute vorgetragen worden ist an durchschlagenden, überzeugenden und wichtigen Gründen, war bekannt, als dieses Hohe Haus, der Bundesrat, am 18. Dezember 1992 seine Entschließung faßte, in der er in großer Deutlichkeit zum Ausdruck brachte, wie er sich die weitere Entwicklung vorstellt.

All dies hat uns nicht davon abgehalten, in der Entschließung Versprechen abzugeben, von der Besorgnis der Bevölkerung zu reden und uns gewissermaßen als Anwälte für die Besorgnis der Bevölkerung selbst zu berufen.

Besorgnis der Bevölkerung. – Wir haben geantwortet: Wir wollen darüber wachen, daß die Kriterien

streng eingehalten werden. Wir wollen alles tun, um die Besorgnis der Bevölkerung zu zerstreuen. (C)

Bis heute ist der deutschen Politik dies noch nicht gelungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Besorgnis der Bevölkerung ist auch heute noch ziemlich hoch. Deshalb konzentriere ich mich auf die Aufgabe – so gerne ich jetzt über Institutionen in Europa, über Osterweiterung, über vieles andere reden möchte –, zu der Frage zu reden: Wie lösen wir dieses Versprechen ein?

Wir haben deshalb die Bundesbank befragt. Wir haben dem Votum der Bundesbank zu Recht eine große Bedeutung beigemessen und tun es hoffentlich auch weiter; denn die Bundesbank genießt gerade in diesen Fragen das allerhöchste Ansehen als Institution.

Das heißt, es geht in unseren heutigen Beratungen nicht um den Euro. Ich möchte das ganz ausdrücklich feststellen.

Über die Wirtschafts- und Währungsunion haben wir längst entschieden. Sachsen hat wie alle anderen Länder der Wirtschafts- und Währungsunion und damit einer gemeinsamen europäischen Währung zugestimmt. An dieser Zustimmung haben wir nie einen Zweifel gelassen.

Es geht heute allein um die Frage, mit welchen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die endgültige Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion begonnen werden soll und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen. Wer hat das Klassenziel erreicht? Wer hat das Klassenziel nicht ganz erreicht, aber wir drücken ein Auge oder vielleicht auch „eineinhalb“ Augen zu? Wie soll das aussehen, und wie wollen wir erreichen, daß die Defizite abgetragen werden? – Das ist das Problem, über das wir diskutieren. Über sonst nichts. (D)

Wenn es der Bundesrat mit seinem Vorbehalt vom Dezember 1992, diese Debatte noch einmal zu führen, nicht ernst gemeint hätte, hätte er die Entschließung zweifellos nicht gefaßt. Vor allen Dingen hätte er die Bundesregierung dann auch nicht ersucht, diesen Vorbehalt einer nochmaligen Befassung den Partnerländern, der Kommission und dem Europäischen Parlament mitzuteilen. Wir haben dieser Entschließung dadurch ein ganz besonderes Gewicht gegeben.

Es geht heute um die Bedeutung, die wir unserem damaligen Versprechen noch beimessen, und es geht um die Bedeutung, die wir dabei dem Votum der Bundesbank einräumen. Beides, meine sehr verehrten Damen und Herren, berührt das Vertrauen der Bevölkerung in die Richtigkeit unserer Entscheidung und in die Verlässlichkeit dessen, was wir sagen.

Politik beruht nun einmal nicht nur auf Rhetorik, sondern auch auf der Verlässlichkeit einmal eingenommener, grundsätzlicher Standpunkte.

Nicht die Finanzmärkte entscheiden über den Erfolg des Euro, sondern die Menschen entscheiden

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (Sachsen)

- (A) über den Erfolg des Euro. Wenn sie diese große Aufgabe als die ihre erkennen, dann wird sie auch erfolgreich gelöst.

Grundlage der Prüfung, die wir uns vorgenommen haben, waren die **Maastricht-Kriterien**. Die Einhaltung dieser Kriterien war 1992 nicht absehbar. Deshalb haben wir gesagt: Wir wollen das Ganze auf Wiedervorlage haben.

Wir waren damals – so steht es im ersten Absatz der betreffenden Ziffer der Entschließung – der Meinung, daß die Wirtschafts- und Währungsunion ein wichtiger Schritt zur Vertiefung der Integration im Rahmen der Europäischen Union sei – wörtlich –, „die so bald wie möglich zur Politischen Union ausgestaltet werden sollte“.

Wir haben diesen Willen heute wieder zum Ausdruck gebracht. Ich werde darauf gleich noch einmal zurückkommen.

Diese Entschließung war im übrigen auch die Grundlage für die **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts**, den Maastrichter Verträgen zuzustimmen. Das möchte ich auch in Erinnerung rufen. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt: Wir können die Wirkungen dieses Vertrages im Bereich der Währungsunion nicht abschätzen. Die Entwicklung ist ungewiß. Eine ungewisse Souveränitätsübertragung gibt es aber nicht. Also muß konkretisiert werden. Deshalb ist es gut – so hat das Bundesverfassungsgericht gesagt –, daß Bundestag und Bundesrat sich vorgenommen haben, diese Konkretisierung zu einem Zeitpunkt vorzunehmen, zu dem der Ablauf

- (B) erkennbar ist.

Unsere Entschließung, ebenso wie die wortgleiche Entschließung des Bundestages, war also gewissermaßen die Grundlage für die Verfassungsmäßigkeit der Maastrichter Verträge.

Wir reden nicht über irgendeine Entschließung des Bundesrates. In dieser Entschließung haben wir uns selbst Aufgaben gestellt, und ich kann es Ihnen zu meinem Bedauern nicht ersparen, sie kurz zu wiederholen.

Es heißt dort:

Der Bundesrat nimmt die Besorgnisse in der Bevölkerung über die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung ernst. Es muß daher alles getan werden, damit sich diese Sorgen als gegenstandslos erweisen.

Das war immerhin vor siebeneinhalb Jahren!

Die Stabilität der Währung muß unter allen Umständen gewährleistet sein.

Der Bundesrat erkennt dann an, daß die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank gesichert ist. Ich möchte das ausdrücklich mit dem Hinweis auf den **Stabilitätspakt** ergänzen, der später zum Stabilitäts- und Wachstumspakt entwickelt wurde. Er fährt fort:

Dabei werden beim Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion die Stabilitätskriterien eng und strikt auszulegen sein. Die

Entscheidung für den Übergang zur dritten Stufe kann nur auf der Grundlage erwiesener Stabilität, des Gleichlaufs bei den wirtschaftlichen Grunddaten und erwiesener dauerhafter Haushalts- und finanzpolitischer Solidität der teilnehmenden Mitgliedstaaten getroffen werden. (C)

Ich wiederhole: „... erwiesener dauerhafter Haushalts- und finanzpolitischer Solidität ...“. – Das haben wir damals beschlossen, einstimmig.

Sie darf sich

– fährt der Bundesrat fort –

nicht an Opportunitätsgesichtspunkten, sondern muß sich an den realen ökonomischen Gegebenheiten orientieren.

Eine sehr weise Selbstbeschränkung, von der ich nicht sicher bin, ob alle Redner des heutigen Tages sie noch in Erinnerung hatten; denn der überwiegende Teil dessen, was heute vorgetragen worden ist, bezog sich nicht auf diese Entschließung, sondern auf allgemeine politische Erwägungen. Das ist in Ordnung, nur muß man dann zumindest begründen, warum heute nicht mehr gilt, was damals festgelegt wurde.

Ich zitiere weiter:

Die Natur der Kriterien bedingt es, daß ihre Erfüllung nicht nur statistisch gesichert werden kann. Ihre dauerhafte Erfüllung muß vielmehr auch aus dem Verlauf des Konvergenzprozesses glaubhaft sein. (D)

Diesen haben wir ja inzwischen hinter uns. Interessant ist, daß z.B. die Gesamtverschuldung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in dieser Zeit von 55 % auf über 70 % gestiegen ist. – Ich wiederhole: Die dauerhafte Erfüllung muß aus dem Verlauf des Konvergenzprozesses glaubhaft sein.

Jetzt kommt das Entscheidende:

Der Bundesrat wird sich jedem Versuch widersetzen, die Stabilitätskriterien aufzuweichen, die in Maastricht vereinbart worden sind. Er wird darüber wachen, daß der Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion sich streng an diesen Kriterien orientiert.

Das ist das, was wir beschlossen haben.

Wenn diese Debatte und die Beschlußfassung letztlich einen Sinn machen sollen – so finde ich –, müssen wir das im Auge behalten; denn die heutige Beratung ist durch diese Entschließung ausgelöst und soll jetzt die Antwort auf das geben, was wir damals gesagt haben.

Besondere Bedeutung hat diese Prüfung deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil es uns nicht gelungen ist, eine Politische Union zu gestalten. Es gilt nach wie vor die Formulierung „so bald wie möglich“.

Nur, was ist die Konsequenz dieses Umstandes? – Die Konsequenz, die ja auch in dem Stabilitätspakt

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (Sachsen)

- (A) zum Ausdruck kommt, ist die, daß sich die Teilnehmerländer im Bezug auf diese Aufgabe und alles das, was sich darum gruppiert, so verhalten müssen, als gäbe es die Politische Union. Das heißt, sie müssen sich Bindungen unterwerfen oder selbst Bindungen eingehen, die anderenfalls im Rahmen einer Politischen Union, wie das der **Werner-Plan** 1970 vorsah, von einer Regierung – und sei es auch nur von einer partiellen Regierung – ausgehen würden. Der **Werner-Plan** verlangt ausdrücklich die Zuständigkeit für eine solche europäische Regierung, über Grundlagen der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik verbindlich entscheiden zu können.

Das bedeutet letztlich die Politische Union.

Die Aufgabe des Stabilitätspaktes ist es, dies zu bewirken. Das Ziel ist – wie es auch das Bundesverfassungsgericht sagt –, eine **Stabilitätsgemeinschaft** zu schaffen, eine **Stabilitätskultur** zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren, das ist nicht etwas, worüber wir ohne weiteres disponieren können. Die Stabilitätskultur und die Stabilitätsgemeinschaft sind die Grundlagen – bisher jedenfalls – der deutschen Währungs- und Geldverfassung gewesen. Wir haben die entsprechenden Verfassungsartikel – Unabhängigkeit der Zentralbank – im Blick darauf aufgehoben, daß sich diese Stabilitätskultur und Stabilitätspolitik in Europa fortsetzen. Der Vertrag liefert alle institutionellen Voraussetzungen dafür. Aber er kann natürlich den politischen Willen, dies umzusetzen, nicht ersetzen. Deshalb ist die Zeit der letzten sieben Jahre für die Bewertung so wichtig.

- (B) Wenn wir, die Bundesrepublik Deutschland, nun mit Blick auf die Dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion die Fragen stellen: „Haben wir unsere Hausaufgaben gemacht? Haben andere ihre Hausaufgaben gemacht? Wie weit haben sie sich entwickelt?“, dann ist das – ich sage das, um Mißverständnissen, die vielleicht aus einer entsprechenden Formulierung des Bundeskanzlers entstehen könnten, vorzubeugen – keine Schulmeisteri.

Euroland ist währungspolitisch Innenpolitik. Das heißt, alle, die an dem Euroland teilnehmen, sind währungspolitisch innenpolitisch gebunden. In der Innenpolitik ist es durchaus üblich, daß man sich, wenn auch in freundlicher Art, gegenseitig darauf aufmerksam macht, ob man gemeinschaftsbezogen richtig handelt.

Würden wir den Eindruck erwecken – das ist ein entscheidender Einwand gegen den vorliegenden Beschlußvorschlag und der Grund für einen Alternativvorschlag des Freistaates Sachsen –, daß wir uns aus Gründen unserer Vergangenheit, unserer Zurückhaltung, und unserer Größe, aus welchen Gründen auch immer, scheuen, uns nun in vernünftiger Form, aber doch in politischer Auseinandersetzung mit dem Fiskalverhalten und der Entwicklung in den Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion zu befassen, dann würden wir zwar nicht rechtlich, aber politisch dem Stabilitätspakt praktisch die Grundlage entziehen. Der Stabilitätspakt ist politisch nur durchsetzbar, wenn man sich auch öffentlich darüber streiten kann, ob jeder die Regeln ein-

hält, und auch öffentlich sagen kann, daß der eine oder andere etwas tun muß oder sich verpflichten muß, etwas zu tun, damit die Regeln eingehalten werden. Verzichten wir auf ein solches Verhalten, so erhöhen wir die Gefahr, daß die Bevölkerung mißtrauisch wird. Legen wir ein solches Verhalten an den Tag, so erhöhen wir die Chance, daß uns die Bevölkerung vertraut.

Das setzt allerdings voraus, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir uns darüber verständigen, was wir unter Stabilität verstehen. Nach der Rede von Herrn Kollegen Lafontaine bin ich nicht mehr so sicher, ob es da Einverständnis gibt. Und ich bin auch nicht ganz sicher, Herr Kollege Diepgen, ob ich Ihrem Stabilitätsbegriff ohne weiteres folgen kann.

Es gibt ganz **unterschiedliche Stabilitätsbegriffe**. Politische Stabilität z.B. heißt die allgemeine Stabilität eines Gemeinwesens. Das ist aber doch nicht gleichbedeutend mit der Stabilität einer Währung oder mit der Stabilität des Geldes.

Herr Kollege Lafontaine hat gesagt: Zur Stabilität gehören auch Wechselkurs und – ich sage es mit meinen Worten – Überwindung der Arbeitslosigkeit, also Vollbeschäftigung. Die Bundesbank sagt: Dauerhafte Erfolgchancen der Währungsunion werden „auch von einer befriedigenden realwirtschaftlichen Entwicklung in allen Teilen der Union“ bestimmt. Sie sieht diesen Zusammenhang durchaus, fährt aber fort:

Je weniger die Kriterien erfüllt sind und als dauerhaft gewahrt werden können, desto größer sind auch die Risiken für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in der WU. (D)

Das hat auch der Finanzminister vorhin ausgeführt.

Wir werden uns also ohne Zweifel sehr intensiv in den kommenden Jahren auch über das unterhalten und auch streiten müssen, was wir eigentlich unter Stabilität verstehen.

Wie ist nun dieser Prozeß verlaufen? Ich will uns nicht mit den statistischen Angaben langweilen. Ich will nur auf einen Punkt eingehen, auf den **Konvergenzbericht der Bundesregierung vom März 1997**. Da heißt es noch:

Das Ausmaß der angestrebten Rückführung der Staatsverschuldung blieb insgesamt betrachtet unbefriedigend.

Es folgt der richtige Satz:

Nur eine dauerhaft nachgewiesene Stabilitätskultur auch im Bereich der öffentlichen Finanzen sichert die Grundlage für eine stabile europäische Währung.

Ich kann in einem Rückgang der Neuverschuldung innerhalb von zwei Jahren oder einem leichten Absinken der Gesamtverschuldung im letzten Jahr noch keine nachgewiesene dauerhafte Stabilität des Finanzverhaltens erkennen. Das muß uns nicht daran hindern, trotzdem zu sagen, daß das richtig ist. Aber es muß uns dann veranlassen, es zu begründen.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (Sachsen)

- (A) Die Kommission hat elf Teilnehmer vorgeschlagen und gesagt: Sie können alle mitmachen. – Die Bundesbank ist da etwas zögerlicher. In Bezug auf den Vorschlag der Kommission macht sie Vorbehalte geltend, und zwar vor allen Dingen mit Blick auf die finanzpolitische Verhaltensweise einiger der vorgeschlagenen Mitglieder. Daß die Kommission diesen Vorschlag mit etwas größerer Großzügigkeit macht, kann ich verstehen. Daß sie, insbesondere was die sehr hohe Verschuldung von Belgien und Italien angeht, bestimmte Erklärungen abgibt, die damit gewissermaßen auch die Bewertungsmaßstäbe etwas verschieben, will ich ihr ebenfalls nicht ankreiden.

Mir ist wichtig, daß wir uns neben der Kommission auch des Rates der Bundesbank und des Europäischen Währungsinstituts bedienen. Ich will mich hier auf die Bundesbank beschränken.

Wir hatten – wenn ich daran erinnern darf – uns vorgenommen, daß wir ebenso wie der ECOFIN-Rat und der Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs prüfen. Das steht in unserem Beschluß. Die Bundesbank sagt ausdrücklich, daß sie sich auf das beschränkt, wofür sie zuständig ist. Aber ihr Votum genießt hohes Vertrauen.

Der vorliegende Beschlußvorschlag des Bundesrates wird einer Prüfung in dem von mir soeben skizzierten Sinne nach meiner Überzeugung nicht gerecht. Er reduziert sich im wesentlichen auf zwei Feststellungen.

Die eine Feststellung lautet:

(B)

Allerdings sind weiterhin deutliche Anstrengungen erforderlich, um eine tragbare Finanzlage der öffentlichen Haushalte nachhaltig und dauerhaft zu gewährleisten, zumal der starke Rückgang der Haushaltsdefizite im Jahre 1997 auch auf einmalig wirkende Maßnahmen zurückzuführen ist.

Das ist eine sehr wohlwollende Beschreibung des Sachverhalts.

In der Schlußfolgerung der Beschlußformel heißt es: Der Bundesrat

hält den Übergang zur Dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion für stabilitätspolitisch vertretbar und stimmt ihm in der Erwartung zu, daß auf die Nachhaltigkeit der erzielten Konvergenz – ohne zusätzliche EU-Transferleistungen – auch in Zukunft besonders hingewirkt wird.

Warum ist diese Beschlußvorlage nach Auffassung der Sächsischen Staatsregierung und auch des Landtages nicht ausreichend?

Sie enthält keine klare Aussage über die Teilnehmer und die vorgenommene Prüfung. Wir beziehen uns auf Kommission, EWI und Bundesbank.

Sie befaßt sich aber auch nicht im einzelnen mit dem, was die Bundesbank dazu gesagt hat.

Vor allem gibt es in dem gesamten Beschlußvorschlag keinen Hinweis darauf, welche Brücke zwischen der Entschließung von 1992 und diesem Beschluß tatsächlich besteht. Es wird gar nicht der Versuch gemacht, mögliche Abweichungen oder Korrekturbedarf zu erläutern. Es heißt im eigentlichen Beschlußvorschlag, man erwarte, daß die **Nachhaltigkeit der erzielten Konvergenz** erhalten bleibe. (C)

Was ist aber mit den Konvergenzleistungen, die noch nicht erzielt sind? Die Bundesbank hat zu einem ganz erheblichen Teil Besorgnisse wegen fehlender bisheriger Konvergenzleistungen geäußert. Der Bundesrat nimmt das nicht zur Kenntnis, sondern er bezieht sich nur auf das, was schon geschehen ist. Das ist völlig unvereinbar mit dem Bericht der Bundesbank, aber auch völlig unvereinbar mit dem, was wir im Dezember 1992 der Bevölkerung versprochen haben zu tun.

Man kann darüber streiten, ob die in einem Einschub zwischen zwei Bindestrichen enthaltenen drei Worte über **Transferansprüche** dem Problem wirklich gerecht werden. In der öffentlichen Anhörung durch den Finanz- und Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages hat der Bundeskanzler darauf hingewiesen, daß wir noch Auseinandersetzungen wegen Transferleistungen vor uns haben werden. Die **Frage der Transferleistungen beschäftigt die Menschen in Ostdeutschland besonders**. Sie möchten nicht, daß die Situation entsteht, daß Transferleistungen, die zusätzlich aus politischen Gründen – nicht, weil sie schon beschlossen sind –, etwa zur Erhaltung der Stabilitätspolitik, erforderlich werden könnten und die wir dann aus politischen Gründen nicht zurückweisen könnten, mit den innerdeutschen Anstrengungen zum Wiederaufbau Ostdeutschlands in Konkurrenz treten. Ich möchte das nur einmal erwähnen. (D)

Wir haben uns in der Beschlußvorlage keine Mühe gemacht, auf die Aussagen der Bundesbank einzugehen, noch nicht einmal insoweit, als die Bundesbank Aufgaben beschreibt, die noch gelöst werden müssen – was ja nun wirklich nahegelegen hätte. Wenn ich die Debatte heute an mir Revue passieren lasse, dann ist fast nur über diese Aufgaben gesprochen worden. Aber es war nicht möglich, Bereitschaft dafür zu wecken, wenigstens die zentralen Aufgaben, soweit sie mit der Währungsunion verbunden sind, in unsere Beschlußvorlage aufzunehmen, um der Bevölkerung zu signalisieren: Das, was wir uns 1992 vorgenommen haben, ist zwar so nicht durchführbar, aber wir sehen, daß es noch gemacht werden muß, und wir wollen es zu unserem politischen Bestreben machen, daß es noch gemacht wird; in diesem Zusammenhang stimmen wir dann zu.

Das sind einige der wesentlichen Gründe, warum wir dieser Beschlußvorlage so nicht zustimmen können.

Den letzten möchte ich aber auch nicht verhehlen: Wir haben es nicht geschafft, in der jetzigen Vorlage des Bundesrates darauf hinzuweisen, daß die **Politische Union nach wie vor unser Ziel** bleibt. Das heißt, selbst dieser Satz aus der Empfehlung von 1992 taucht nicht mehr auf. Ich finde, meine sehr verehr-

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (Sachsen)

- (A) ten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß wir mit dieser Beschlußvorlage unserer Verpflichtung nicht gerecht werden.

Vor allen Dingen aber – und das ist der zentrale und letztlich ausschlaggebende Punkt für uns gewesen – erweckt der Beschluß den Eindruck, daß die Bundesbank für den Beginn der Dritten Stufe der Europäischen Währungsunion mit elf Teilnehmern das Zeugnis „stabilitätspolitisch vertretbar“ ausgestellt hat. Das stimmt nicht. Das steht in einem SPD-Antrag, der im Bundestag diskutiert wird. Das hat aber heute morgen der Bundeskanzler gesagt – wenn ich ihn richtig verstanden habe.

Die Bundesbank hat das nicht getan. Ich möchte dazu, weil mir das wirklich wichtig ist, den Bundesbankpräsidenten selbst zitieren, der ja vor dem Finanzausschuß und dem Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages am 3. April Stellung genommen hat:

Die vom Zentralbankrat nach eingehender Beratung einstimmig verabschiedete Stellungnahme befaßt sich mit der Bedeutung der Konvergenz für das nachhaltige Gelingen der Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft und mit der tatsächlichen Konvergenzlage. Ebenso wie der Konvergenzbericht des Europäischen Währungsinstitutes enthält sie jedoch keine Empfehlung für die Mitgliedschaft ab 1999. Sie unterscheidet sich damit auch vom Konvergenzbericht der Kommission, der neben einer Bewertung der Konvergenzlage auch Empfehlungen gemäß Artikel 109j Abs. 2 des EG-Vertrages enthält.

- (B) Das heißt: Empfehlungen über die Mitgliedschaft.

Die Verantwortung für die Auswahl der Teilnehmer liegt nach dem Vertrag allein bei den politischen Instanzen.

Das heißt: bei uns, und wir können uns nicht auf die Bundesbank berufen.

Zu der Kommissionsempfehlung sagt die Bundesbank nach den Worten ihres Präsidenten:

Der von der Kommission vorgelegten Beurteilung der Konvergenzlage kann die Bundesbank jedoch nur mit Vorbehalten zustimmen. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Erfüllung des Kriteriums einer „auf Dauer tragbaren Finanzlage der öffentlichen Hand“.

Diese „auf Dauer tragbare“, also nachhaltige „Finanzlage der öffentlichen Hand“ hatten wir zu prüfen versprochen. Wir haben auch versprochen zu sagen: Wenn sie nicht vorliegt, dann Vorsicht!

Ich hätte mir gewünscht, daß in der Beschlußvorlage des Bundesrates jetzt zumindest zu der Frage Stellung genommen wird, warum wir im Blick auf dieses Votum der Bundesbank gleichwohl der Meinung sind, daß wir es doch riskieren können.

Der Oppositionsführer im Sächsischen Landtag hat gesagt: Sie müssen Ihr Herz über die Hürde werfen! – Das ist ein schönes Bild. Nur, ich möchte gerne wissen, wo das Herz auf der anderen Seite ankommt

und ob es dann auch noch für Europa schlägt. Diese – so würde ich sagen – auch sehr emotionale Einstellung zu Europa teile ich durchaus. Aber meine Ausbildung und meine Lebenserfahrung sagen mir, daß man gerade in Fragen, in denen Interessenkonflikte abzusehen sind, besonders nüchtern und sachlich an die Dinge herangehen muß.

Fazit jedenfalls: Die Bundesbank hat nicht über Teilnehmer entschieden, nur die Kommission, und hier ist sie auf Vorbehalte bei der Bundesbank gestoßen. Die Bundesbank hat große Bedenken in bezug auf Italien und Belgien angemeldet und hat deshalb die Zustimmung – der Zustimmungssatz „... stabilitätspolitisch vertretbar ...“ ist ein Konditionalsatz – von zusätzlichen Verpflichtungen abhängig gemacht. Das hat der Bundesbankpräsident in der Anhörung noch einmal ausdrücklich klargestellt.

Um diese Klarstellung geht es uns in unserem Antrag, von dem ich befürchten muß, daß er abgelehnt wird. Gleichwohl, der Versuch war es wert. Wir orientieren uns dabei ausschließlich an dem Bundesbanktext. Wir beziehen uns im übrigen zum Teil auf den Entwurf zu unserem heutigen Beschluß, den die zuständigen Europareferenten der Finanzminister aller Bundesländer beraten und einstimmig verabschiedet haben. Das ist ein für mich noch unaufgeklärtes Phänomen. Es ist ein Entwurf beraten und einstimmig verabschiedet worden, den wir sofort hätten unterschreiben können. Da stand das alles drin, was noch geleistet werden muß und wie die Aufgaben aussehen. Auf irgendeine miraculöse Weise ist dieser Entwurf verschwunden. An seine Stelle ist die jetzige Beschlußvorlage getreten, die wir für unzureichend halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will Ihnen unseren Antrag nicht im einzelnen vortragen. Ich will Ihnen nur sagen, daß es uns darauf ankam, zwei Dinge zu leisten: erstens auf die Bundesbank einzugehen und zweitens die Aufgaben der Zukunft zu beschreiben.

Warum das? – Weil wir glauben, daß wir die Menschen auf diese Reise ins Euroland nur dann wirklich mitnehmen können, wenn sie wissen, warum. Und da reicht der Hinweis, daß die Finanzmärkte das Euroland begrüßen, nicht aus. Die Finanzmärkte haben vor einem Jahr auch die Investitionen in Indonesien begrüßt. Meine Schreibtische haben sich gefüllt mit Finanzierungsangeboten. Ein Jahr später war dort eine Katastrophe ausgebrochen. Ich will die Finanzmärkte nicht unterschätzen; wir brauchen sie. Aber in erster Linie brauchen wir die Menschen. Die Menschen müssen verstehen, warum das alles stattfindet. Wenn ich nur alles zusammenzähle, was heute morgen an zusätzlichen Aufgabenstellungen beschrieben worden ist: die Elastizität des Arbeitsmarktes, die Umstrukturierung der Sozialpolitik, die Erneuerung und Veränderung vieler Bereiche des Lebens. – Es ist doch ganz normal, daß das kommt! Aber die Menschen müssen wissen, warum sie das alles machen sollen. Um Transaktionskosten zu sparen? 80 oder 90 % der Bürger wissen gar nicht, was das ist.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (Sachsen)

- (A) Natürlich kann sich das in der Belebung der Wirtschaft niederschlagen und wird es wahrscheinlich auch. Aber jetzt will ich mir einmal das Argument von Herrn Diepgen zu eigen machen, daß man nicht alles ökonomisch sehen darf: Die öffentliche Begründung, insbesondere die Werbung für den Euro in den letzten Jahren, die Anzeigen und die sonstigen Werbematerialien, war fast ausschließlich eine ökonomische Begründung. Stichwort „billigere Reisekosten“: Ich erinnere mich noch an die unsinnige Behauptung, wenn man durch alle 15 Länder fahre, blieben von 100 DM noch 3,50 DM übrig, weil man alles andere als Umtauschkosten abliefern müsse. Insgesamt war das eine ökonomische Werbung.

Ich hätte mir gewünscht, daß man dazugesagt hätte: Wir haben im zukünftigen Europa riesige Aufgaben vor uns, etwa Aufgaben im Osten. Vaclav Havel hat vor einiger Zeit in Dresden gesagt: Wenn der Osten in Europa instabil wird, wird ganz Europa instabil. Wir haben ein existentielles Zukunftsinteresse, daß das nicht passiert. Das wird Kraft kosten, und diese Kraft werden wir steigern können, wenn wir sie bündeln. Dazu kann die Währung dienen.

Die zweite große Herausforderung für Europa wird der Mittelmeerraum sein. Es zeichnen sich jetzt schon Zwangswanderungen von Süden nach Norden ab, vorangetrieben durch die Ausdehnung der Wüsten, den Rückgang der Wasserversorgung und das Hungern der Menschen sowie den Fundamentalismus. Auch da werden wir viel Kraft brauchen.

Der frühere Präsident des Europäischen Parlaments Hänsch hat gestern in Frankfurt gesagt:

- (B) So wichtig der Blick auf die Vergangenheit ist und so bedeutsam das Fundament ist, das wir aus dieser Vergangenheit für Europa beziehen, so wichtig ist es jetzt, der jüngeren Generation die Zukunftsaufgaben vorzustellen. Die Vergangenheit reicht allein nicht mehr aus, um die Anstrengungen für Europa in der Zukunft zu legitimieren.

Und er hat recht! Das ist auch das, was meine Kinder und deren Freunde mir sagen.

Also sprechen wir doch über diese großen Zukunftsaufgaben! Sagen wir den Menschen: Für diese Aufgaben, die beide, sowohl der Mittelmeerraum als auch der Osten, die Existenz unserer heutigen Lebensweise in Westeuropa betreffen und durchaus beeinflussen können, brauchen wir eine Bündelung der Kräfte, eine Bündelung der politischen, der geistigen, der kulturellen und der wirtschaftlichen Kräfte – in dieser Reihenfolge! Und für die Bündelung der wirtschaftlichen Kräfte brauchen wir die europäische Währung.

Wenn wir das den Menschen, jedenfalls andeutungsweise, in unserer Resolution sagen würden, dann hätten wir zustimmen können. Dann hätten wir sagen können: Dafür nehmen wir die gesamten Risiken, die noch nicht bewältigt sind, und auch die Schwierigkeiten in Kauf, den Menschen zu erklären, warum wir das ursprüngliche Versprechen von 1992 nicht eingelöst haben. Aber so, in dieser Nacktheit, in dieser Beziehungslosigkeit zu der Aufgabe, die

wir uns Ende 1992 gestellt haben, kann der Freistaat Sachsen dieser Entschliebung nicht zustimmen. (C)

Amtierender Präsident Dr. Henning Scherf: Nächster Redner ist der Bayerische Ministerpräsident Dr. Stoiber.

Dr. Edmund Stoiber (Bayern): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren! Die Entscheidung über die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion – das ist sowohl am 2. April bei der Debatte im Deutschen Bundestag als auch gestern von mehreren Rednern zum Ausdruck gebracht worden – ist eine der wichtigsten Entscheidungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Sie ist in ihrer Bedeutung meines Erachtens nur vergleichbar mit den Entscheidungen beispielsweise über die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, über die Westbindung Deutschlands, die Ostverträge und die Wiedervereinigung.

Für jedes Land ist die eigene Währung etwas Besonderes, ein Symbol. Aber für uns Deutsche ist die stabile D-Mark noch viel mehr: Sie ist ein Identifikationsmerkmal Nachkriegsdeutschlands. Sie steht für das wiedergewonnene Ansehen unseres Landes.

Wenn man jene großen Entscheidungen, die ich gerade zitiert habe, mit der heutigen vergleicht, dann fällt auf, mit welcher unterschiedlicher Intensität die Diskussion darüber geführt wurde. Seinerzeit wurde hart um die Grundlagenentscheidungen Deutschlands gerungen und gestritten. Millionen von Menschen sind pro und kontra auf die Straße gegangen. Die Diskussion über den Euro wurde in vergleichbarem Maße nicht geführt. Auch dies ist eine Ursache für die in der Bevölkerung nach wie vor bestehende Skepsis. (D)

Ein Diskussionsbeitrag über Chancen und Risiken wurde lange Zeit als Gegnerschaft zu Europa abqualifiziert. Aber diese Diskussion über die Chancen und die Risiken ist notwendig, um das **Vertrauen der Menschen** zu gewinnen. Man muß das Für und das Wider kennen, bevor man eine Entscheidung trifft. Nur wer die Chancen, aber auch die Risiken kennt, der kann die Chancen nutzen und die Risiken vermeiden.

Zu den Chancen gehört:

Preise und Kosten werden für den Verbraucher unmittelbar **vergleichbar**. Dies belebt den Wettbewerb und spart dem Verbraucher Geld.

Es ist gesagt worden: Mit dem Euro entfällt das **Wechselkursrisiko** und damit natürlich ein bestehendes erhebliches Handelshemmnis im Binnenmarkt.

Transaktionskosten und Wechselkosten beim Umtausch entfallen. Auch das ist hier ausgeführt worden.

Eine europäische Währung kann sich mit der Zeit zu einem echten **Gegengewicht zum US-Dollar** entwickeln. Das reduziert unsere Abhängigkeit von der amerikanischen Währung.

Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) Eine gemeinsame Währung kann schließlich auch einen entscheidenden und wichtigen Impuls für die weitere europäische Integration geben.

Diese unbestrittenen Chancen der Währungsunion sind aber untrennbar, Herr Kollege Lafontaine, mit der **Stabilität**, mit der Preisstabilität des Euro verbunden. Eine europäische Währung – darin stimme ich dem Kollegen Biedenkopf und anderen ausdrücklich zu – ist natürlich kein Selbstzweck. Nur ein stabiler Euro bringt Vorteile für die Bürger in Deutschland, die ja seit 50 Jahren mit unserer harten D-Mark gut gefahren sind.

Eine stabile Währung ist Rahmenbedingung für niedrige Zinsen und damit eine Vorbedingung für ein günstiges Investitionsklima und neue Arbeitsplätze.

Eine stabile Währung ist schlechthin die Voraussetzung, um den Wert von Arbeitseinkommen und Renten, von Lebensversicherungen und Ersparnissen zu erhalten. Stabilitätspolitik ist deshalb in hohem Maße auch **Sozialpolitik**.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich die Entscheidung nicht leichtgemacht. Auf der einen Seite gibt es in vielen Staaten erhebliche Stabilitätsfortschritte, die man zum Teil bis vor kurzem kaum für möglich gehalten hat. Das ist ein großer Fortschritt für Europa. Auch Italien, das ja auch im Bundesbankbericht deutlich angesprochen wird, hat jetzt auf die Forderungen des Bundesfinanzministers positiv reagiert und angekündigt, sein Defizit in den nächsten fünf Jahren auf unter 100 % des Bruttoinlandsproduktes zu senken. Der italienische Finanzminister hat die Diskussion in Deutschland nicht als eine Einmischung in innere Angelegenheiten Italiens betrachtet, sondern die Diskussion aufgegriffen.

(B)

Ich stelle fest, daß die Diskussion über diese Fragen vor allem in der CSU geführt worden ist. Mit Massivität haben wir uns gegen jede Aufweichung der Konvergenzkriterien gestemmt. Sie erinnern sich: Es war nicht immer allgemeine Meinung, daß die 3,0 % von entscheidender Bedeutung sind. In diesem Zusammenhang ist z. B. „Komma-Fetischismus“ gehöhnt worden. Diese Diskussion hat sicherlich dazu beigetragen, daß sich alle Länder innerhalb der Europäischen Union bemüht und es auch erreicht haben, unter die 3 % oder an die 3 % zu kommen.

Auf der anderen Seite gibt es trotz der erfreulichen Konvergenzfortschritte natürlich noch Problemfelder. Insbesondere die Gesamtstaatsverschuldung mancher Länder bereitet ernste Sorge.

Der heutigen Entscheidung liegt ein schwieriger Abwägungsprozeß zugrunde. Deswegen war es notwendig, daß zusätzlich zu den Berichten von Europäischer Kommission und Europäischem Währungsinstitut auch die höchste währungspolitische Autorität in Deutschland, die Deutsche Bundesbank, ihr Urteil abgegeben hat. Das war ja ursprünglich im Verfahren nicht vorgesehen.

Zur **Deutschen Bundesbank**, Herr Kollege Biedenkopf, bin ich ein bißchen anderer Meinung, weil ich

den Bericht der Deutschen Bundesbank wie Sie und wie alle anderen intensiv mit dem Bericht des Europäischen Währungsinstituts und z. B. auch mit dem der holländischen Zentralbank verglichen habe, die ein sehr dezidiertes Urteil abgegeben hat. Allerdings sind andere Zentralbanken, aus welchen Gründen auch immer, nicht zu der Schlußfolgerung gekommen, daß grundsätzlich die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion stabilitätspolitisch vertretbar erscheint. Diese Feststellung der Deutschen Bundesbank ist schon ein Unterschied zu den Verlautbarungen anderer Zentralbanken. (C)

Weil – und das ist für mich entscheidend – auch die Deutsche Bundesbank die Risiken für beherrschbar ansieht, sollten und müssen wir die Chance der gemeinsamen europäischen Währung ergreifen. Wir vertrauen der Bundesbank, meine sehr verehrten Damen und Herren, und den Empfehlungen, die sie gibt, die umgesetzt werden müssen. Deswegen werden wir der Wirtschafts- und Währungsunion auch zustimmen.

Allerdings hat die Bundesbank der Politik auch Mahnungen und Anforderungen mit auf den Weg gegeben. Einfach ja zu sagen, das reicht nicht. Wir stehen hier alle gemeinsam in der Verpflichtung der Bürger, und wir müssen das Versprechen von 1992 einlösen, daß der Euro so stabil sein und bleiben wird wie die Deutsche Mark.

Vor diesem Hintergrund ist der vorliegende Entschließungsentwurf ergänzungsbedürftig. (D)

Die Bundesbank fordert weitere **vertrauensstärkende Festlegungen** aller Teilnehmerstaaten an der Währungsunion für einen dauerhaft stabilen Euro. Das ist die Grundlage und der Kern unseres Antrages.

Wir fordern dezidiert: **Belgien und Italien** müssen sich zu zusätzlichen substantiellen Anstrengungen verpflichten, ihren Schuldenstand abzubauen. Nur einmal wirksame Maßnahmen zur Defizitreduzierung müssen durch dauerhaft wirksame Maßnahmen ersetzt werden. Es darf keine Überschreitung des im Stabilitätspakt verankerten Referenzwertes von 3,0 % geben, auch nicht unter Berufung auf Beschäftigungsmaßnahmen.

Meine Damen und Herren, Bayern will mit diesen Forderungen auch ein deutliches Signal geben, daß der Bundesrat eisern an der Stabilität des Geldes festhält. Hier stimmen wir mit Sachsen durchaus überein. Beide Länder greifen die Forderungen der Bundesbank auf und erwarten, daß sie umgesetzt werden.

Meine Damen, meine Herren, jetzt kommt es darauf an, daß die Währungsunion ein Erfolg wird. Dazu müssen wir konsequent den Stabilitätskurs weiterverfolgen. **Geschäftsgrundlage der Währungsunion** sind die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und die Stabilität der Europawährung.

Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) Leider wird diese Geschäftsgrundlage von der europäischen Sozialdemokratie heute in Frage gestellt. Schon rütteln viele an der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Ganz offen erklärte Innenminister Chevènement in der Debatte in der Französischen Nationalversammlung: „Wir sind hier in einem dogmatischen Konzept gefangen: die absolute Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank.“ Sein Chef, Ministerpräsident Jospin, will den Euro-Rat als Gegengewicht zur unabhängigen Europäischen Zentralbank. Das Parlament in Paris hat einen Euro-Ausschuß eingerichtet, dem die Europäische Zentralbank ihre Legitimation und ihre Berechtigung sozusagen begründen soll, wenn sie Entscheidungen trifft.

Das Europäische Parlament will die volle Rechenschaftspflicht der Europäischen Zentralbank, also das genaue Gegenteil von Unabhängigkeit. Das Europäische Parlament bewegt sich hier natürlich außerhalb des Vertrags von Maastricht und will mehr, als es seiner Kompetenz entspricht. Das sind für mich Angriffe auf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank.

Zudem ist der durch die Wirtschafts- und Währungsunion und durch den Stabilitätspakt vorgegebene finanzielle Handlungsspielraum der europäischen Sozialdemokratie offensichtlich zu eng. Schon heute versucht sie, diesen Handlungsspielraum – wir haben das auch heute wieder gehört – für schuldenfinanzierte Projekte zu Lasten der Stabilität auszuweiten.

- (B) Der Ministerpräsident von Frankreich will europäische Beschäftigungspolitik nicht auf der Grundlage, sondern auf Kosten der Währungsstabilität akzeptieren.

Ich bin dankbar dafür, daß der Bundesfinanzminister, Kollege Waigel, den **Stabilitätspakt**, der noch eine sehr, sehr große Bedeutung in der Realisierung bekommen wird, gegen alle Widerstände durchgefochten und entschlossen allen Angriffen darauf in den letzten Jahren getrotzt hat. Der Einsatz des Bundesfinanzministers hat deutsche Stabilitätskultur, die ja erfolgreich war, zur Grundlage für den Euro gemacht.

Ich will noch einmal aufgreifen, was Kollege Biedenkopf gesagt hat. Wenn ich hier auf den Beitrag der französischen Regierung eingehe, wenn ich hier einzelne Mitglieder der französischen Regierung wegen ihrer Debattenbeiträge im Parlament in Paris kritisiere, dann mische ich mich nicht mehr in innere Angelegenheiten eines anderen Staates ein. Das ist **europäische Innenpolitik** und damit natürlich auch deutsche Innenpolitik. In der Währungsunion haben finanzpolitische Maßnahmen eines Staates Auswirkungen auf alle anderen Staaten.

Die Währungsunion ist ja nun eine Schicksalsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb. Jeder ist von den Fehlern des anderen betroffen. Das wird immer noch nicht voll verstanden. Unsere Entscheidungen sind natürlich der innenpolitischen Kritik aller übrigen Mitgliedstaaten ausgesetzt, aber genauso sind

damit natürlich Entscheidungen anderer Regierungen innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion oder der Europäischen Union in unserer innenpolitischen Diskussion der Kritik ausgesetzt. Das ist nicht mehr eine Frage der Diplomatie, das ist nicht mehr eine Frage sozusagen der Pflege von Beziehungen zu anderen Staaten, sondern das ist die innenpolitische Auseinandersetzung um gemeinsame Projekte. (C)

Meine Damen, meine Herren von der SPD, Sie haben gestern in Ihrem Antrag im Bundestag gefordert, die Bundesregierung solle sich dafür einsetzen, „daß auch nach dem Eintritt in die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion die Teilnehmerländer zu einer konjunkturgerechten Haushalts- und Finanzpolitik in der Lage sind“.

Was kann das anderes bedeuten, als daß Konjunkturspritzen weiterhin möglich sein sollen, auch wenn sie den Vorgaben des Stabilitätspaktes widersprechen? „Deficitspending“ ist das Ziel. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Stabilitätspakt ist, wenn er ernst genommen wird, nationaler Handlungsspielraum bewußt freiwillig zugunsten der Stabilität eingeengt. Es bedeutet natürlich letztlich auch eine Absage an Keynes, wenn man diesen Stabilitätspakt in der richtigen Weise versteht.

Wie Jospin will auch die SPD letzten Endes die Stabilität der Währung falschen beschäftigungspolitischen Maßnahmen unterordnen. Kollege Lafontaine hat in seinem Debattenbeitrag Stabilität in einer eigenartigen Weise gegen die Instabilität des Arbeitsmarktes ausgespielt. Die **stabile Deutsche Mark** – das ist im Bewußtsein von Millionen von deutschen Bürgerinnen und Bürgern, nicht nur der alten, also nicht nur der Mutter von Herrn Kollegen Eichel, die 93 Jahre ist; er hat zitiert, welche Sorgen diese alte Dame wegen der noch in Erinnerung befindlichen zwei Hyperinflationen in Deutschland hat, das ist im kollektiven Bewußtsein der Deutschen enthalten, nicht nur im individuellen Bewußtsein –, die stabile Deutsche Mark war die Grundlage für den beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. (D)

Eine stabile Währung ist sicherlich nicht alles – da stimme ich Herrn Lafontaine und Herrn Eichel auch zu –, doch sie ist das Fundament jeder erfolgreichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die Praxis zeigt, daß Staaten mit einer stabilen Währung langfristig das höchste **Wirtschaftswachstum** haben. Und nur mit einer stabilen Währung sind auch Sozialleistungen auf einem hohen Niveau möglich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollege Eichel hat in seinen Ausführungen Investitionsprogramme angesprochen, indem er auf die europäischen Netze hingewiesen hat. Auf meine Zwischenfrage, wie er das bezahlen wolle, hat er deutlich gesagt: durchaus auch kreditfinanziert etc. Damit ist man natürlich bereit, die Stabilität der Währung nicht zum Maß der Dinge zu erheben und sie letzten Endes zu gefährden.

Hier liegt – das wird sicherlich Gegenstand der Auseinandersetzung der nächsten Wochen, Monate

Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) und Jahre zwischen uns und den SPD-regierten Ländern sein – der fundamentale Unterschied zwischen den unionsregierten Ländern und der SPD. Die SPD will meines Erachtens mit national nicht erfolgreichen Rezepten eine neue europäische Politik machen.

Die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** – ich glaube, darin sind wir uns alle einig – ist zweifellos das zentrale politische Thema unserer Zeit. Zu Recht stellt der Internationale Währungsfonds fest, daß die Beschäftigungsmisere die „Achillesferse“ der Wirtschafts- und Währungsunion ist. Die enormen wirtschaftlichen Belastungen der Arbeitslosigkeit gefährden Stabilität und Haushaltsdisziplin. Daher müssen wir alles tun, damit die Unternehmen in Deutschland wieder Arbeitsplätze schaffen.

Arbeitsplätze schaffen aber die Betriebe, ob groß oder klein, ob in der Industrie, im Dienstleistungsbereich oder in der Landwirtschaft. Arbeitsplätze – es ist immer wieder notwendig, das zu sagen – schafft nicht der Staat. Er setzt die Rahmenbedingungen; aber er schafft die Arbeitsplätze nicht. Und Unternehmen schaffen Arbeitsplätze nur, wenn sie sich langfristig rechnen.

Wer behauptet, der Staat müsse neben den Rahmenbedingungen nur genügend Geld in die Hand nehmen, hat aus der Vergangenheit nichts gelernt. Wir haben immer noch mit den Folgen der in den 70er und in den 80er Jahren finanzierten Zukunftsinvestitionsprogramme zu kämpfen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

- (B) Deutsche und ausländische Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und investieren kräftig, aber viel zu wenig in Deutschland. Die Lohnzusatzkosten und die Steuerbelastung sind zu hoch, und der Arbeitsmarkt ist zu unflexibel.

Hier komme ich auf das, was auch Kollege Lafontaine zum Ausdruck gebracht hat. Er hat aber meines Erachtens die falschen Schlußfolgerungen gezogen. Der Euro mit seinem verschärften Wettbewerb bringt den Bürgerinnen und Bürgern günstigere Preise. Er wird Stärken der Wirtschaft belohnen. Wir haben in wesentlichen Teilen eine starke Volkswirtschaft. Er wird aber natürlich auch Schwächen gnadenloser aufdecken, als dies heute im Wettbewerb innerhalb des europäischen Binnenmarktes der Fall ist.

Deshalb brauchen wir – und das ist das Entscheidende – die **Strukturreformen**, die im Bundesrat von der SPD – das wissen Sie genau – verhindert worden sind.

Ich sage Ihnen das ganz offen, und der Kollege Schröder hat gestern im Deutschen Bundestag auch auf diese Fragen immer wieder sehr deutlich hingewiesen. Es ist aber nicht ganz verständlich, wenn er auf der einen Seite völlig richtig schlußfolgert, daß der Euro natürlich auch unsere Strukturschwächen aufdeckt, aber auf der anderen Seite verschweigt, daß wir wegen des Widerstandes der Mehrheit in diesem Hause nicht in der Lage gewesen sind, eine moderne, eine europaweit akzeptable Steuerreform hinzubekommen. Die Senkung der Lohnzusatzkosten ist permanent ein Problem in diesem Hause, weil sofort argumentiert wird, man wolle sozialen

Kahlschlag betreiben. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wird im Grunde genommen nicht in der europäisch notwendigen Weise akzeptiert, und bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme sind wir leider noch sehr weit auseinander. (C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man auf der einen Seite weiß, daß wir hier Anpassungen brauchen, aber auf der anderen Seite entsprechende Maßnahmen, die hier Gegenstand der Beratung waren – beispielsweise die Reduzierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Schritte zur Rentenreform –, wieder zurücknehmen will, dann wird im Prinzip genau das Gegenteil von dem getan, was notwendig wäre, um die Kriterien des Euro zu erfüllen, und das Gegenteil von dem, was der Kollege Schröder gestern im Bundestag gefordert hat. Ich halte die Deckungsgleichheit von Reden und Handeln für das Wichtigste in der Politik. Daß bei Teilen der Bevölkerung ein Vertrauensverlust in die Politik entstanden ist, liegt auch daran, daß bei vielen ein großer Unterschied zwischen Reden und Handeln besteht.

Meine Damen, meine Herren, ich will mich noch mit einem Punkt auseinandersetzen, den der Kollege Lafontaine hier so deutlich dargelegt hat. Er fordert und Sie fordern die Angleichung der **Sozialstandards**. Ihnen schwebt letzten Endes eine vereinheitlichte europäische Sozialpolitik vor.

Wenn ich das zur Kenntnis nehme, was der Kollege Eichel und der Kollege Lafontaine heute gleichlautend gesagt haben, kann ich daraus im Prinzip nur die Schlußfolgerung ziehen, daß sie – das wird bei den Ausführungen des Kollegen Eichel besonders deutlich – den europäischen Bundesstaat wollen, in dem dann einheitliche Rahmenbedingungen für die Sozialpolitik, die Arbeitspolitik usw. gesetzt werden. Meine Damen und Herren, das geht über die Koordinierung von Wirtschafts- und Finanzpolitik hinaus. (D)

In diesem Zusammenhang stelle ich ganz offen eine Frage an Sie. Ich habe mir einmal die Unterlagen angesehen – damit wir über Fakten reden –, die die Europäische Kommission selber herausgibt: In Deutschland werden für jeden **Arbeitslosen** pro Jahr 34 000 DM ausgegeben, in unserem Nachbarland Italien sind es 4 000 DM. Wo wollen wir uns treffen, wenn wir hier eine Angleichung erreichen wollen?

Die **Leistungen für Familien** belaufen sich in Deutschland pro Kopf auf 3 900 DM. Ich nenne weitere Zahlen – alles Angaben der Europäischen Kommission –: in Großbritannien 2 800 DM, in Belgien 2 600 DM, in Irland 1 380 DM, in Italien 1 000 DM, in Portugal 420 DM, in Spanien 180 DM.

Bei den **Leistungen für Krankheit** liegt Deutschland an der Spitze. Hier wurden 3 090 DM pro Person ausgegeben, in Frankreich 2 780 DM – ich überspringe jetzt einige Zahlen –, in Belgien 2 000 DM, in Italien 1 500 DM, in Spanien 1 000 DM, in Portugal 750 DM.

Ich komme zu der Höhe der Sozialhilfe, zum **Sozialhilfeniveau im EU-Vergleich**. Darüber wird immer geredet, ohne die Fakten zu nennen. Ich nenne

Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) jetzt den Stand von 1995: in Deutschland 1 590 DM, in Belgien und den Niederlanden 960 DM, im Vereinigten Königreich 833 DM, in Frankreich 600 DM, in Irland 598 DM, in Italien 411 DM. Ich könnte das in dieser Weise laufend fortsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Deswegen sage ich: Wer Mindeststandards oder gar eine Sozialunion fordert, der muß auch sagen, wie er sie bezahlen will. Dabei kommt es auf die Volkswirtschaften an. Es wäre schön, wenn in Portugal dieselben Sozialleistungen heute ermöglicht werden könnten, wie wir sie haben und zum Standard erheben würden. Statt der portugiesischen Volkswirtschaft könnte ich als ein anderes Beispiel auch die spanische Volkswirtschaft heranziehen. Diese Volkswirtschaften sind nicht in der Lage, heute unsere Sozialstandards zu bezahlen; vielleicht will man es dort auch nicht. Das ist dann eine politische Frage.

Wer heute sagt, mit diesen Leistungen dürfe man nicht im Wettbewerb stehen, wer mit dem Wort „Dumping“ eine Diffamierung versucht, indem er erklärt, wir dürften mit den Holländern, mit den Portugiesen, mit den Belgiern etc. nicht im Wettbewerb in Sachen Dumping stehen, wer europäische Standards auf hohem deutschen Niveau fordert, der muß als Schlußfolgerung den Menschen sagen, daß das letzten Endes Ausgleichsleistungen bedeutet, wie wir sie in unserem föderalen Staat haben, auch im Bereich Ost-West. Das ist im Rahmen einer nationalen Schicksalsgemeinschaft natürlich eine Selbstverständlichkeit, aber auf europäischer Ebene werden Sie dafür keine Legitimation innerhalb der Bevölkerung bekommen. Darauf muß man hinweisen. (B) Deswegen haben der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister so deutlich auf die nicht möglichen Transferleistungen hingewiesen. Das steht im übrigen in dem Papier von York. Und es muß natürlich eine feste Zahl sein.

Herr Lafontaine sagt, die „Stoßdämpfer der Wechselkurse“ fehlten. Das ist richtig. Eine Volkswirtschaft, die große Fehler macht, die sich zu viele Streiks leistet, die vielleicht auch zuwenig erwirtschaftet, konnte bisher mit einer Abwertung Probleme lösen. Das ist künftig nicht mehr möglich. Wenn eine Volkswirtschaft Fehler macht, muß sie letztlich einen Ausgleich durch Senkung des Lohnes und durch Senkung der Sozialstandards schaffen. Sie darf die Fehler nicht durch Transfers über Brüssel und durch Transfers von anderen Ländern ausgleichen können. Das zu sagen ist notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist auch notwendig, dies immer wieder festzuhalten, damit keine falschen Erwartungen entstehen. Deswegen habe ich das hier auch in aller Deutlichkeit herausgestellt.

Wie wollen Sie die Probleme lösen, Herr Kollege Lafontaine? Das größte Bauprojekt nach den Olympischen Spielen in München war der Bau der neuen Messe. Dieser Bau hat ein Kostenvolumen von 2,3 Milliarden DM. Fast 90 % des Rohbaus wurden von „EU-Inländern“ oder „EU-Ausländern“ errichtet, und zwar mit Losen. Portugiesen, Iren und Engländer haben hier gearbeitet, sich aber nicht in München angesiedelt, denn dann wären sie dem deut-

schen Tarifvertrag und den deutschen Gesetzen unterlegen. So war für sie für zwei, drei Wochen – z. B. – die portugiesische Sozialversicherung zuständig. (C)

Solches Vorgehen wird durch den Euro natürlich noch transparenter werden. Wer dies nicht haben will, der müßte sich letztlich an europäische Tarifverträge heranwagen. Nur, wollen das die Gewerkschaften? Wollen das diejenigen, die heute nach Sozialstandards rufen?

Ich möchte das nur deswegen so deutlich und hart begründen, weil der Ministerpräsident des Landes Luxemburg in einer Diskussion auf meinen Hinweis, daß **Transferleistungen** in der großen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion potentiell eher möglich sind als in einer kleinen Währungsunion, daß sie aber ausgeschlossen sein müßten, freundlich-flapsig erwiderte: Transferleistungen sind so absurd wie eine Hungersnot in Bayern. – Ich bin sicher, daß eine Hungersnot in Bayern eine absolute Absurdität ist und sein wird.

Über den Ausschluß von Transferleistungen haben wir in den letzten Wochen – Gott sei Dank – außerordentlich viel geredet. Ich sage noch einmal: Mindeststandards im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ja, aber in der Weise, daß sie von den Volkswirtschaften selbst bezahlt werden können.

Der Wettbewerb, und zwar nicht nur der Wettbewerb der Preise, sondern auch der Wettbewerb der Politik – der Wettbewerb der Steuerpolitik, der Wettbewerb der Sozialpolitik, der Wettbewerb der Arbeitsmarktpolitik –, zwischen den einzelnen Ländern wird natürlich schärfer werden. Der Euro wird auch notwendige Strukturanpassungen erzwingen und uns damit sicherlich noch wettbewerbsfähiger machen. (D)

Ich möchte folgendes festhalten: Die Probleme, die die Kollegen Lafontaine und Eichel in Europa mit dieser Währungsunion kommen sehen, werden nicht durch Mindeststandards und durch eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik gelöst. Sie werden nicht durch die Verschiebung der Arbeitsmarktverantwortung auf eine europäische Beschäftigungspolitik gelöst. Sie werden auch nicht – da widerspreche ich ganz nachdrücklich erneut den Ausführungen des Kollegen Eichel – durch einen europäischen Bundesstaat gelöst.

Diejenigen, die in diesem Hause einen **europäischen Bundesstaat** fordern, müssen sich auch über folgendes klar werden: Ein europäischer Bundesstaat, der von der Bevölkerung mit Sicherheit nicht gewünscht wird, würde natürlich auch die Länderqualität in Deutschland in ein völlig anderes Licht stellen. Ob die **Länder in ihrer Staatsqualität** in einem europäischen Bundesstaat überhaupt noch Bestand haben können, wage ich zu bezweifeln. Aber diese Frage ist eigentlich ausgestanden, weil Sie einen europäischen Bundesstaat in absehbarer Zeit und auch künftig mit Sicherheit nicht bekommen können.

Es darf – das haben der Bundeskanzler, der Kollege Teufel und der Kollege Waigel noch einmal

Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) deutlich zum Ausdruck gebracht; ich freue mich, daß das hier heute gemeinsame Linie ist – **kein zentralistisches Europa** geben. Die Kompetenzen der Europäischen Kommission sind gewachsen und müssen in der Realität reduziert werden.

Die Fragen des Verhältnisses der Nationalstaaten zur Europäischen Union und der Bedeutung des Rates innerhalb der Europäischen Union kann man nur beantworten, wenn man die Subsidiarität ernst nimmt und vor allem auch zu neuen Kompetenzabgrenzungen kommt.

Ich bin der Meinung, daß wir auch **keine europäische Verfassung** brauchen. Das würde nämlich in die Richtung „europäischer Bundesstaat“ gehen. Mit Sicherheit aber brauchen wir gerade nach Amsterdam eine Charta, die die Kompetenzen der europäischen Ebene auf der einen Seite von denen der Nationalstaaten, Regionen und Kommunen auf der anderen Seite deutlicher abgrenzt; denn sonst kommen wir in eine außerordentliche Legitimationskrise europäischen Handelns.

Das Europa der bürgerlichen Mitte ist und bleibt ein Europa der Vielfalt und des Wettbewerbs. Die Stärke dieses europäischen Kontinents war, ist und bleibt seine kulturelle Vielfalt. Die Stärke dieses Kontinents war, ist und bleibt der Wettbewerb der Nationen und der Regionen, der der europäischen Kultur und der europäischen Zivilisation über Jahrhunderte hinweg Weltrang und zum Teil auch Weltgeltung verschafft hat.

- (B) Mit der historischen Entscheidung für eine gemeinsame europäische Währung dürfen wir diese Quellen der Kreativität und des Wohlstandes nicht verschütten. Die historische Entscheidung für eine stabile europäische Währung ist ein Sammeln der Kräfte, die in diesem Kontinent nach wie vor schlummern. Nur so können wir auch den Wettbewerb im globalen Maßstab im nächsten Jahrhundert in bestmöglicher Weise bestehen und letzten Endes die Früchte unserer Arbeit ernten. Die historische Entscheidung für die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung ist sicherlich der bisher sichtbarste Ausdruck des Willens, auch überzogenes nationales Denken, das diesen Kontinent so oft geschunden hat, zu überwinden.

Eine stabile gemeinsame Währung ist eine neue Plattform Europas, von der aus Kreativität, Ideenreichtum und auch der Wettbewerb der Regionen und Nationen unseren Bürgern die bestmöglichen Früchte ihrer Arbeit und Leistung sichern. Diese Chance wollen wir ergreifen.

Ich wiederhole es: Die Chance Europas ist Wettbewerb, und aus dem Wettbewerb entsteht Wohlstand. In diesem Sinne wollte ich begründen, warum wir dem Antrag zustimmen. Wir haben allerdings einen Ergänzungsantrag gestellt, um einige Dinge klarer zu konturieren. Ich bitte auch hierfür um Zustimmung.

Amtierender Präsident Dr. Henning Scherf: Zur Geschäftslage: Je eine Erklärung zu Protokoll gegeben

haben Herr **Ministerpräsident Dr. Seite** (Mecklenburg-Vorpommern)*) und Frau **Senatorin Dr. Nümann-Seidewinkel** (Hamburg)**).

Unser Kollege Minister Professor Dr. Dammeyer aus Nordrhein-Westfalen hat nun die einmalige Chance, diese Debatte abzuschließen. Nehmen Sie Rücksicht darauf, daß die Zeit schon fortgeschritten ist und sich viele Argumente wiederholen!

Prof. Dr. Manfred Dammeyer (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da sich viele Argumente wiederholen können, will ich mich entsprechend kurz fassen. Aber es sind zu einigen Argumenten noch Positionen zu beziehen.

Die einheitliche europäische Währung ist Teil eines Projektes, das Politische Union in Europa heißt. Wir haben in der Diskussion eigentlich immer wieder festgestellt, daß mehrere Aspekte zusammengehören, daß die wirtschaftliche Entwicklung mit der kulturellen Zusammengehörigkeit in Verbindung gebracht werden mußte, daß wir Formen des Zusammenlebens und der Entscheidungstechniken finden müßten, die eine **Politische Union** rechtfertigen. Plötzlich fangen wir damit an, alles wieder „auseinanderzudröseln“. Dann wird die Währungsstabilität zum Maß aller Dinge. Ich glaube, das ist ein falscher Zungenschlag in der Diskussion, die wir gegenwärtig führen.

Die einheitliche europäische Währung ist ein solcher Teil. Ich vermute, daß der Bundeskanzler aus diesem Grunde den Satz ausgesprochen hat:

Wer auf die Politische Union wartet, ohne bei der Währungsunion etwas zu tun, läuft Gefahr, am Ende beides nicht zu erreichen.

Dieser Satz war ihm so wichtig, daß er ihn gleich zweimal abgelesen hat.

An diesem Satz ist nach meinem Dafürhalten vor allen Dingen eines richtig, nämlich daß, wer auf etwas wartet, in der Regel nur von Gorbatschow kommentiert werden kann. Wer also eine Politische Union will, der muß auch planvoll handeln. Er muß alle unterschiedlichen Aspekte bedenken: die der staatlichen Zusammenarbeit, die der kulturellen Kooperation, aber selbstverständlich auch die des ökonomischen Zusammenwachsens.

Das Land Nordrhein-Westfalen stimmt dem Beschluß so, wie er vorliegt, zu, d.h. ohne weitere Transferleistungen und mit der Bestimmung, daß der **Kohäsionsfonds** nicht für diejenigen vorgesehen werden kann, die an der Währungsunion teilnehmen, und damit, daß der Stabilitätspakt mit Sanktionen verhandelt wird und bestehenbleibt. Wir stimmen zu, weil wir das stabilitätspolitisch für vertretbar halten. Wir stimmen auch zu, weil wir uns dessen hinsichtlich unserer eigenen Interessen vergewissert haben. Wir sind wohl die einzige Region, die eine Untersuchung dazu in Auftrag gegeben hat, welche Auswirkungen das Ganze denn auf uns haben wird.

*) Anlage 1

**) Anlage 2

Prof. Dr. Manfred Dammeyer (Nordrhein-Westfalen)

- (A) Angesichts der überproportional großen Verflechtungen im europäischen Binnenmarkt wundert es viele gar nicht, daß auch für uns ein besonders hohes Interesse an einer einheitlichen Währung besteht. „Europäischer Binnenmarkt“ ist nämlich der Gegenbegriff zu Export- und Außenhandelsbeziehungen. Eigentlich ist der größte Teil dessen, was bislang in den Statistiken noch unter „Export“ gehandelt wird, in Wahrheit längst europäischer Binnenhandel. Weil das so ist, haben wir ein so großes Interesse an der einheitlichen Währung – freilich unter den Konditionen, von denen ich sprach.

Deshalb, meine Damen und Herren, hat man auch – so denke ich – ein klein wenig mit zu bedenken, wie denn die zusätzliche, über die Entscheidung zur Einführung der einheitlichen europäischen Währung hinausgehende Diskussion gegenwärtig geführt wird. Ich möchte den zentralen Begriff aus der Diskussion, die heute geführt worden ist, aufnehmen: **Stabilität**. Stabilität kann man ganz eindeutig nicht begrenzen auf Währungsstabilität, auf Preisstabilität. Der Begriff umfaßt eindeutig mehr.

- (B) Wer hier so tut, als ob man Stabilität gewissermaßen zum Maß der Dinge machen könnte, das Ganze aber von anderen Politikbereichen absetzt, die europaweit koordinierbar sind, der macht nach meinem Dafürhalten mindestens den gleichen Fehler wie diejenigen, die nur von anderen Politikbereichen reden würden. Mit „anderen Politikbereichen“ meine ich, daß es eine **Beschäftigungspolitik** geben muß, daß die **Steuern zu harmonisieren** sind und daß **soziale Mindeststandards zu beachten** sind. Übrigens, Ministerpräsident Lafontaine hat nach meiner Erinnerung nur von Mindeststandards gesprochen und ausdrücklich nicht eine europaweite Sozialpolitik verlangt.

Das muß man bedenken, wenn man registriert, daß es weiterhin 15 nationale Wirtschaftspolitiken, 15 nationale Fiskalpolitiken gibt, daß natürlich die Befürchtung besteht, daß es auch künftig Transferleistungen gibt, die aus den unterschiedlichen ökonomischen Verhältnissen dieser Staaten abgeleitet werden könnten, und daß es natürlich die Erwartung gibt, daß diejenigen Länder, die gegenwärtig am Kohäsionsfonds partizipieren, auch künftig gerne Mittel für ihre Infrastruktur- und Umweltmaßnahmen erhalten möchten. Wer die Chance hat, Geld zu kriegen, wird auch alle Chancen nutzen, es zu bekommen. Das ist – so vermute ich – eine sehr weit verbreitete Vorstellung.

Alles das hat etwas mit den Bedingungen zu tun. Ich glaube schon, daß man noch einmal darauf hinweisen muß, daß eine aktive Beschäftigungspolitik die Währungsstabilität nicht gefährden darf und auch nicht gefährdet, daß man nicht darauf herum-

- reiten darf, daß Währungsstabilität eine aktive Beschäftigungspolitik ausschließe. (C)

Ich habe das Gefühl, daß diese Diskussion innenpolitisch bei uns mittlerweile eine ganz eigentümliche Qualität hat. Es ist ja kein Geheimnis, daß weder die Bundesregierung noch andere daran interessiert waren, daß es im Maastricht-Vertrag ein **Beschäftigungskapitel** gibt. Auch danach – ich will es einmal vorsichtig formulieren – wurde sehr gezögert, bis die Bundesregierung einen Vorschlag zur Beschäftigungspolitik vorlegte. Selbst nach dem „Nachsitzen“ in Luxemburg geschah das sehr langsam.

Das, was jetzt vorgelegt worden ist, ist eine „Schachtel voller Nichts.“ Das eigentliche Interesse besteht darin zu sagen: Wir wollen keine Beschäftigungspolitik betreiben; wir wollen uns auch nicht dazu nötigen lassen, weil es geboten ist, so etwas einmal europaweit zu koordinieren.

Ich glaube, das ist mehr eine innenpolitische Diskussion als eine solche, die sich dauerhaft für die Auseinandersetzung über eine einheitliche europäische Währung eignet. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es richtig, daß der Bundesrat die Resolution in der Fassung annimmt, wie sie im Finanzausschuß und im Europa-Ausschuß erarbeitet worden ist.

Amtierender Präsident Dr. Henning Schorf: Wir sind damit am Ende unserer Debatte.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Dazu liegen Ihnen die Ausschußempfehlungen in Drucksache 300/1/98 und zwei Landesanträge in den Drucksachen 300/2/98 und 300/3/98 vor. (D)

Wir beginnen mit dem Antrag in der Drucksache 300/2/98; das ist der sächsische Antrag. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist nicht die Mehrheit.

Jetzt bitte das Handzeichen für die Ausschußempfehlungen in Drucksache 300/1/98! – Das ist die Mehrheit.

Nun noch das Handzeichen für den Landesantrag in Drucksache 300/3/98! – Das ist nicht die Mehrheit.

Der Bundesrat hat so **beschlossen**.

Wir haben damit die Tagesordnung der Sondersitzung abgewickelt.

Die **nächste Sitzung** des Bundesrates berufe ich ein auf Freitag, den 8. Mai 1998, 9.30 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 14.05 Uhr)

Feststellung gemäß § 34 GO BR

Einsprüche gegen den Bericht über die 723. Sitzung sind nicht eingelegt worden. Damit gilt der Bericht gemäß § 34 GO BR als genehmigt.

(A) Anlage 1

Erklärung

von Ministerpräsident **Dr. Berndt Selte**
(Mecklenburg-Vorpommern)

Europa steht vor dem „Dreisprung in die Zukunft“. Auf drei Großbaustellen wird die europäische Einigung in die Tiefe und in die Breite vorangetrieben. Diese sind

- die Europäische Währungsunion,
- die Erweiterung der Union um zunächst sechs weitere Staaten und
- die Agenda 2000, das Reformpaket der Brüsseler Kommission zur Agrar-, Struktur- und Finanzpolitik der Gemeinschaft.

Alle diese drei Großvorhaben dienen einem einzigen und großen ehrgeizigen Ziel: der Modernisierung Europas, nichts anderem also als der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des alten Kontinents gegenüber Amerika und dem pazifischen Becken.

Modernisierung, das ist aber auch ein Imperativ für die gesamteuropäische Ordnungspolitik.

Modernisierung, das heißt Harmonisierung und Konvergenz dort, wo es wegen der Wettbewerbsfähigkeit nötig ist.

Modernisierung, das heißt aber auch, daß Kompetenzen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten dort belassen werden, wo sie hingehören. Das heißt, das Subsidiaritätsprinzip dermaßen anzuwenden, daß nur das zentral entschieden wird, was auf regionaler Ebene nicht geklärt werden kann.

(B)

Diese Modernisierung, diese Harmonisierung hat einen hohen Preis. Das zu leugnen wäre nicht nur unlauter, sondern auch gefährlich. Dennoch: Es gibt keine Alternative zu dieser großen Modernisierung Europas, zu diesem „Dreisprung in die Zukunft“. Denn, und dies ist genauso sicher, die finanziellen und vor allem die ideellen Kosten, die entstünden, wenn alles beim alten bliebe, wären noch sehr viel höher!

Wir haben also dreierlei zu tun:

Wir haben uns gegenseitig, wir haben alle Beteiligten ehrlich und redlich über die Lasten und Kosten der Modernisierung aufzuklären, welche die Währungsunion, die Erweiterung der Union und eine reformierte europäische Agrar- und Strukturpolitik nicht nur für einzelne Berufsgruppen und Branchen, sondern für ganze Volkswirtschaften sowie nationale Sozialsysteme zwangsläufig mit sich bringen.

Wir sind zweitens gezwungen, in allen wichtigen Belangen auf dem Weg der Verhandlung, über den Kompromiß zu einem für alle akzeptablen Konsens zu kommen. Nur ein Beispiel: Die geplante Bestimmung der Agenda 2000 bezüglich des zukünftigen Prämien- und Subventionssystems für die Landwirtschaft können wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht akzeptieren. Hier muß nachverhandelt und ein für alle akzeptabler Kompromiß gefunden werden.

Und wir haben drittens entschlossen und schnell zu handeln.

Dies gilt auch für die jetzt anstehende Einführung des Euro. Weiteres Zaudern, Abwägen, Zögern und Bedenken tragen bringen nichts. Schon gar nicht darf zum jetzigen Zeitpunkt noch einmal über eine Verschiebung diskutiert werden. Die Einführung des Euro darf nicht verschoben werden. Er muß zum vereinbarten Zeitpunkt, er muß entschlossen kommen! Und das nicht nur aus politischen, monetären und verwaltungstechnischen, sondern ganz besonders aus psychologischen Gründen. Der Euro ist nicht populär, das wissen wir. Aber wir erweisen der Sache einen Bärendienst, wenn wir durch Zaudern und Zögern immer neue Unsicherheit und Angst schüren.

(C)

Wir Ostdeutschen wissen besonders, wovon wir dabei reden. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam schnell und entschlossen. Sie kam auf einen Schlag, auf den Tag genau am 1. Juli 1990. Und das war gut so. So tiefgreifend und schmerzhaft die Einschnitte nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern für das persönliche Leben jedes einzelnen von uns waren, so unbestreitbar ist: Es gab keine Alternative. Die schmerzhafteste Roßkur mußte sein. Heute wissen wir: Diese Währungsunion war trotz aller Probleme der Beginn einer langanhaltenden Erfolgsgeschichte.

Nun ist die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion von 1990 zwar nicht mit der Einführung des Euro zu vergleichen, aber auch jetzt gibt es für Europa keine Alternative zur schnellen Einführung der neuen Währung. Selbstverständlich wird es unvermeidliche Anpassungsschmerzen geben. Aber wir können sie meistern. Und ich sage Ihnen: Wir Ostdeutschen können und werden sie besonders gut meistern. Denn beim Umstellen von Währungen haben wir dem Westen eine Wende voraus.

(D)

Die Einführung des Euro wird von vielen Beobachtern als Jahrhundertprojekt bezeichnet – ohne Zweifel zu Recht. Entsprechend groß ist unsere Verantwortung. Bündeln wir deshalb unsere Kräfte, damit diese große europäische Wirtschafts- und Währungsunion genauso erfolgreich wird wie die Wirtschafts- und Währungsunion 1990 und die deutsche Währungsreform vor jetzt fast 50 Jahren. Wir sind es nach diesem Jahrhundert voller Kriege, Haß, Gewalt und Leid uns selber und unserem Gewissen, mehr jedoch noch unseren Kindern und Enkeln schuldig! Die Erfahrung der Ostdeutschen nach dem Mauerfall von 1989 mit tiefgreifenden Umbrüchen im Privaten wie im Öffentlichen will und kann Mut machen, jetzt wieder den Sprung zu wagen.

Ich bitte den Bundesrat, der Einführung des Euro mit den von der EU-Kommission am 25. März 1998 vorgeschlagenen Teilnehmerstaaten zuzustimmen.

Anlage 2**Erklärung**

von Senatorin **Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel**
(Hamburg)

Thomas Mann hat 1953 in der Hamburger Universität vor Studenten dafür geworben, in der Zukunft kein „deutsches Europa“, sondern ein „europäisches

- (A) Deutschland“ zu schaffen. Damals waren das noch unerhörte Worte. Heute ist dieser Gedanke politisches Allgemeingut.

In seiner EntschlieÙung vom Dezember 1992 hat sich der Bundesrat eindrucksvoll für die Perspektive eines politisch vereinten Europas ausgesprochen. Er hat dies getan unter dankbarem Hinweis auf ein zentrales Anliegen der Deutschen, nämlich auf die Verwirklichung ihrer staatlichen Einheit, die nur durch die Unterstützung unserer europäischen Partner möglich war.

Damit war aus der Vision des großen Dichters Thomas Mann eine handfeste politische Erfahrung der Gegenwart geworden: Wir können unsere nationalen Anliegen nur im europäischen Kontext sinnvoll verfolgen. Wir haben deshalb auch heute allen AnlaÙ, das gemeinsame Projekt der Währungsunion mit Zuversicht ins Werk zu setzen.

Aus der Sicht des Bundesrates haben wir uns für den Zeitpunkt der Währungsunion ein höheres MaÙ an politischer Union in Europa gewünscht. Der Euro allein reicht zur Schaffung von Stabilität und Kohärenz nicht aus. Die Politische Union läÙt sich nicht mit automatischen Mechanismen schaffen. Jeder politische Fortschritt muÙ mühsam erarbeitet werden.

- (B) Daß hier ein Werk der Politik zu vollbringen ist, zeigt sich an unserer heutigen BeschluÙfassung. Wir stellen heute zwar auf der Grundlage der Berichte von EWI und Bundesbank gemeinsam fest, daß die vereinbarten Kriterien erfüllt sind, die der Vertrag zur Voraussetzung für die Teilnahme erhebt. Aber im Kern bleibt dies eine politische Bewertung.

Wir verbinden mit unserer Zustimmung zum Eintritt in die Dritte Stufe der EWWU die Hoffnung auf einen innovativen Schub in Deutschland, der zur Überwindung der katastrophalen Beschäftigungssituation beiträgt.

Während der Währungsturbulenzen in 1995 sind nach ernst zu nehmenden Schätzungen etwa 170 000 Arbeitsplätze aufwertungsbedingt nicht entstanden bzw. verlorengegangen. Das Wechselkursrisiko war für die bundesdeutschen Arbeitnehmer insofern auch immer ein Arbeitsplatzrisiko.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten mit Recht, daß die Chance auf positive Beschäftigungswirkungen, die sich aus der Einführung der gemeinsamen Währung ergeben, auch tatkräftig genutzt wird. Dies

- wird nicht von allein geschehen, sondern bedarf (C) kraftvoll gestaltender Politik.

Auf die Gestaltungskraft der Politik sollten wir deshalb auch dort vertrauen, wo es um die gemeinsame Erfüllung der Vertragspflichten durch Bund und Länder geht. Hier ist insbesondere an die innerstaatliche Umsetzung der Fiskalkriterien zu denken, die über die Haushaltsgestaltung von Bund und Ländern zu erfüllen sind.

Dabei sollte es selbstverständlich sein, daß die Politik ein geeignetes Verfahren findet, mit dem nicht sogleich wesentliche Einschränkungen der Souveränität, etwa der Landesparlamente, verbunden sind. Der Bundesrat hat 1992 noch einstimmig den Weg in Richtung einer „Abstimmung“ zwischen Bund und Ländern gewiesen, wie sie seit Jahrzehnten im Finanzplanungsrat praktiziert wird. Dieser Gedanke war und bleibt richtig.

In diesem Zusammenhang ist auch auf den Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes vom 28. Dezember 1992 hinzuweisen, in dem festgelegt ist, daß die Vertragspflichten in den Haushalten von Bund und Ländern unter „Berücksichtigung der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ zu erfüllen sind. Die Wahrung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, wozu eben nicht nur die Geldwertstabilität zählt, hat damit aus Ländersicht eine besonders verpflichtende Hervorhebung erfahren. Zum gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht zählt auch ein hoher Beschäftigungsstand.

Namentlich die Stadtstaaten sind von Störungen dieses Gleichgewichts stets in besonderem Maße betroffen. Arbeitslosigkeit mit ihren sozialen Weiterungen konzentriert sich eben zuerst und zumeist in den Metropolen. Deshalb ist auch daran zu erinnern, daß die Erfüllung gesamtstaatlicher Verpflichtungen nur mit einem verständigen Blick darauf gelingen kann, welche Lastenverteilung dafür den Ausgangspunkt bildet. (D)

Es bleibt eine Aufgabe der Politik zwischen Bund und Ländern, dafür zu sorgen, daß im Zuge der Umsetzung von Stabilitätspflichten aus dem Vertrag von Maastricht den bestehenden Ungleichgewichten nicht noch neue hinzugefügt werden.

Die Tatsache, daß wir heute in ein zusammenwachsendes Europa eine stabile und geachtete Währung einbringen können, verdanken wir nicht zuletzt einer Finanzverfassung in Deutschland, die sich über mehr als vier Jahrzehnte bewährt hat. Wir tun gut daran, dieses Erbe sorgsam zu hüten.

BUNDESRAT

Stenographischer Bericht

724. Sitzung

Bonn, Freitag, den 24. April 1998

Inhalt:

Amtliche Mitteilungen	165 A		
Zur Tagesordnung	165 C		
Einzigster Punkt der Tagesordnung:			
Beschluß der Bundesregierung vom 27. März 1998 zur Festlegung des Teilnehmerkreises an der Dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion		Stellungnahme des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank zur Konvergenzlage in der Europäischen Union im Hinblick auf die Dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion vom 26. März 1998 – gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG – (Drucksache 300/98) .	165 C
und		Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler .	165 D
Ersuchen der Bundesregierung		Oskar Lafontaine (Saarland)	172 C
Bericht und Stellungnahme der Bundesregierung zur Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union im Jahre 1997 und zu den Konvergenzberichten der Europäischen Kommission und des Europäischen Währungsinstituts und zur Stellungnahme der Deutschen Bundesbank		Erwin Teufel (Baden-Württemberg)	179 C
Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über den Konvergenzstand mit Empfehlung für den Übergang zur Dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion vom 25. März 1998		Hans Eichel (Hessen)	182 C
Konvergenzbericht des Europäischen Währungsinstituts vom 25. März 1998		Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen	186 C
		Eberhard Diepgen (Berlin)	191 B
		Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (Sachsen)	193 D
		Dr. Edmund Stoiber (Bayern)	199 C
		Dr. Berndt Seite (Mecklenburg-Vorpommern)	207* A
		Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel (Hamburg)	207* D
		Prof. Dr. Manfred Dammeyer (Nordrhein-Westfalen)	204 C
		Beschluß: Stellungnahme	205 D
		Nächste Sitzung	205 D
		Feststellung gemäß § 34 GO BR	205 B/D

Verzeichnis der Anwesenden**Vorsitz:**

Präsident Gerhard Schröder, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Amtierender Präsident Dr. Henning Scherf, Präsident des Senats, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen – zeitweise –

Schriftführer:

Alfred Sauter (Bayern)

Amtierende Schriftführerin:

Christine Lieberknecht (Thüringen)

Baden-Württemberg:

Erwin Teufel, Ministerpräsident

Gustav Wabro, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Bayern:

Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident

Prof. Ursula Männle, Staatsministerin für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigte des Freistaates Bayern beim Bund

Alfred Sauter, Staatssekretär im Staatsministerium des Innern

Berlin:

Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister

Peter Radunski, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Brandenburg:

Dr. Hans Otto Bräutigam, Minister der Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Brandenburg beim Bund

Dr. Wilma Simon, Ministerin der Finanzen

Bremen:

Dr. Henning Scherf, Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für kirchliche Angelegenheiten und Senator für Justiz und Verfassung

Hamburg:

Dr. Willfried Maier, Senator, Präses der Stadtentwicklungsbehörde und Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund

Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel, Senatorin, Präses der Finanzbehörde

Hessen:

Hans Eichel, Ministerpräsident

Rupert von Plottnitz, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten

Karl Starzacher, Minister der Finanzen

Mecklenburg-Vorpommern:

Dr. Berndt Seite, Ministerpräsident

Sigrid Keler, Finanzministerin

Niedersachsen:

Dr. Wolf Weber, Minister für Justiz und Europaangelegenheiten

Nordrhein-Westfalen:

Dr. h. c. Johannes Rau, Ministerpräsident

Heinz Schleußer, Finanzminister

Prof. Dr. Manfred Dammeyer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten

Rheinland-Pfalz:

Gernot Mittler, Minister der Finanzen

Saarland:

Oskar Lafontaine, Ministerpräsident

Dr. Arno Walter, Minister der Justiz

Christiane Krajewski, Ministerin für Wirtschaft
und Finanzen

Thüringen:

Christine Lieberknecht, Ministerin für Bundes-
angelegenheiten in der Staatskanzlei und Be-
vollmächtigte des Freistaates Thüringen beim
Bund

Otto Kretschmer, Minister für Justiz und Europa-
angelegenheiten

Sachsen:

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident

Günter Meyer, Staatsminister für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des
Freistaates Sachsen beim Bund

Von der Bundesregierung:

Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen

Sachsen-Anhalt:

Wolfgang Schaefer, Minister der Finanzen

Anton Pfeifer, Staatsminister beim Bundeskanzler

Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen
Amt

Schleswig-Holstein:

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und
Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des
Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Dr. Heinrich L. Kolb, Parl. Staatssekretär beim
Bundesminister für Wirtschaft

Dr. Jürgen Stark, Staatssekretär im Bundesmini-
sterium der Finanzen